

Das Parlament

Berlin, Montag 25. März 2019

www.das-parlament.de

69. Jahrgang | Nr. 13-14 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Fährt May in die Parade

John Bercow Bisher fiel der Mann mit der knorrigsten Stimme im britischen Unterhaus vor allem mit seinen „Oooooorder“-Rufen auf: Jetzt hat der Parlaments-Speaker John Bercow (56) Politik gemacht: Unter Verweis auf eine Regel aus dem Jahr 1604 untersagte er seiner konservativen Parteifreundin Theresa May die gewünschte dritte Abstimmung über ihren Brexit-Vertrag, nachdem sie damit bereits



zweimal im Parlament klar gescheitert war. Die Regierungschefin musste mit leeren Händen zum EU-Gipfel nach Brüssel fahren. Bercow, ein Freund der EU-Mitgliedschaft Londons, ist jetzt das große Hassobjekt der Brexiteers im Parlament und in der Presse. „Brexit-Zerstörer“ nannte ihn der „Daily Express“ auf der Titelseite. Damit kann Bercow, der sich von seinen früheren rechtskonservativen Freunden in der Partei längst abgewendet hat, gut leben. kru

ZAHL DER WOCHE

2,3 Millionen

Menschen haben bis Ende vergangener Woche eine Petition an das britische Unterhaus unterschrieben, die die britischen Abgeordneten dazu bringen soll, den Brexit abzusagen. Das Parlament muss den Inhalt jeder Petition mit mehr als 100.000 Unterzeichnern in einer Debatte berücksichtigen.

ZITAT DER WOCHE

»Ich wusste gar nicht, dass mein Geduldsfaden so lang ist.«

Jean-Claude Juncker, EU-Kommissionspräsident, zu den Verhandlungen auf dem Brüsseler Gipfel über eine Verschiebung des Brexits

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
U-Ausschuss Erste öffentliche Sitzung zu Bundeswehr-Beraterverträgen Seite 4

EUROPA UND DIE WELT
Aktuelle Stunde Bundestag debattiert über mögliche Bankenfusion Seite 7

EUROPA UND DIE WELT
Bundeswehr Parlament verlängert mehrere Auslandseinsätze Seite 10

KEHRSEITE
Bibliothek Lesung zu einem Buch über Gefahren aus dem Internet Seite 12

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Es bleibt kompliziert

BREXIT Fünf Tage vor dem offiziellen Austrittsdatum ist noch immer keine Lösung in Sicht

Vor etwas mehr als tausend Tagen haben 51,9 Prozent der britischen Wähler für den Austritt aus der Europäischen Union gestimmt. Seitdem haben EU und britische Regierung verhandelt bis zum sprichwörtlichen „Cet no“. Doch „Satisfaction“, wie sie die Rolling Stones schon vermissten, mag sich nicht einstellen. Wo soll die Zufriedenheit auch herkommen? Am 29. März hätten die Briten die EU verlassen sollen. Nachdem aber das Austrittskommen im britischen Unterhaus zweimal krachend durchgefallen ist und ein unregelmäßiger Brexit drohte, war der Termin nicht mehr zu halten. In höchster Not haben die 27 Staats- und Regierungschefs den Briten auf ihrem Gipfel Ende vergangener Woche daher eine neue Chance eingeräumt: Sollte das britische Parlament dem Austrittsdeal in dieser Woche zustimmen, kann der Brexit auf den 22. Mai verschoben werden. Leht es den Vertrag erneut ab, bleibt Premierministerin Theresa May, die um einen Aufschub bis 30. Juni gebeten hatte, nur bis zum 12. April Zeit, eine Lösung zu finden.

Diese Linie hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) schon in ihrer Regierungserklärung vor dem Bundestag vorgegeben: Dem Wunsch Mays nach mehr Zeit könne die EU nur mit einem positivem Votum zu den Austrittsdokumenten entsprechen, stellte sie vergangenen Donnerstag klar. Sollte dieses Votum ausbleiben, werde die EU „tiefer gehende Diskussionen“ über ihr Verhalten führen. Wahrscheinlich ist dann ein EU-Sondergipfel im April. Versüßt wird den Londoner Abgeordneten die Offerte mit der Zusage der EU-27, die Mitte März von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker gemachten Zusicherungen zum Brexit nochmals formal zu billigen. Großbritannien soll danach die Möglichkeit bekommen, ein Schiedsgericht anzurufen, sollte es den Eindruck haben, dass die EU das Königreich dauerhaft in der umstrittenen Notfalllösung („Backstop“) für die nordirische Grenze gefangen hält. Die rechtliche Aufwertung könnte laut EU-Diplomaten auch ausreichen, um eine nochmalige Abstimmung in London zu rechtfertigen, nachdem Parlamentspräsident John Bercow eine dritte Abstimmung über den selben Vertrag nicht zugelassen hatte (siehe Kopf der Woche).

Briten am Zug Die meisten Bundestagsabgeordneten sehen den Ball nun klar auf dem Feld der Briten liegen. SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles forderte von May,



Liebe statt Scheidung: Mit den Konterfeis von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU, links) und Großbritanniens Regierungschefin Theresa May demonstrierten Anti-Brexit-Aktivistinnen vergangene Woche in Brüssel.

auf die Opposition zuzugehen und eine überparteiliche Lösung zu suchen. Andernfalls „brauchen wir ein zweites Referendum“. Dafür warb auch Nahles' Amtskollege von der FDP, Christian Lindner. „Sollte es diese Chance geben, müsste die Europäische Union sie durch Verhandlungen darüber beantworten, unter welchen Bedingungen die Briten in der EU bleiben wollen, statt nur zu gestalten, wie der Austritt erfolgen soll“, betonte er. Franziska Brantner (Grüne) warf Theresa May vor, die Partei über das Land und „alles, was wir zusammen aufgebaut haben“ zu stellen. Keinesfalls, warnte sie, dürfe der Brexit dazu führen, „dass wir selber keine Zukunftsdebatten führen“. Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus (CDU) nannte es ebenfalls „tragisch“, dass der Brexit weiter den Europawahlkampf überschattete. „Wir müssen in den nächsten Wochen die Akzente verschieben und sagen, welche Definition wir von Europa haben“, mahnte er.

»May muss jetzt auf die Opposition zugehen und eine Lösung finden.«

Andrea Nahles, SPD-Fraktionschefin

Die Linken-Fraktionschefin Sahra Wagenknecht gab der Bundesregierung eine Mitschuld an der Krise der EU. Dafür seien „nicht die Salvini, Orban und nicht die britischen Brexiteers verantwortlich“, sondern die Tatsache, dass europäische Grundwerte wie Wohlstand und solidarisches Miteinander in den vergangenen 30 Jahren in ihr Gegenteil verkehrt worden seien. Einzig die AfD forderte im Brexit-Streit ein Entgegenkommen der EU durch ein Aufschneiden des Austrittsvertrages. „Es kann doch nicht so schwer sein, den Briten den einseitigen Ausstieg aus dem Backstop zu ermöglichen und für eine kurze Übergangszeit die Niederlassungsfreiheit zu ermöglichen“, sagte Fraktionschef Alexander Gauland. Das jedoch hat die EU-Kommission schon mehrfach ausgeschlossen. Für die kommenden Wochen ergeben sich nun folgende Szenarien. Stimmt das Unterhaus dem Austrittsvertrag diese Woche zu, tritt Großbritannien geordnet vor der

Europawahl im Mai aus der EU aus. Leht es den Deal ab, müsste Großbritannien vor dem Stichtag 12. April „Angaben zum weiteren Vorgehen“ machen, wie es in den Gipfelschlussfolgerungen heißt. Konkret müsste dann entschieden werden, ob das Vereinigte Königreich sich an der Europawahl beteiligt oder nicht.

Notfallpläne im Kasten Ohne Teilnahme würde das Land Mitte April ohne Deal austreten. Es wäre dann nach 46 Jahren schlagartig nicht mehr Mitglied des Binnenmarktes und der Zollunion. Entsprechende Notfallpläne bereiten EU und Bundesregierung seit Monaten vor. Sollten die Briten sich entschließen, an den Wahlen teilzunehmen – was May strikt ablehnt – müsste die EU über eine weitere Verschiebung des Brexits entscheiden. Bei anhaltendem Streit könnte neben Neuwahlen und einem zweiten Referendum noch eine dritte Option an Attraktivität gewinnen: Die jederzeit mögliche einseitige Rücknahme des Brexit-Antrags durch die Briten. „Time is on my Side“ hat Mick Jagger einst gesungen – nicht wenige dürften diesseits wie jenseits der Insel genau darauf hoffen. Johanna Metz

Grünes Licht für Parlamentsabkommen

VERTRAG Versammlung aus Bundestag und französischer Nationalversammlung will zweimal im Jahr gemeinsam tagen

Die Parlamente Frankreichs und Deutschlands wollen enger zusammenarbeiten und im Rahmen einer Parlamentarischen Versammlung auch mindestens zweimal im Jahr gemeinsam öffentlich tagen. Das ist das Kernstück des Deutsch-Französischen Parlamentsabkommens (19/6220), das der Bundestag vergangene Woche mit breiter Mehrheit in namentlicher Abstimmung verabschiedet hat (siehe Seite 3). Eine Woche zuvor hatte das Abkommen bereits die französische Nationalversammlung passiert.

Der Entwurf war seit März 2018 von einer 18-köpfigen Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern beider Häuser ausgearbeitet worden, bevor er am 30. November von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) und seinem französischen Amtskollegen Richard Ferrand in Paris vorgestellt wurde. Deutscher Leiter der Arbeitsgruppe war Andreas Jung (CDU), der im Bundestag auch die Deutsch-Französische Parlamentariergruppe leitet. Die Versammlung besteht aus jeweils 50 Mitgliedern beider Häuser. Ihre Aufgabe wird sein, über die Anwendung des Élysée-Vertrags von 1963 sowie des Ende Januar



100 Abgeordnete aus beiden Ländern sollen in der Kammer sitzen und gemeinsame Initiativen für Europa anstoßen.

von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron in Aachen unterzeichneten deutsch-französischen Freundschaftsvertrages zu wachen. Das Gremium soll möglichst gemeinsame Standpunkte Deutschlands und Frankreichs zu wichtigen Themen auf europäischer Ebene entwickeln und plant dafür

auch gemeinsame Anhörungen und Delegationsreisen. Vor allem bei der Umsetzung von EU-Richtlinien wollen die Partner sich enger austauschen und koordinieren. Ziel ist eine möglichst inhaltsgleiche Überführung in nationales Recht. Außerdem soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gefördert werden, indem das geltende Recht harmonisiert und verein-

facht wird. Seine Beschlüsse will das Gremium Bundestag und Assemblée nationale als gemeinsame Entschlüsse vorschlagen.

Erste Sitzung Loslegen wollen die Abgeordneten schon diese Woche. Am heutigen Montag wollen Schäuble und Ferrand das Abkommen in Paris unterzeichnen, direkt im Anschluss konstituiert sich die Parlamentarische Versammlung. Erwartet wird, dass sich die Parlamentarier dort zu den Absichten und Zielen äußern, die ihre jeweilige Fraktion mit der neuen Parlamentskammer verbindet. Später folgt eine Anhörung, zu der die französische Beauftragte für die deutsch-französische Zusammenarbeit, Nathalie Loiseau (La République en Marche) und der deutsche Staatsminister für Europaangelegenheiten, Michael Roth (SPD), eingeladen sind. joh

EDITORIAL

Der Osten macht Mut

VON JÖRG BIALLAS

Es ist in diesen Zeiten nicht immer leicht, ein überzeugter Europäer zu bleiben. Fast täglich erreichen die Gemeinschaft neue Nachrichten aus dem austrittswilligen Großbritannien, die je nach Gemütszustand fassungsloses Kopfschütteln, zynischen Galgenhumor oder wütendes Aufstampfen hervorrufen.

Brexit ja, Brexit nein, Brexit jetzt, Brexit später, Brexit nicht mehr als Thema im britischen Unterhaus. Kurzum: ein Trauerspiel, in dem der Schlussakt noch eine Weile auf sich warten lassen wird.

Das Image der Europäischen Union wird durch den innenpolitischen Dilettantismus auf der Insel nachhaltig beschädigt. Das ist besonders verheerend, weil in zwei Monaten die Wahlen zum Europäischen Parlament anstehen.

Laut Umfragen sollen rechtspopulistische, anti-europäische Kräfte in vielen Mitgliedsstaaten deutlich zulegen. Die Arbeit im EU-Parlament, ohnehin von Vertretern nationalistisch orientierter Bewegungen gebeutelt, würde darunter zusätzlich leiden.

Und doch gibt es keinen Grund zur Resignation. Im Gegenteil. Ausgerechnet ein Blick nach Osteuropa, vielerorts ein weiteres Sorgenkind der Gemeinschaft, macht Mut.

In Polen formiert sich eine selbstbewusste Opposition gegen die autoritäre PiS-Regierung. In Ungarn ist Widerstand gegen den rechtspopulistischen Ministerpräsidenten Viktor Orban vernehmbar. Und in der Slowakei hat Zuzana Caputova, eine liberale, pro-europäische Politikerin, gute Chancen, Präsidentin ihres Landes zu werden.

Das alles wird die politischen Gewichte in Europa nicht unmittelbar verschieben. Aber diese Entwicklungen belegen, dass vernünftige Europa-Politik überzeugen kann.

Dazu wäre es freilich hilfreich, wenn in der EU wieder intensiver über gemeinsame Ziele diskutiert würde. Ganz oben auf der Agenda sollte dabei eine einheitliche Sicherheitspolitik nach innen und nach außen stehen, wie sie der französische Präsident Emmanuel Macron jetzt abermals vorgeschlagen hat.

Wer diese Debatte aus Angst vor möglicherweise unpopulären Ergebnissen und damit verbundenen innenpolitischen Nachteilen abwürgt, riskiert den Vorwurf, die ohnehin angeschlagene EU zusätzlich zu belasten. In der aktuellen Situation würde das denen in die Hände spielen, die weniger statt mehr Europa wollen.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

TRAGEN BERLIN UND PARIS NOCH DIE EU?

Fähig zum Konsens

PRO



Albrecht Meier, »Der Tagesspiegel«, Berlin

Motor, Tandem, Führungsduo – für das deutsch-französische Paar gibt es genügend Metaphern. Sie mögen abgedroschen klingen, aber das ändert nichts daran: Ohne Berlin und Paris läuft nichts in der EU. Allerdings haben sich die Zeiten geändert. In der Vergangenheit war die EU regelmäßig in zwei Lager geteilt, die jeweils in Berlin und Paris ihre Fürsprecher fanden. In Zeiten der Euro-Krise war beispielsweise die Kluft zwischen Austeritätspolitikern im Norden und gebeutelten Krisenstaaten im Süden besonders groß. Deutschland und Frankreich fanden damals regelmäßig Kompromisse zum Wohl der gesamten Euro-Zone. Auch wenn der Streit zwischen Nord und Süd heute in der Diskussion um das von Emmanuel Macron geforderte Euro-Zonen-Budget weiterschwelt, ist inzwischen eine neue Trennlinie in der EU entstanden. Sie verläuft zwischen jenen Ländern, die wie Deutschland und Frankreich gemeinschaftliche Lösungen anstreben und den Brüssel-Gegnern wie Ungarns Regierungschef Viktor Orban. Doch trotz des Auftriebs der Populisten gilt: Kompromisse zwischen Berlin und Paris prägen immer noch die gesamte EU. Egal, ob es um den Brexit, die Weiterentwicklung einer EU-Verteidigungspolitik oder das Personalgerangel um die Nachfolge von EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker geht – Angela Merkel und Macron müssen sich einig werden. Auch wenn Berlin und Paris hier jeweils unterschiedliche Prioritäten setzen, sind sie nicht unfähig zum Konsens. Denn Deutschland und Frankreich sehen in der EU ein modernes Instrument der Interessenwahrung auf globaler Ebene – und wollen einem möglichen weiteren Zerfall der Gemeinschaft entgegensteuern.

Drastischer Verlust

CONTRA



Richard Herzinger, »Welt«, »Welt am Sonntag«, Berlin

Emmanuel Macrons Appell an die Bürger Europas, gegen den drohenden Zerfall der EU und den Drang zur nationalen Regression aufzustehen, ist weitgehend verpufft. Die Resonanz in Deutschland war ernüchternd. Statt einer lebhaften Debatte über gesamteuropäische Zukunftsmodelle gab es eine Replik der CDU-Chefin, die im Wesentlichen längst bekannte, mit Macrons Vorstellungen unvereinbare deutsche Positionen wiederholte. Ideen des französischen Präsidenten wie die Angleichung der Sozialsysteme werden von ihr als „Zentralismus“ abgetan. Deutsch-französischen Plänen für eine Europäische Armee versetzte kurz darauf Finanzminister Olaf Scholz (SPD) einen herberenden Schlag, indem er den deutschen Wehretat empfindlich kürzte. Die versprochene Steigerung der deutschen Verteidigungsausgaben auf 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts wird damit unerreichbar, vom Zwei-Prozent-Ziel der Nato ganz zu schweigen. Angela Merkels Vision von einem deutsch-französischen Flugzeugträger gewinnt vor diesem Hintergrund satirische Züge. Auf der anderen Seite stößt Macrons gesamteuropäisches Pathos schnell an seine Grenzen, wenn es um Einschränkungen französischer Souveränitätsrechte geht. Weder die Europäisierung des UN-Sicherheitsratsitzes Frankreichs noch der Verfügungsgewalt über seine Atomwaffen steht ernsthaft zur Debatte. Berlin zeigt derweil beim Pipeline-Projekt Nord Stream 2, dass es vermeintliche nationale Interessen im Zweifelsfall rücksichtslos über den europäischen Konsens zu stellen bereit ist. Der deutsch-französische Anspruch auf die Vorentrolle bei der Einigung Europas verliert so weiter drastisch an Glaubwürdigkeit.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Frau Brantner, der Brexit ist verschoben. Nicht in fünf Tagen, sondern spätestens am 22. Mai, sollen die Briten die Europäische Union verlassen. Ist das ein guter Kompromiss?

Es ist unter diesen widrigen Umständen sicherlich gut, dass die übrigen 27 Mitgliedstaaten Klarheit geschaffen haben. Eine Verschiebung ist auf jeden Fall besser als ein harter Brexit. Der wäre für die Bürger und Unternehmen in ganz Europa ein schlechtes Szenario.

Welche Optionen haben die Briten jetzt?

Ich sehe drei Möglichkeiten. Großbritannien kann den Vertrag annehmen mit kurzer Frist oder den Austritt zurücknehmen und in der EU bleiben. Letzteres würde ich persönlich natürlich begrüßen. Die Briten könnten auch einen Aufschub über den Mai hinaus erhalten – dann müssen sie aber endlich sagen, wohin die Reise geht und sich auch an den Europawahlen beteiligen.

Nehmen wir ein viertes Szenario an: Die Briten entscheiden sich gegen die Teilnahme an den Wahlen, der Brexit verzögert sich dennoch weiter. Welche Auswirkungen hätte das auf die Rechtmäßigkeit des neuen Europäischen Parlaments?

Dazu gibt es unterschiedliche Einschätzungen: Während der juristische Dienst des Europäischen Rates meint, ohne Beteiligung der Briten wären die Entscheidungen des neuen Parlaments illegitim, kommt der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages nicht zu diesem Schluss. Ich teile die Auffassung des Bundestages. Wenn wir annehmen, dass das EP keine legitimen Entscheidungen treffen kann, sobald ein Mitgliedsland nicht an der Wahl teilnimmt, geben wir EU-Gegnern wie Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban ein starkes Vetoinstrument in die Hand. Er könnte dann einfach keine Europawahlen mehr in seinem Land abhalten. Das ist eine gefährliche Auslegung, die uns später noch auf die Füße fallen könnte.

Voraussetzung für den Aufschub ist, dass das britische Unterhaus den Brexit-Vertrag in dieser Woche annimmt. Was passiert, wenn die Abgeordneten zum dritten Mal Nein sagen? Viele halten das für sehr wahrscheinlich.

Dann müsste das Unterhaus fraktionsübergreifend arbeiten und neue Wege finden. Wenn es das auch nicht schafft, halte ich ein Referendum für sinnvoll. Die Brexit-Abstimmung hatte allgemein die Frage nach Bleiben oder Gehen gestellt. Fairerweise sollten die Briten auch entscheiden können, ob sie mit den Modalitäten des Austritts einverstanden sind.

Warum sollten die Abgeordneten dem Deal diesmal zustimmen? An dem Vertrag hat sich doch substantiell nichts geändert.

Das britische Unterhaus ist blockiert durch interne Machtkämpfe. Und Premierministerin Theresa May stellt immer noch ihre Partei über ihr Land. Der Blick fürs Wesentliche scheint verloren gegangen zu sein, außerdem wurden den Brexit-Befürwortern viele Luftschlösser versprochen. Wenn die Klarstellungen des Europäischen Rates gehalten haben sollten, das zu ändern, wäre viel gewonnen. Manchmal sickert die Realität nur langsam ein.

Knackpunkt in den Verhandlungen ist und bleibt die Notfalllösung (Backstop) für die nordirische Grenze. Welche Möglichkeiten sehen Sie, diese knifflige Frage zu klären?

Oberste Prioritäten sind der Frieden auf der irischen Insel und der Schutz des EU-Binnenmarktes. Auch wenn es keine physi-

»Besser als kein Deal«

FRANZISKA BRANTNER Die Grünen-Abgeordnete will einen harten Brexit vermeiden, knüpft einen weiteren Brexit-Aufschub aber an Bedingungen



© Sabine Arndt

sche Grenze zwischen Irland und Nordirland geben darf, wie es der Friedensvertrag zwischen beiden festlegt, muss sichergestellt sein, dass in Zukunft nicht Waffen, BSE oder giftiges Spielzeug aus China über Nordirland in die EU kommen. Wir brauchen also entweder Kontrollen an dieser neuen EU-Außengrenze oder das Vereinigte Königreich muss die Standards des EU-Binnenmarktes beibehalten.

Dann aber müssten die Briten in der Zollunion bleiben und die Binnenmarkt-

regeln anwenden. Genau dagegen hat eine knappe Mehrheit des Volkes beim Referendum gestimmt.

Ja, Großbritannien hätte nahezu die gleichen Rechte und Pflichten wie bisher, aber weniger Mitspracherechte. Das ist das Gegenteil dessen, was die Brexit-Befürworter wollen. Eine dritte Option wäre eine Grenze zwischen Nordirland und dem Rest des Vereinigten Königreiches. Der Frieden auf der Insel hängt aufs engste mit der Mitgliedschaft in der Europäischen Union zusammen.

Den Brexit vor Augen vertiefen Deutschland und Frankreich gerade ihre Beziehungen, um die europäische Integration voranzubringen. Teil dessen ist das neue Deutsch-Französische Parlamentsabkommen. Was soll dessen Kernstück, die Parlamentarische Versammlung aus Vertretern von Bundestag und Nationalversammlung, bewirken?

Deutsche und Franzosen sind in den vergangenen Jahren immer wieder an den gleichen Themen gescheitert: Euro, Klima, Sozialer Zusammenhalt, Verteidigung. Mit dem neuen Gremium wollen wir einen Ort des Austausches und des Zuhörens etablieren. Es soll Vorurteile auf beiden Seiten abbauen und gemeinsame Initiativen anstoßen. Dabei ist uns besonders wichtig, dass nicht nur die Mitglieder der jeweiligen Europaausschüsse, die ohnehin in engem Kontakt stehen, in dem Gremium vertreten sind, sondern auch Vertreter aus allen anderen Fachausschüssen wie Haushalt, Umwelt und Verkehr.

Auf Regierungsebene ist die Kakophonie zwischen Berlin und Paris unüberhörbar. So lehnen CDU und CSU in ihrem Programm zur Europawahl zentrale Vorschläge von Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron zur Reform der EU ab. Wie stabil ist das Fundament, auf dem beide Staaten weiter an der EU bauen wollen?

Die deutsche Regierung blockiert seit einem Jahr fast alle Vorschläge Macrons. Wenn er einen europäischen Investitions-haushalt vorschlägt, wird die Idee von der Bundesregierung sofort mit dem Label „Transferunion“ versehen in die Tonne getreten. Diese Konflikte auf Regierungsebene blockieren ganz Europa. Wir Parlamentarier möchten konstruktiver über diese wichtigen Themen reden.

Nun sind die Ideen von Macron – etwa die Schaffung eines EU-Finanzministeriums, einheitliche Steuern und Mindestlöhne – sehr weitreichend. Ist es angesichts von Brexit und wachsendem Nationalismus in der EU der richtige Zeitpunkt, in Richtung der „Vereinigten Staaten von Europa“ zu steuern?

Macrons Ideen sind ambitioniert, aber wir müssen Europa wirklich voranbringen. Wir haben nach wie vor eine unvollständige Währungsunion, daher bleibt das Risiko erneuter Krisen groß. Gerade um solche Krisen künftig besser abzufedern, braucht es einen Haushalt für den Euro, der stabilisiert und investiert. Nötig sind Investitionen in europäische öffentliche Güter, zum Beispiel in gemeinsame Schienennetze oder grüne Infrastruktur. Wir müssen gemeinsame Aufgaben auch gemeinsam stemmen.

Und wo soll das Geld dafür herkommen?

Eine Möglichkeit wäre die konsequente Bekämpfung von Steuervermeidung und Steuerraub durch die Harmonisierung von Unternehmenssteuern. Es reicht nicht mehr, den Status Quo in der EU zu erhalten und uns weiter durchzuwuscheln.

Das Gespräch führte Johanna Metz. ||

Franziska Brantner ist europapolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und war Mitglied der Arbeitsgruppe, die das gerade vom Bundestag beschlossene Deutsch-Französische Parlamentsabkommen ausgearbeitet hat.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Europapolitiker: Florian Hahn

Eigentlich, so könnte man Florian Hahn verstehen, war es für diese Vereinbarung höchste Zeit. Der Élysée-Vertrag immerhin steht schon in seinem sechsten Jahrzehnt. Im Januar haben Angela Merkel (CDU) und Emmanuel Macron die Unterzeichnung ihres „Aachener Vertrages“ mit Aplomb gezeigert. „Selbstverständlich“, meint Hahn, „haben auch die Parlamente ein eigenes Selbstbewusstsein – das ist auch gut so.“ Die Beziehungen zwischen den beiden Herzländern Europas sind zu wichtig, um sie allein den Regierungen zu überlassen. Das in etwa ist für den CSU-Europapolitiker die Quintessenz des deutsch-französischen Parlamentsabkommens, dessen Kernstück die Gründung einer regelmäßig tagenden gemeinsamen Parlamentarischen Versammlung ist.

Seit 2018 ist Hahn europapolitischer Sprecher der Unions-Fraktion, Vorsitzender ihrer Arbeitsgruppe für Angelegenheiten der Europäischen Union und Ordentliches Mitglied im Europa-Ausschuss. Dort war der gebürtige Münchner, im Bundestag seit 2009, bereits in der vergangenen Legislaturperiode stellvertretend tätig. Schon in der Jungen Union, der er mit 15 beitrug, seien Außen-, Sicherheits-, Europapolitik seine „Herzenthemen“ gewesen, sagt er, ohne sich festlegen zu wollen, welches davon ihm besonders lieb sei: „Ich glaube, dass das in der heutigen Zeit so stark verborgen ist, dass man diese Politikfelder nur gesamthaft betrachten kann.“



© DBT/achim Meide

»Wir brauchen ein Europa, das uns stark macht, und nicht ein Europa, das auf Zentralismus und Umverteilung setzt.«

Anliegen müsse sein, „auch politische Inhalte voranzubringen“. Vorstellbar etwa sei, dass die neue „gemeinsame Kammer“ Themen formuliere, die die beiden Parlamente anschließend zur Entscheidung auf ihre Tagesordnungen zu setzen hätten: „Ich glaube, es ist wichtig, neue Akzente in der deutsch-französischen Freundschaft zu setzen und deutlich zu machen, dass beide Länder weiterhin gemeinsam Europa gestalten wollen.“

Nun haben es ja derzeit die Deutschen mit einem französischen Präsidenten zu tun, dem es in Europadingen an Gestaltungsdrang zu allerletzt gebricht. Hahn findet „die meisten Ideen und Ansätze“ Macrons „unterstützenswert“, also nicht alles brauchbar. Er hält es da mit der Vorsitzenden der christdemokratischen Schwes-terpartei, die zu Wünschen nach einem Eurozonenbudget, europäischen Sozialkassen und einem europäischen Mindestlohn Gesprächsbedarf angemeldet und obendrein den kecken Gedanken geäußert hat, den Straßburger Sitz des Europaparlaments zu schließen.

„Wir brauchen ein Europa, das uns stark macht, und nicht ein Europa, das auf Zentralismus und Umverteilung setzt“, formuliert Hahn und setzt zum Thema Europaparlament hinzu, dass das Verständnis der Bürger für dessen doppelte Unterbringung in Straßburg und Brüssel „mindestens begrenzt“ sei und man überlegen müsse, ob der Straßburger Sitz noch zeitgemäß sei. „Es muss möglich sein, dass man diese Frage stellt, ohne dass unsere engsten Partner in Frankreich sich gleich beleidigt fühlen.“ Der europäische Flugzeugträger, den CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer Macron ans Herz gelegt hat, sei indes „eher symbolhaft zu verstehen“. Wichtig sei, Europa in die Lage zu versetzen, „sich tatsächlich gemeinsam selbst verteidigen zu können“. Vor allem Deutschland müsse dafür mehr tun. Ob es freilich der ebenfalls von Macron erordneten „europäischen Armee“ bedürfe? „Kann sein, ich glaube aber nicht, dass ich das erleben werden. Mir fehlt die Phantasie“, meint Hahn. Winfried Dolderer ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Redaktionsschluss
22. März 2019

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurhusenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Urheberrechtsverletzungen können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Detsenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 32
Telefax (089) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@intime-media-services.de

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (030) 227-305 15
Telefax (030) 227-365 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd
Claas Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kristina Pezzei (pez)
Sören Christian Reimer (scr)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Detsenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 36
Telefax (089) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Die Plenarsäle von Bundestag (links) und französischer Nationalversammlung (rechts) trennen mehr als 1.000 Kilometer. Die Abgeordneten beider Häuser wollen dennoch näher zusammenrücken.

© picture-alliance/Sven Simon/PPE/Collage: Stephan Roters

Das Heft in der Hand

KOOPERATION Während es auf Regierungsebene knirscht, suchen die Parlamente in Paris und Berlin nach mehr Einigkeit

W er die Genese des deutsch-französischen Parlamentsabkommens, das der Bundestag in dieser Woche verabschiedet hat, verstehen will, muss eine Zeitreise in den Herbst 2017 antreten. Damals hatte Emmanuel Macron an der Pariser Sorbonne eine feurige Rede gehalten, prall gefüllt mit Ideen zur Erneuerung der Europäischen Union. Ideen, die der französische Präsident vor allem mit Deutschland umsetzen wollte. Auch einen neuen Freundschaftsvertrag, einen Elysée 2, brachte er ins Gespräch. Doch seine Ansprache kam zu einem ungünstigen Zeitpunkt: Die Bundestagswahl zwei Tage zuvor hatte nicht den erhofften Schwung ins deutsch-französische Verhältnis gebracht. Stattdessen dauerten die Koalitionsverhandlungen monatelang und die geschäftsführende Bundesregierung hielt Macron hin wie die Prinzessin den Prinzen im Märchen. Vor allem für drei Bundestagsabgeordnete war dieser Schwebezustand quälend. Sie appellierten in einem Zeitungsbeitrag an die Bundesregierung, Macrons Initiative aufzugreifen. „Diesen Vorschlag sollten wir freudig annehmen, denn die deutsch-französische Freundschaft bleibt ein Geschenk“, hieß es in dem von Franziska Brantner (Grüne), Michael Link (FDP) und Andreas Jung (CDU) unterzeichneten Text, der am 11. November 2017 parallel in der „FAZ“ und „Le Monde“ veröffentlicht wurde. Die drei Abgeordneten vertreten die Parteien, die damals über eine Jamaica-Koalition verhandelten.

„Wir mussten als Parlament das Heft in die Hand nehmen“, erinnert sich Andreas Jung heute. Auf französischer Seite fanden er und seine Ko-Autoren, denen sich später auch die SPD anschloss, in der Abgeordneten Sabine Thillaye eine Verbündete. „Wir brauchten einen parlamentarischen Anstoß, um Misstrauen ab- und Vertrauen aufzubauen“, sagt die 59-Jährige aus Remscheid, die seit mehr als 30 Jahren in Frankreich lebt und in der Nationalversammlung den Europaausschuss leitet.

Direkte Absprachen Ziel war eine gemeinsame Erklärung von Bundestag und Nationalversammlung zum 55. Jahrestag des Elysée-Vertrags. „Wir wollten diesen Tag nicht für Festtagsreden, sondern für politische Initiativen nutzen“, berichtet Jung. Bis zum 22. Januar 2018 blieb ihm und seinen Mitstreitern jedoch nur wenig Zeit, um sich auf den Wortlaut einer Resolution zu einigen. „Es war von Vorteil, dass es keine Regierung gab, denn so hat keiner reingefunkt“, erzählt Franziska Brantner. Die Absprachen erfolgten direkt zwischen Bundestag und Nationalversammlung. Noch heute ist die Grünen-Politikerin stolz darauf, dass der Text in so kurzer Zeit ausgehandelt wurde. Dieser forderte nicht nur einen neuen Elysée-Vertrag, sondern legte auch die Grundlage für das nun beschlossene Parlamentsabkommen. Zustimmung fand die gemeinsame Erklärung allerdings nicht bei allen Parteien: In Deutschland

waren die AfD und Teile der Linken dagegen, in Frankreich die rechtspopulistische Rassemblement National (früher Front National) und die Linkspartei La France Insoumise LFI. Der für seine Deutschlandfeindliche Haltung bekannte LFI-Chef Jean-Luc Mélenchon erklärte: „Wir werden nicht unterschreiben.“ Begründung? Das deutsch-französische Paar gebärde sich als „ebenso autoritäres wie arrogantes Direktorium“.

Mélenchon konnte mit seiner harschen Kritik aber nicht verhindern, dass der 55. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags zur großen Stunde von Bundestag und Nationalversammlung wurde. An den feierlichen Sitzungen in Berlin und Paris nahmen jeweils Delegationen aus dem anderen Land teil. Die beiden Parlamentspräsidenten, François de Rugy und Wolfgang Schäuble (CDU), hielten Reden in der Sprache des Nachbarlandes. Beide Kammern stellten sich mit großer Mehrheit hinter die Resolution, die die Regierungen auffordert, die Grundlagen des Elysée-Vertrags an die heutige Zeit anzupassen – und dabei auch die Zusammenarbeit zwischen den beiden Volksvertretungen auszubauen. „Die Erfolgsgeschichte der deutsch-französischen Zusammenarbeit wollen wir in einer immer komplexeren Welt weiterschreiben“, sagte Schäuble vor der Assemblée Nationale, die im Gegensatz zum Bundestag allerdings nur spärlich besetzt war. „Als Verbindungs-

glied zwischen Gesellschaft und Regierung kommt uns, den Parlamenten, eine besondere Aufgabe zu.“ Bundestag und Nationalversammlung setzten daraufhin eine Arbeitsgruppe ein, die ein Parlamentsabkommen ausarbeiten sollte. 18 Abgeordnete fehlten in den folgenden Monaten an dem Dokument. Die Abgeordneten Link und Brantner gehörten ebenso dazu wie Thillaye, die den französischen Teil zusammen mit Christophe

»Es geht darum, von der Versöhnungsphase in die Arbeitsphase einzutreten.«

Sabine Thillaye, Abgeordnete in Paris

Arend leitete. Auch Parlamentarier von AfD und Linken sowie auf französischer Seite der LFI waren nun mit von der Partie. „Es herrschte eine sehr gute Atmosphäre“, erinnert sich Thillaye. „Alle hatten den Wunsch, konstruktiv zu sein.“ Ein Eindruck, den die deutschen Teilnehmer bestätigen. „Man hat in einem sehr guten Geist getagelt“, sagt Andreas Jung. Die Fronten seien

dabei nicht zwischen Deutschen und Franzosen verlaufen, sondern quer durch die Parteien. „Manchmal waren sich sogar die Konservativen im Bundestag und der Nationalversammlung untereinander uneins“, erinnert sich Brantner. Die Treffen brachten aber auch institutionelle Unterschiede ans Licht. „Mir wurde klar, wie schwach die Nationalversammlung ist“, bemerkt Brantner, die Frankreich durch ihr Studium in Paris gut kennt. Das gelte beispielsweise für die Tagesordnung, die in Deutschland vom Ältestenrat des Bundestags vorgegeben wird, in Frankreich

aber von der Regierung. „Wir mussten uns immer wieder an die unterschiedlichen rechtlichen Grundlagen anpassen.“ Auch die Namensgebung des geplanten deutsch-französischen Mini-Parlaments bereitete den Abgeordneten Kopfzerbrechen. Begriffe wie „Konvent“ oder „Kongress“ waren in Frankreich historisch vorbelastet, so dass man sich schließlich auf das Wort „Versammlung“ einigte. Nach sechs langen Sitzungen legte die Arbeitsgruppe im November ihren Entwurf vor. Der Termin nur drei Tage nach den Feiern zum 100. Jahrestag des Endes des Ersten Weltkriegs weckte noch einmal die Erinnerung an die blutige Vergangenheit der einstigen „Erbfeinde“. Er zeigte aber auch, was für einen weiten Weg der Aussöhnung die beiden Länder in den vergangenen Jahrzehnten zurückgelegt haben.

Im Gleichklang In Zukunft bilden die Parlamente beider Länder eine gemeinsame Versammlung, die zweimal im Jahr in öffentlicher Sitzung zusammenkommen soll. Ihren Regierungen wollen die Abgeordneten gemeinsame Entschließungen vorlegen, die jeweiligen Parlamentsausschüsse sollen „in Fragen von gemeinsamem Interesse“ eng zusammenarbeiten. Vor allem die Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht, die den Parlamenten einen gewissen Freiraum lässt, soll möglichst im Gleichklang erfolgen. Gesetzgeberische Befugnisse wird das Mini-Parlament allerdings nicht haben. „Die Souveränität der nationalen Parlamente wird nicht angetastet, aber die Versammlung kann durch politische Initiativen vieles bewirken“, ist Andreas Jung überzeugt. Davon ist auch Dominik Grillmayer vom deutsch-französischen Institut in Ludwigsburg überzeugt. „Die Zusammenarbeit war in den vergangenen Jahrzehnten zu exekutivlastig. Diese Unwucht wird nun ausgeglichen.“

Zumal auf Regierungsebene gerade wieder die traditionell unterschiedlichen politischen Vorstellungen dies- und jenseits des Rheins aufeinanderprallen. Als Macron vor einigen Tagen in einem europaweit veröffentlichten Essay erneut leidenschaftlich für tiefgreifende Reformen in der EU warb und unter anderem eine europäische Asylbehörde und einen europaweit geltenden Mindestlohn forderte, da waren die Reaktionen in Berlin wieder erstaunlich verhalten. Erst Tage später bekam Macron eine Antwort, aber nicht etwa von der Kanzlerin, sondern von CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer. In einem Beitrag für die „Welt am Sonntag“ wies sie vor allem die sozialpolitischen Vorschläge Macrons, wie den nach einem Mindestlohn, zurück und stellte eigene Ideen entgegen, die wiederum den Franzosen wenig schmeckten: So wünscht sich Kramp-Karrenbauer einen ständigen Sitz der EU im Uno-Sicherheitsrat; auch soll das Europäische Parlament seinen zweiten Sitz im französischen Straßburg aufgeben. Die französische Europa-Ministerin Nathalie Loiseau stellte prompt klar, Frankreich werde weder auf seinen ständigen Sitz im Uno-Sicherheitsrat zu-

gunsten der EU verzichten noch Straßburg infrage stellen. Dies sei für Frankreich auch eine Frage des „Stolzes“. Zurückhaltend reagierte Paris auch auf den Vorschlag der CDU-Chefin, gemeinsam einen europäischen Flugzeugträger zu bauen. „Es gibt eine Vielzahl von Fragen“, erklärte die französische Verteidigungsministerin Florence Parly dazu. „Wären die Missionen in der Hand der Europäer? Wie sähe der Prozess aus?“ Offenbar gibt es dazu bisher keine abgestimmte Haltung. Ungeachtet der Kakophonie zwischen den Regierungen gehen die Parlamentarier ihre künftige Kooperation jedoch mit viel Ehrgeiz an. „Es geht darum, nach der Versöh-

nungsphase in die Arbeitsphase einzutreten“, sagt Thillaye. Deshalb sollen für die neue parlamentarische Versammlung gerade nicht die Abgeordneten ausgesucht werden, die das Nachbarland gut kennen, sondern vielmehr Experten aus den verschiedenen Themenbereichen. „Wir wollen keine Versammlung, die sich in Sonntagsreden übt“, betont auch Brantner.

Was das neue Gremium tatsächlich bewegen kann, wird sich ab dem 25. März zeigen, wenn es in Paris zum ersten Mal zusammenkommt. *Christine Longin/joh*

Christine Longin ist freie Korrespondentin in Paris.

»Gemeinsam stärker«

BUNDESTAG Abgeordnete hoffen auf Impulse für Europa

Eine breite Mehrheit im Bundestag unterstützt das Parlamentsabkommen und sieht es als Chance, die Europäische Union stabiler und handlungsfähiger zu machen. In namentlicher Abstimmung votierten vergangene Woche 509 Abgeordnete für einen Antrag (19/8540) der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen zur Annahme des Abkommens, 111 stimmten dagegen, es gab 25 Enthaltungen. Andreas Jung (CDU) unterstrich in der Debatte, dass mit dem Abkommen 56 Jahre nach dem „Glücksfall“ des Elysée-Vertrags die deutsch-französische Partnerschaft auf eine neue Stufe gehoben werde. „Gemeinsam sind wir stärker als jeder für sich.“ Die Zusammenarbeit dürfe aber nicht exklusiv sein, sondern müsse Impulse für ganz Europa geben. Es gehe darum, die europäische Handlungsfähigkeit zu stärken etwa in der Außen- und Sicherheitspolitik und im weltweiten Wettbewerb um Zukunftstechnologien. Nils Schmid (SPD) nannte eine engere Zusammenarbeit von Bundestag und Assemblée nationale „unverzichtbar und wertvoll“ als parlamentarische Ergänzung des Aachener Vertrags und wichtig für die Konvergenz bei der Umsetzung von EU-Recht. Es sei in einem gemeinsamen europäischen Binnenmarkt zum Beispiel sinnvoll, eine gerechte Unternehmensbesteuerung auf den Weg zu bringen.

Norbert Kleinwächter (AfD) kritisierte hingegen, dass das Abkommen den „etwas krummen Vorstellungen einer zentralisierten EU“ von Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron folge. Auf dem Spiel stehe damit die deutsch-französische Aussöhnung – „das Beste, was beiden Ländern in den letzten Jahrzehnten widerfahren ist“. Nun aber sollten eine Konvergenz des deutschen und französischen Rechts angestrebt und Verpflichtungen geschaffen werden, die auch „uns Abgeordnete einschränken kön-

nen“, warnte Kleinwächter. Nicola Beer (FDP) warb für eine Wiederbelebung des „Weimarer Dreiecks“, also des Dialogs der Regierungen und der Parlamente Deutschlands, Frankreichs und Polens. Deutschland müsse den Eindruck vermeiden, nur mit bestimmten EU-Mitgliedern zusammenzuarbeiten oder deutsche Alleingänge aneinanderzureihen „von Migration bis Nord Stream“. Beer kritisierte zudem, dass die Bundesregierung dem Bundestag Ende Januar wegen des kurzfristig anberaumten Festakts am 22. Januar 2019 in Aachen eine Verschiebung des Parlamentsabkommens aufgenötigt habe.

Nebenabsprache Fabio De Masi (Die Linke) argumentierte, dass man Europa nicht, wie im Aachener Vertrag angelegt, über Rüstungsprojekte einen könne, sondern durch die Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Dass die Bundesregierung mit einer „geheimen Nebenabrede“ zum Aachener Vertrag die deutschen Rüstungsexportrichtlinien aufweichen wolle, nannte er einen „Missbrauch der europäischen Idee“. Auch Franziska Brantner (Grüne) wandte sich gegen die Absprache. Sie warb dafür, in der neuen Parlamentarischen Versammlung bei „harten Themen“ wie Euro, Sicherheit und Klimaschutz Lösungen zu finden. Brantner kritisierte zudem den Vorschlag von CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer, den zweiten EU-Parlamentssitz in Straßburg abzuschaffen: Eine solche Provokation sollte nicht das erste Willkommenswort an Macron und seine Vorschläge sein. *Alexander Heinrich*

»Die engere Zusammenarbeit der Parlamente ist unverzichtbar und wertvoll.«

Nils Schmid (SPD)



Sitzung der deutsch-französischen Arbeitsgruppe zum Parlamentsabkommen im Mai 2018 in Berlin

© Deutscher Bundestag/Achim Melde

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Bis zu 200 Millionen Euro zahlte die Bundeswehr zwischen 2015 und 2018 für Verträge mit externen Firmen zwecks Beratung und Unterstützung. Ob der Bedarf in allen Fällen bestand, ob die Bundeswehr manche Aufgaben nicht mit eigenen Kräften hätte erledigen können, ob teils der Wettbewerb zwischen konkurrierenden Firmen umgangen wurde: Der Bundesrechnungshof hat massive Verstöße gegen Vorgaben der Bundeshaushaltsordnung und des Vergaberechts ausgemacht. Damit befasst sich seit Ende Januar 2019 der Verteidigungsausschuss, der sich dazu selbst als Untersuchungsausschuss eingesetzt hat – ein Recht, das das Grundgesetz nur ihm zugesteht. Er soll klären, ob es womöglich Fälle von Vetternwirtschaft gegeben hat. Nach vorbereitenden Sitzungen tagte der Ausschuss vergangene Woche erstmals öffentlich und begann damit die inhaltliche Arbeit. Der Vorsitzende Wolfgang Hellmich (SPD) belehrte die Zeugen, dass bei Falschaussagen Geldstrafen oder gar Haft drohten. Damit war denn auch angesprochen, warum es überhaupt zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses kam. Der Verteidigungsausschuss kann nämlich niemanden zwingend als Zeugen vorladen. Und so blieb am 12. Dezember vergangenen Jahres jener Stuhl leer, auf dem eigentlich die frühere Staatssekretärin im Verteidigungsministerium, Katrin Suder, hätte Platz nehmen sollen. Die hatte den Abgeordneten einen Korb gegeben. Allenfalls schriftlich wollte sie sich äußern.

Penibel formuliert Da platzte den Parlamentariern der Kragen, was einige von ihnen auch offen bekundeten. Der Weg zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erwies sich anfangs als holprig, FDP, Linke und Grüne sahen sich zunächst ausgerechnet. Schließlich gab es eine Einigung auf den Untersuchungsauftrag. Er ist penibel formuliert, und Hellmich achtet auch pedantisch auf seine Einhaltung: Die Vergebe sollte unter vertraglichen, rechtlichen, haushalterischen, geheimerhaltungsrelevanten, militärischen, technologischen und politischen Gesichtspunkten geprüft werden. Ferner sollen die persönlichen und politischen Verantwortlichkeiten der Leitungsebene sowie die Aufklärungs- und Informationspraxis des Verteidigungsministeriums untersucht werden.

Damit bescherte Suder ihrer früheren Chefin, Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU), einen ungemütlichen Sommer. Ende August sollte der Abschlussbericht vorliegen, wurde zunächst angepöbelt. Schließlich erschien es nicht sonderlich knifflig, den vom Bundesrechnungshof in Prüfberichten festgehaltenen Sachverhalt nachzuvollziehen. Doch zwischenzeitlich weitete sich die Materie aus. 150 Ordner, gefüllt mit jeweils 500 Seiten, hat das Ministerium dem Ausschuss bereits zur Verfügung gestellt. 1.500 weitere könnten es noch werden. 36 Personen stehen schon jetzt auf der Liste der zu befragenden Zeugen, darunter die Ministerin, die wohl aber nicht mehr vor der Sommerpause geladen wird. Somit ist Ende August wohl noch lange nicht Schluss. Der Auftakt geriet zur schallenden Ohrfeige für die Vergabe-Verantwortlichen bei der



Dicke Ordner, viele Fragen

BUNDESWEHR Untersuchungsausschuss zur Berateraffäre tagt erstmals öffentlich und hört Zeugen. Rechnungshof rügt Fehler beim Abschluss von Verträgen

Der SPD-Abgeordnete Wolfgang Hellmich (im Bild) ist Vorsitzender des Verteidigungsausschusses.

© picture-alliance/dpa

Bundeswehr. Von einer „viel zu hohen Fehlerquote“ beim Abschluss von Berater- und Unterstützungsverträgen sprach Thea Dillger vom Bundesrechnungshof.

Viele Mängel Sie legte dar, dass in 55 Prozent der geprüften Fälle die Begründung für einen Vertrag mit Externen gefehlt habe, in 75 Prozent sei die wirtschaftliche Notwendigkeit nicht beschrieben worden. Bei 30 Prozent der Abschlüsse habe der Rechnungshof Mängel beim Prüfpunkt Vergaberecht ausgemacht. Über diese Quoten herrsche Einigkeit mit dem Ministerium. Es sei „davon auszugehen, dass vermeidbare Mehrausgaben entstanden sind“, sagte Dillger. Über den tatsächlichen Schaden für den Steuerzahler könne

sie jedoch „keine Aussage treffen“. Das sei im Nachhinein kaum feststellbar. Ihr Kollege Helmut Peters, der speziell Verträge im IT-Bereich unter die Lupe genommen hat, nannte für einen Fall eine Schadenssumme von einer Million Euro. Es ging um einen Rahmenvertrag mit einer Firma im Volumen von knapp 20 Millionen Euro. Das Unternehmen selbst habe keinerlei Leistung erbracht, sondern nur Unterauftragnehmer eingesetzt. Auf deren Forderung sattelte es dann einen Aufschlag drauf, bevor es die Rechnung an die Bundeswehr schickte. Die hätte nach Peters Darstellung freilich gleich mit den Subunternehmern Verträge schließen können. Der IT-Bereich bildet einen Schwerpunkt in dem Komplex. Als ersten befragten die

Ausschussmitglieder Generalleutnant Ludwig Leinhos, der als Sachverständiger und nicht als Zeuge geladen war. Er fungiert als Inspekteur Cyber- und Informationsraum der Bundeswehr (CIR). In diesem Bereich seien die deutschen Streitkräfte bis 2014 nicht führend gewesen. Das habe sich grundlegend geändert. Die Bundeswehr habe viel Boden gutgemacht. Der „riesige Handlungsbedarf“, der sich in der Aufbauphase ergeben habe, wäre ohne Einbeziehung von externen Firmen nicht zu leisten gewesen, auch weil das nötige eigene Personal zunächst gefehlt habe. Leinhos sagte, es gebe viele Firmen, die Berater- und Unterstützungsleistungen für die Bundeswehr anbieten. Er versicherte: „Uns ist egal, wer es macht.“ *Franz Ludwig Averdunk*

Warnung vor dem »Islamonauten«

FALL AMRI Zeuge berichtet von Hinweisen auf den späteren Attentäter

Der Islamonaut. Ein hierzulande unbekanntes Wesen. Anis Amri war einer, der spätere Attentäter vom Berliner Breitscheidplatz. Zumindest in der Diktion des marokkanischen Inlandsgeheimdienstes DGST, der „Allgemeinen Steuerung der Sicherheit des Staatsgebiets“, wie das frankophone Kürzel auf Deutsch in etwa zu übersetzen ist. Die Fahnder der DGST benutzen den Begriff für Islamisten, die auf den Wellen des Internet surfen, wie einst die seefahrenden Argonauten der altgriechischen Sage auf dem Schwarzen Meer unterwegs waren. Im Herbst 2016 gelangte aus der DGST eine ganze Serie von Hinweisen und Anfragen zur Person des „Islamonauten“ Amri auf den Schreibtisch Robin O'Debies in der deutschen Botschaft in Rabat. Zwischen dem 20. September und 17. Oktober seien vier solche Mitteilungen eingetroffen, berichtete O'Debie vorige Woche dem Amri-Untersuchungsausschuss.

Die Warnungen aus Marokko haben seit dem Berliner Anschlag die politische, journalistische und kriminalistische Phantasie reichlich beschäftigt. Warum ließen sie auf deutscher Seite nicht alle Alarmglocken schrillen? Hat man die Marokkaner unterschätzt? Die Seriosität ihrer Erkenntnisse angezweifelt? Im Gemeinsamen Terrorismus-Abwehrzentrum (GTAZ) der deutschen Sicherheitsbehörden kam das Thema am 2. November 2016 zur Sprache. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) übernahm es damals, den Hinweisen nachzugehen.

O'Debie arbeitet seit 2015 als Verbindungsbeamter des Bundeskriminalamts (BKA) in Rabat. Seine Tätigkeit beschrieb er dem Ausschuss als die eines „Briefboten“ im polizeilichen Informationsaustausch beider Länder. Über seine marokkanischen Ansprechpartner ist er voll des Lobes. Die Zusammenarbeit sei „herausragend“. Was die DGST zu bieten habe, seien „immer sehr werthaltige Informationen“.

Auch im Fall Amris lagen die Marokkaner, wie sich herausstellen sollte, leider richtig. Allein erschienen ihr Hinweis, der Mann könnte in naher Zukunft möglicherweise irgendetwas im Schilde führen, wie O'Debie meinte, den deutschen Behörden wohl nicht konkret genug, um in helle Aufregung zu geraten. Im Laufe des Jahres 2016 seien rund 110 „operative Vorgänge“ auf seinem Schreibtisch gelandet, sagte der Zeuge, von denen etwa 30 mit vermuteten radikalen islamischen Aktivitäten zu tun gehabt hätten. Unter diesen seien die vier Mitteilungen der DGST zum Fall Amri in keiner Weise „außergewöhnlich“ gewesen. In mancher Hinsicht seien die Marokkaner auch erstaunlich genau über Amri unterrichtet gewesen. So hätten sie gewusst, dass der Mann vor seiner Einreise nach Deutschland vier Jahre in Italien hinter Gittern verbracht hatte. Ein oder zwei Tage nach dem Eingang der beiden letzten Mitteilungen am 17. Oktober habe er der DGST in Rabat einen seiner Routinebesuche abgestattet und bei der Gelegenheit auch den Fall Amri angesprochen. Er habe wissen wollen, woher die Marokkaner ihre

Informationen hatten. In der Regel sei es so gewesen, dass sie auf der Suche nach Islamisten das Internet, insbesondere Facebook, „detailliert“ ausgewertet hätten.

Verhaltene Resonanz „Im Februar 2016 war Amri am nächsten an einer Anschlagsvorbereitung. Nach Februar war die Brisanz der Lage ein Stück weit abgeebbt“, sagte der zweite Zeuge der vorigen Woche, Kriminaldirektor Martin Kurzhals, zur damaligen Beurteilung des späteren Attentäters durch deutsche Sicherheitsbehörden. Ein Hinweis, der als Anhaltspunkt dafür gelten kann, warum die Warnungen aus Marokko im Herbst eine eher verhaltene Resonanz fanden. Kurzhals vertrat das BKA von 2014 bis Mitte 2018 im GTAZ. In dieser Funktion moderierte er zwischen Februar und Juni 2016 sechs Besprechungen, in denen Amri Thema war. Als der Tunesier am 4. Februar im GTAZ erstmals zur Sprache kam, stand die Vermutung im Raum, er trage sich mit Plänen für Anschläge mit Schnellfeuerwaffen. Das hatte das Landeskriminalamt in Nordrhein-Westfalen von einem Gewährsmann im Islamistenmilieu erfahren. Damit geriet Amri auf den Radar des BKA, das im Februar 2016 drei „Gefährdungsbewertungen“ über ihn abgab und dabei die Bedrohungsprognose geringfügig nach oben korrigierte. War er zunächst auf Rang sieben einer achtstufigen Skala einsortiert, was bedeutete, dass ein unmittelbarer bevorstehender, von ihm verursachter Anschlag „eher auszuschließen“ war, so rückte er dann in die fünfte Stufe auf: Attentat „eher unwahrscheinlich“. Furchterregend las sich auch das nicht. Dennoch: „Er war für alle ernst zu nehmen“, so deutete der Zeuge diese Einschätzung. *Winfried Dolderer*

Ruf nach fairer Beschaffung

VERGABEPRAxis Verpflichtende Kriterien gefordert

Um welche Dimension es vergangene Woche in der Bundestagsdebatte über die Regierungsantwort (19/7567) auf eine Große Anfrage der Grünen zur öffentlichen Beschaffung (19/3166) ging, machte Uwe Kerkeritz (Grüne) zu Beginn der Aussprache deutlich: Laut Schätzungen tätigen Bund, Länder und Kommunen jährlich Beschaffungen im Wert von mehr als 350 Milliarden Euro, von denen „heute schon ein Sechstel fair sein“ könnte, rechnete er vor. Dies zeige das große Potenzial fairer Beschaffung auch für Entwicklungsländer, betonte er und forderte eine „Stärkung ökologischer, sozialer und menschenrechtlicher Kriterien im Vergabeprozess“.

Petra Nicolaisen (CDU) betonte, das Thema „nachhaltige Beschaffung“ sei in der Bundesverwaltung angekommen, doch müsse die Akzeptanz dafür bei den Entscheidungsträgern ausgebaut werden. Saskia Esken (SPD) mahnte die Einführung verpflichtender Kriterien „für soziale und ökologische Nachhaltigkeit bei der öffentlichen Beschaffung“ an. Auch Michel Brandt (Linke) warb für eine öffentliche Beschaffung, „die verpflichtend soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards zur Grundlage nimmt“. Christoph Hoffmann (FDP) plädierte dafür, durch multilaterale Druck den „Standards bei Menschenrechten, Ökologie, Arbeitsrecht“ in den jeweiligen Nationalstaaten Geltung zu verschaffen. Markus Frohnmaier (AfD) kritisierte, der „von den Grünen erdachte und allen anderen Altparteien übernommene Ökosozialismus“ lasse „jeglichen Bezug zur Realität vermissen“. *Sto*

»Ein Anwalt der Sache«

INNERES I Zank um Forderung nach Polizeibeauftragtem

Die Forderung der Grünen nach einem unabhängigen Polizeibeauftragten des Bundes spaltet den Bundestag. Während die Befürworter im Parlament es begrüßen würden, wenn Polizisten und Bürger sich gleichermaßen an eine solche Stelle wenden können, um Fehlverhalten oder strukturelle Missstände anzuzeigen zu können, sehen Gegner darin ein Misstrauensvotum gegenüber der Polizei. Dies wurde am Freitag in der ersten Debatte des Parlaments über einen entsprechenden Gesetzentwurf der Grünen (19/7928) deutlich. Irene Mihalic (Grüne) betonte, ein Polizeibeauftragter sei im besten Sinne „ein Anwalt der Sache“ und würde die Möglichkeit der parlamentarischen Kontrolle der Polizei deutlich verbessern. Benjamin Strasser (FDP) konstatierte, ein unabhängiger Polizeibeauftragter könne durchaus

ein „Element der Qualitätssicherung“ sein. Niema Movassat (Linke) betonte, es sei nötig, „endlich“ die Diskussion um „strukturelle Fehlentwicklungen in der Polizei“ zu führen. Susanne Mittag (SPD) sagte, der Vorschlag der Grünen sei „an sich eine gute Idee“ – allerdings gebe es bereits vergleichbare Anlaufstellen in den Ländern und bei der Bundespolizei. Grundsätzlich sei es falsch, die Polizei strukturelle Probleme und Rassismus zu unterstellen – hierbei handle es sich um „Einzelfälle“. Für die Union hielt Josef Oster (CDU) fest, es gebe aktuell in Deutschland kein akutes Problem mit polizeilichem Fehlverhalten, wohl aber mit Angriffen auf Polizisten. Für die AfD wertete Lars Herrmann die Grünen-Vorlage als „böser Angriff“ auf die Polizei. *Susanne Kailitz*

Im Falle einer Katastrophe

INNERES II Fraktionen streiten über Vorsorgestrukturen

Die FDP-Fraktion macht sich für einen Ausbau der Katastrophenvorsorge stark. In einem Antrag (19/8541), über den der Bundestag vorige Woche erstmals beriet, betont die Fraktion, dass Deutschland „jederzeit auf die Bewältigung von Katastrophensituationen vorbereitet sein“, müsse, aber „ausreichende nationale Strukturen zur Vorsorge nicht vorhanden sind“. Benjamin Strasser (FDP) forderte in der Debatte, eine „konzeptunabhängige nationale Reserve“ für 50.000 Menschen aufzubauen, um den Bund im Falle einer Krisensituation „sofort handlungsfähig zu machen“. Michael Kuffer (CSU) entgegnete, zu einer solchen Reserve führe „kein Weg hin“. So umfassende Unterbringungskapazitäten könne man „weder konzeptionslos noch ohne saubere Anbindung an die gesamte

nichtpolizeiliche Sicherheitsarchitektur aufhängen“. Elisabeth Kaiser (SPD) warb dafür, die Bevölkerung mehr für das Thema zu sensibilisieren. Vielen sei nicht bewusst, selbst Vorsorge für Krisenfälle treffen zu müssen. Johannes Huber (AfD) hielt der Bundesregierung vor, nicht ausreichend der Aufgabe nachzukommen, „den Katastrophenschutz der Länder mit entwickelter Ausstattung für den Zivilschutz zu unterstützen“. André Hahn (Linke) nannte es „unbedingt erforderlich“, dass der Bund seine Hausaufgaben im Bereich der ergänzenden Katastrophenschutzunterstützung erledigt. Irene Mihalic (Grüne) betonte, der Ausbau der Vorsorgestrukturen sei wichtig. Die Forderung, entsprechende Reserven bereitzustellen, sei „völlig richtig“. *Sto*

Alteingesessene Minderheit

INNERES III Bekenntnis zu Kampf gegen Antiziganismus

Der Bundestag dringt auf eine entschiedene Bekämpfung des Antiziganismus. Gegen die Stimmen der AfD verabschiedete das Parlament am Freitag bei Enthaltung von FDP, Linken und Grünen einen entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD (19/8546). Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, „jeder Form des Hasses gegen Sinti und Roma und dem Antiziganismus schon im Entstehen in aller Konsequenz entschlossen zu begegnen“. Ein weitgehend wortgleicher Antrag von FDP, Linken und Grünen (19/8562) fand keine Mehrheit. In den Vorlagen verwiesen die Fraktionen darauf, dass die Bundesrepublik vor dem Hintergrund des „lange Zeit ignorierten Völkermords, der systematischen Entrechtung, Erniedrigung, Deportation und Ermordung von hunderttausenden Sinti und Roma im von Deutschland während des

Zweiten Weltkrieges besetzten Europa eine besondere Verantwortung im Kampf gegen den Antiziganismus“ trage. Deutsche Sinti und Roma seien „Teil der Gesellschaft, hier verwurzelt und zählen zu den vier alteingesessenen Minderheiten in Deutschland“. Begrüßt wird in den Vorlagen die vorgesehene Einsetzung eines Expertengremiums, „das erstmals eine systematische Bestandsaufnahme aller Erscheinungsformen des Antiziganismus erarbeiten soll“. Zugleich soll es nach dem Willen des Bundestages Empfehlungen für Programme gegen Antiziganismus formulieren. In der Debatte beklagte Axel Müller (CDU), dass Sinti und Roma „in Deutschland, in Ost- wie Westeuropa, schlicht überall“ bis heute diskriminiert würden. Dabei gehöre der Minderheitenschutz „zur DNA einer Demokratie“. Markus Frohnmaier (AfD) kritisierte die „Doppelbezeichnung Sinti und Roma“ als irreführend. Die Sinti machten zu Recht geltend, dass sie eine alteingesessene Minderheit in Deutschland seien. Gabriela Heinrich (SPD) verwies darauf, dass Sinti und Roma eine anerkannte nationale Minderheit sind: „Sie sind ein Teil Deutschlands, wie die Dänen, Sorben und Friesen“, sagte sie. Linda Teuteberg (FDP) nannte es „höchste Zeit“, dass der Bundestag ein deutliches Zeichen setze, sich eindeutig zu diesen Menschen zu bekennen, „deren Familien oft seit Jahrhunderten in unserem Land leben“. André Hahn (Linke) hob hervor, dass antiziganistische Vorurteile „nicht nur in rechten Randgruppen zu finden“ seien, sondern bis in die Mitte der Gesellschaft hinein reichten. Darauf verwies auch Filiz Polat (Grüne), die die Bekämpfung des Antiziganismus als dauerhafte Aufgabe der Politik wie der gesamten Gesellschaft wertete. *Helmut Stoltenberg*



Am Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma unweit des Reichstagsgebäudes in Berlin

KURZ NOTIERT

Grüne wollen Rechte der Behinderten stärken

Die Bundesregierung soll nach dem Willen der Grünen-Fraktion unter Beteiligung von Betroffenen Maßnahmen ergreifen, um das Recht von Menschen mit Behinderungen auf selbstbestimmte Lebensführung ohne Wenn und Aber zu gewährleisten. Das fordert die Fraktion in einem Antrag (19/8288), den der Bundestag vergangene Woche zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwies. Danach soll unter anderem im Bundes-teilhabe-gesetz ein uneingeschränktes Wunsch- und Wahlrecht im Hinblick auf Unterstützungsleistungen und den Ort ihrer Erbringung eingeführt werden.

Gesetz zu Ratsempfehlung für mehr Sozialschutz

Der Bundestag hat sich vergangene Woche erstmals mit einem Gesetzentwurf der Bundesregierung (19/8460) zu einer Empfehlung des Rates für einen besseren Zugang zum Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbständige befasst. Der Vorschlag soll vor allem dem Grundsatz 12 der Europäischen Säule sozialer Rechte dienen, wonach alle Arbeitnehmer, aber auch Selbständige das Recht auf angemessenen Sozialschutz haben. Der Gesetzentwurf schafft die Grundlage dafür, dass der deutsche Vertreter im Rat dem Vorschlag zustimmen darf. *che*



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

KURZ NOTIERT

Recht auf selbstbestimmtes Leben ohne Wenn und Aber

Die Grünen-Fraktion fordert in einem Antrag (19/8288), das Recht behinderter Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben „ohne Wenn und Aber“ umzusetzen. Die Bundesregierung solle dazu entsprechende Maßnahmen ergreifen. Unter anderem, so die Grünen, seien Korrekturen in den Sozialgesetzbüchern nötig, um Diskriminierungen von Behinderten zu beenden. Im Bundesteilhabegesetz solle außerdem ein uneingeschränktes Wunsch- und Wahlrecht im Hinblick auf die Art und den Ort von Unterstützungsleistungen eingeführt werden.

che ||

Grüne: »Umpolungs-Therapien« für Homosexuelle verbieten

Behandlungen zur Änderung der sexuellen Orientierung sollen nach dem Willen der Grünen verboten werden. In einem Antrag (19/7931) schreiben sie, in Deutschland böten Organisationen „gefährliche Pseudotherapien“ an, mit denen Menschen von ihrer Homosexualität „geheilt“ werden sollen. Homosexualität sei aber keine Krankheit, und die Therapien lösten Ängste bis hin zu Depressionen aus.

aw ||



Zukünftig erhalten anspruchsberechtigte Kinder 150 Euro pro Schuljahr für Schulbedarf. Zudem entfällt der Eigenanteil für das Schulessen und die Beförderung im Nahverkehr.

© picture-alliance/ZB

Inklusiver Stellenmarkt

ARBEIT Die AfD-Fraktion fordert ein Bonus-System, um mehr Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen zu schaffen. Am vergangenen Freitag debattierte der Bundestag über einen entsprechenden Antrag (19/8557) der Fraktion und überwies ihn anschließend an die Ausschüsse. Dringenden Handlungsbedarf sahen auch die anderen Fraktionen, sie bewerteten den AfD-Vorschlag jedoch als einseitig und nicht ausgereift.

Das von der AfD vorgeschlagene Bonus-System soll sich nur auf privatrechtliche Betriebe beziehen und auch für Arbeitgeber gelten, die nicht zur Schaffung solcher Arbeitsplätze verpflichtet sind. Bei Vollzeitbeschäftigung soll sich der steuerfreie Bonus auf 250 Euro pro Monat belaufen, verlangt die AfD.

Uwe Witt (AfD) kritisierte, dass es bisher keine Initiativen gebe, um die Erwerbstätigenquote von Behinderten zu erhöhen. Das Bonus-System solle zusätzlich zu bestehenden Instrumenten eingeführt werden, weil Bestrafung der Unternehmen allein nicht funktioniere, sagte Witt. Wilfried Oellers (CDU) betonte, es gebe genügend Angebote für Unternehmen, es mangle vor allem an der praktischen Umsetzung. Hier müssten neue Anreize gesetzt werden. Ähnlich argumentierte Jens Becke (FDP). Das Problem sei nicht die Rechtslage, sondern der Vollzug. In den Integrationsämtern und bei der Bundesagentur für Arbeit sei mehr Qualifizierung nötig. Angelika Glöckner (SPD) wunderte sich, dass die AfD den Fokus nur auf die Unternehmen und nicht auf die Menschen lege. Sören Pellmann (Die Linke) forderte, wie auch Corinna Rüffer (Grüne), eine deutliche Erhöhung der Ausgleichsabgabe für Betriebe, die keine Menschen mit Behinderungen einstellen. Ein Bonus ändere an der Substanz des Problems nichts, sagte Rüffer.

che ||

Hilfe für die Schwachen

FAMILIE Bundestag erhöht Kinderzuschlag und Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets

Der Bundestag hat das Starke-Familien-Gesetz zur Neugestaltung des Kinderzuschlags und des Bildungs- und Teilhabepakets verabschiedet. Mit den Stimmen der CDU/CSU- und der SPD-Fraktion verabschiedete das Parlament den Gesetzentwurf der Bundesregierung (19/7504) in der durch den Familienausschuss geänderten Fassung (19/8613) am vergangenen Donnerstag gegen das Votum der FDP- und der Linksfraktion. Die Fraktionen von AfD und Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich der Stimme.

Mehr Geld Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD), der die Vorlage gemeinsam mit Familienministerin Franziska Giffey (SPD) eingebracht hatte, und die Koalitionsfraktionen betonten, das Gesetz komme Familien mit geringem Einkommen und Alleinerziehenden und deren Kindern zu Gute. Künftig hätten 1,2 Millionen Kinder mehr Anspruch auf den Kinderzuschlag. Die Opposition begrüßte zwar ebenfalls die Verbesserungen, monierte jedoch zugleich, dass die Leistungen zu niedrig seien und ihre Beantragung zu bürokratisch. Vor allem das Bildungs- und Teilhabepaket sei ein „Bürokratiemonster“.

Das Starke-Familien-Gesetz sieht eine Erhöhung des Kinderzuschlags zum 1. Juli dieses Jahres von derzeit maximal 170 Euro pro Monat und Kind auf zunächst 185 Euro vor. In den kommenden Jahren soll er dynamisch mit dem Kindergeld ansteigen. Kinderzuschlag erhalten geringverdienende Eltern mit Kindern, um sie vor dem Bezug von Hartz-IV-Leistungen zu bewahren. Zudem wird Einkommen der Kinder – wie zum Beispiel Unterhaltszahlungen – den Kinderzuschlag nur noch zu 45 statt 100 Prozent mindern. Die ursprüngliche Regelung im Gesetzentwurf, dies nur bis zu einer Höhe von 100 Euro zu gewähren, strich der Familienausschuss mit einem Änderungsantrag der Koalition ersatzlos.

»1,2 Millionen Kinder mehr haben Anspruch auf den Kinderzuschlag.«

Hubertus Heil (SPD), Bundesarbeitsminister

Keine Kante Zum 1. Januar 2020 wird dann auch die Abbruchkante, ab der die Zahlung des Kinderzuschlags schlagartig entfällt, abgeschafft. Es sei „ein Antagonismus“, dass der Kinderzuschlag entfallt, nur weil die Eltern ein paar Euro mehr verdienen, sagte der familienpolitische Sprecher der Union, Marcus Weinberg (CDU). Zudem sollen Familien den Kinderzuschlag auch erhalten können, wenn ihnen mit ihrem Einkommen, dem Kinderzuschlag und Wohngeld höchstens 100

Euro fehlen, um den Hartz-IV-Bezug zu vermeiden. Im Bereich des Bildungs- und Teilhabepakets sieht das Starke-Familien-Gesetz eine Erhöhung des „Schulstartpaketes“ zur Finanzierung von Schulbedarf von 100 auf 150 Euro vor. Zudem entfallen die Eigenanteile für das Mittagessen in Kitas und Schulen sowie für die Schülerbeförderung. Die Mittel für Lernförderung können zukünftig auch dann bewilligt werden, wenn die Versetzung eines Schülers nicht unmittelbar gefährdet ist. Rund vier Millionen Kinder sollen nach Aussage Heils künftig Anspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket haben.

»Die Mehrwertsteuer ist in Deutschland leider familienblind.«

Martin Reichardt (AfD)

Ohne Freibetrag Grigorios Aggelidis (FDP), attestierte der Koalition zwar einige „dringende notwendige Verbesserungen“, insgesamt sei sie aber zu kurz gesprungen. Er forderte, den Bewilligungszeitraum für den Kinderzuschlag nicht nur auf sechs, sondern auf zwölf Monate zu verlängern. Zudem kritisierte er, dass das hinzuverdiente Geld von Kindern den Kinderzuschlag zu 45 Prozent mindere. Hier müsse ein monatlicher Freibetrag von 200 Euro gewährt werden. Einen Entschließungsantrag (19/8615), in dem sich die Liberalen zudem für eine Erhöhung und Pauschalierung der Leistun-

gen des Bildungs- und Teilhabepakets einschließlich eines bundesweit einheitlichen Antragsverfahrens aussprechen, lehnte der Bundestag mit den Stimmen von Union und SPD bei Enthaltungen der anderen Oppositionsfraktionen ab.

Der kinder- und jugendpolitische Sprecher der Linksfraktion, Norbert Müller, und die Vorsitzende der Grünen, Annalena Baerbock, warfen der Koalition vor, sie betreibe Familienpolitik einseitig zu Gunsten von Mittelstandsfamilien. So gebe die Koalition sechs Milliarden Euro für das Baukindergeld und die Kindergelderhöhung in dieser Wahlperiode aus, aber nur 1,3 Milliarden Euro im Rahmen des Starke-Familien-Gesetzes. Von Kindergelderhöhung und Baukindergeld profitierten arme Familien kaum oder gar nicht.

Viel Bürokratie Müller bezeichnete das Bildungs- und Teilhabepaket als „Bürokratiemonster“. Eine Familie mit zwei Verdienern und drei Kindern in Schule und Kita müsste alle sechs Monate 17 Anträge stellen, um die Leistungen zu bekommen. Müller forderte eine Neuberechnung des Existenzminimums, in das die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket einfließen sollen. Dies entspreche auch den Vorgaben des Urteils des

Bundesverfassungsgerichtes von 2011. Den Entschließungsantrag der Linksfraktion (19/8616) lehnte das Parlament mit den Stimmen der Koalition und der FDP gegen das Votum von Linken und Grünen bei Enthaltung der AfD ab.

Steuerfragen Auch die Grünen fordern eine Neuberechnung der Regelsätze für Kinder, um das soziokulturelle Existenzminimum abzuschern. Der Antrag (19/7451) wurde von Union, SPD, FDP und AfD bei Enthaltung der Linken abgelehnt. Ebenfalls keine Mehrheit bekam ein Antrag der Grünen-Fraktion (19/1854) zur automatisierten Auszahlung des Kinderzuschlags. CDU/CSU, SPD und FDP lehnten dies ab, AfD und Linke enthielten sich. Die SPD-Abgeordnete Katja Mast hielt Kinder-Familien-Gesetzes, der müsse in einem ersten Schritt auch dem Starke-Familien-Gesetz und der Erhöhung des Kinderzuschlags zustimmen.

Ein Umdenken in der Familienpolitik forderte Martin Reichardt (AfD). Es gebe zwar 150 familienpolitische Leistungen, sie alle aber seien mit Anträgen und Wartezeiten verbunden. Um die Familien zu unterstützen, müsste der Mehrwertsteuersatz für Produkte und Dienstleistungen für Kinder auf sieben Prozent gesenkt werden. In Deutschland sei die Mehrwertsteuer „familienblind“, zugleich gelte aber für „Rennpferde, Trüffel und Hotelübernachtungen“ der ermäßigte Satz. Alexander Weinlein ||

Keine Einigkeit über Lohnlücke

FRAUEN Linke und Grüne scheitern mit Anträgen für geschlechtergerechte Gehälter

Statistisch verdienen Frauen in Deutschland rund 21 Prozent weniger als Männer. Die Ursachen für diesen sogenannten „Gender Pay Gap“ sind unterschiedlich, reichen von der prinzipiell schlechteren Bezahlung in klassischen Frauenberufen, über den höheren Anteil von Frauen in Teilzeit bis hin zu einem niedrigen Anteil in gut bezahlten Führungssetzen von Unternehmen. Berücksichtigt man diese Faktoren, so schrumpft die Lohnlücke – der bereinigte Gender Pay Gap – je nach Berechnung auf zwei bis sechs Prozent. Der Verdacht liegt nahe, dass in diesem Bereich Frauen trotz gleicher Qualifikation und Arbeit schlechter bezahlt werden.

Transparenz Um gegen Lohndiskriminierung vorzugehen, verabschiedete der Bundestag 2017 nach langen Debatten das Entgelttransparenzgesetz. Dies räumt Arbeitnehmern in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten das Recht auf Auskunft über die Entgeltstrukturen im Unternehmen ein. Bereits bei seiner Verabschiedung hatten die Linke und Bündnis 90/Die Grünen moniert, dass das Gesetz nicht geeignet sei, um wirksam gegen die Diskriminierung von Frauen vorzugehen. Zum einen seien durch die 200-Beschäftigten-Regelung rund 60 Prozent der berufstätigen

Frauen vom Auskunftsrecht ausgenommen. Zum anderen fehle ein Verbandsklagerecht, um gegen Lohndiskriminierung vorzugehen. Es sei den Frauen nicht zuzumuten, allein gegen den Arbeitgeber vor Gericht zu ziehen.

Verbandsklagerecht Am vergangenen Freitag debattierte der Bundestag erneut über das Entgelttransparenzgesetz. Mit ihrer gemeinsamen Forderung nach einem Verbandsklagerecht konnten sich Grüne und Linke aber ebenso wenig durchsetzen wie die Linksfraktion mit dem Ansinnen, den verbrieften Auskunftsanspruch unabhängig von der Größe des Betriebes zu gewähren sowie alle privaten und öffentlichen Arbeitgeber ab 25 Beschäftigten zu verpflichten, die Entgeltgleichheit regelmäßig zu überprüfen. Die Anträge der beiden Fraktionen (19/1005;19/1192) wurden mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP und AfD abgelehnt. Von Seiten der Union und der SPD wird darauf verwiesen, dass das Entgelttransparenzgesetz erst seit einem Jahr in Kraft sei. Es sei deshalb viel zu früh, seine Wirksamkeit zu bewerten. Die Forderung nach einem Verbandsklagerecht wird in der Koalition jedoch unterschiedlich bewertet. Die Unionsfraktion lehnt dies mit dem Hin-

weis ab, dass dies eine juristische Einzelfallprüfung nicht ersetzen könne. Die Sozialdemokraten hingegen würden das Verbandsklagerecht selbst gerne einführen, allerdings habe man sich mit dem Koalitionspartner darauf nicht einigen können. Die FDP-Fraktion wiederum bezweifelt, dass eine Verschärfung des Entgelttransparenzgesetzes die Ursachen für die Lohnlücke beseitigen würde. Wichtiger sei es, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch den konsequenten Ausbau der Kita-Betreuung zu verbessern. Frauen hätten oftmals nicht die Möglichkeit, einer Vollzeitbeschäftigung nachzugehen. Zudem müssten jene veralteten Rollenklischees aufgebrochen werden, die verhindern, dass mehr Frauen besser bezahlte technische Berufe ergreifen.

Nach Ansicht der AfD-Fraktion ist der „Gender Pay Gap“ bei „realistischer Betrachtung“ gar nicht existent. Die statistische Lohnlücke zwischen Männern und Frauen sei eben nicht auf unterschiedliche Bezahlung bei gleicher Qualifikation und Arbeit zurückzuführen. Bereinige man den Wert um Faktoren wie Berufswahl und Teilzeit, dann bleibe vom „Gender Pay Gap“ nichts übrig. Somit sei weder ein Verbandsklagerecht noch die betriebliche Prüfung auf Entgeltgleichheit nötig.

aw ||

Engagement für 20 Stunden

FREIWILLIGENDIENSTE Bundestag ermöglicht Teilzeit für Jugendliche

Jugendliche unter 27 Jahre können einen Freiwilligendienst zukünftig auch in Teilzeit absolvieren. Den entsprechenden Gesetzentwurf (19/7839) von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) zur Änderung des Jugendfreiwilligendienstgesetzes verabschiedete der Bundestag am vergangenen Freitag ohne Gegenstimmen; lediglich die FDP- und die Linksfraktion enthielten sich. Die Regelung gilt sowohl für den Bundesfreiwilligendienst als auch für das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ). Eine vergleichbare Regelung gab es bislang nur im Sonderprogramm „Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug“, das Ende 2018 ausgelaufen ist.

Berechtigtes Interesse Mit dem Gesetz wird ein Freiwilligendienst von mindestens 20 Wochenstunden ermöglicht, wenn ein „berechtigtes Interesse“ des Freiwilligen und das Einverständnis der Einsatzstelle vorliegt. Ein berechtigtes Interesse soll analog zum Berufsbildungsgesetz vorliegen, wenn der Freiwillige ein eigenes Kind oder einen nahen Angehörigen betreut, schwerbehindert ist oder aus anderen gesundheitlichen Gründen den Freiwilligendienst nicht in Vollzeit leisten kann beziehungsweise vergleichbare schwerwiegende Grün-

de vorliegen. Ein Rechtsanspruch besteht allerdings nicht. Die Teilzeitmöglichkeit wurde von allen Fraktionen begrüßt. Die Oppositionsfraktionen mahnten jedoch, dass dies lediglich ein erster Schritt sein könne, um das ehrenamtliche Engagement auszubauen. Der familienpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Grigorios Aggelidis, forderte, die Belange von Senioren im Bundesfreiwilligen-

dienst stärker zu berücksichtigen. Die Liberalen wollen die wöchentliche Dienstzeit von mindestens 20 Stunden für Menschen über 65 Jahre aufheben und die Mindestdauer des Dienstes für Senioren auf zunächst vier Wochen mit der Option auf eine Verlängerung verkürzen. Den Antrag (19/8225) lehnte der Bundestag mit den Stimmen aller anderen Fraktionen ab. Katrin Werner (Linke), Anna Christmann (Grüne) und Nicole Höchst (AfD) kritisierten, dass die Vorschläge des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement zum Ausbau der Freiwilligendienste in dem Gesetz nicht berücksichtigt worden seien. Svenja Stadler (SPD) begrüßte hingegen das „kleine, feine Gesetz“, das innerhalb von zwei Sitzungswochen des Bundestages die parlamentarische Beratung durchlaufen habe. Michael Kießling (CSU) forderte, die in diesem Jahr erhöhten Bundesmittel für die Freiwilligendienste sollten auch im kommenden Haushaltsjahr auf einem „vergleichbaren Niveau“ bleiben.

aw ||



Familienministerin Franziska Giffey (SPD)

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Auf Werbetour

ALTERSARMUT Die Linke schlägt erneut eine solidarische Mindestrente vor. Die anderen Fraktionen halten dagegen ihre eigenen Modelle für sinnvoller, um Armut im Alter zu bekämpfen

Rund drei Prozent der Rentner beziehen Grundsicherung. Viele andere beantragten dies aus Scham nicht, die verdeckte Armut sei groß, sagen Sozialverbände.

Kerstin Tack (SPD) freut sich, dass das Thema Altersarmut nun „in der Mitte des Parlaments“ angekommen sei. Wenn man die letzten Jahre Revue passieren lässt, kann man in der Tat beobachten, dass das Thema im Plenum „gewandert“ ist. Von einem Rand des Plenums zu anderen, oder, um bei den Fraktionen zu bleiben: Nicht mehr nur die Linksfraktion stellt nun Anträge und Forderungen, wie Altersarmut bekämpft werden soll, nein, auch FDP und AfD haben jüngst eigene Vorschläge vorgelegt. Auch die Grünen haben mit ihrer Garantierente, dies allerdings schon etwas länger, ein Modell, das es in der vergangenen Woche noch einmal anzupreisen galt. Anlass war eine Debatte über einen Linken-Antrag (19/8555).

Mindestrente Darin fordert die Fraktion nicht nur die solidarische Mindestrente. Um Altersarmut zu bekämpfen, sei es auch nötig, den Mindestlohn auf zwölf Euro pro Stunde und das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anzuheben. Ferner müsse die Rente nach Mindestentgeltpunkten für Beschäftigte mit niedrigem Einkommen fortgeführt und weiterentwickelt werden. So solle, wer mindestens 25 Jahre in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert war und wessen versicherungspflichtiges Einkommen zwischen 20 und 80 Prozent des Durchschnittsentgeltes lag, einen Zuschlag bekommen. Mit der solidarischen Mindestrente soll jegliches Einkommen im Alter und bei Erwerbsminderung unter bestimmten Bedingungen auf 1.050 Euro netto im Monat angehoben werden. Überzeugen konnte Die Linke die anderen Fraktionen damit nicht. FDP und AfD propagierten stattdessen ihre Modelle von Freibeträgen als Mittel gegen Altersarmut – eine Idee, die die Grünen strikt ablehnten. Die SPD verteidigte das Grundrenten-Modell von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil. Die Union sagte Ja zu Grundrente, weil diese keine Bedürftigkeitsprüfung voraussetze, zeigte sich jedoch optimistisch, dass man sich mit dem Koalitionspartner SPD noch einigen werde.

Höhere Löhne In der Debatte verwies Matthias Birkwald (Die Linke) darauf, dass nicht nur jene, die Grundsicherung im Alter beantragen, von Altersarmut betroffen seien. „Es gibt viel mehr arme Alte.“ Die Armutsgrenze der Europäischen Kommission für Deutschland liege 300 Euro über dem Existenzminimum der Grundsicherung und damit bei 1.096 Euro netto für Alleinstehende. Nach dieser Definition seien schon heute 2,8 Millionen Menschen als arm zu bezeichnen. „Höhere Löhne und ein höheres Rentenniveau sind der Schlüssel beim Kampf gegen Altersarmut“, sagte der Rentenexperte der Linken.

Für FDP und AfD liegt dieser dagegen in Freibeträgen: Beide Fraktionen haben jüngst Anträge (19/7724; 19/7694) vorgelegt, in denen sie vorschlagen, einen bestimmten Anteil der eigenen Rentenansprüche nicht auf die Grundsicherung im Alter anzurechnen. Bei der Basisrente der FDP sollen dies 20 Prozent und nach AfD-Modell 15 Prozent sein. Pascal Kober (FDP) war sicher: „Wir haben mit unserer Basisrente das überzeugendste Konzept.“ Freibeträge seien leistungsgerecht, generationengerecht und finanzierbar. Kober rügte, die Linken wollten mit ihren Vorschlä-

gen den Arbeitgebern neue Fesseln anlegen. Ulrike Schielke-Ziesing (AfD) kritisierte, dass mit dem Konzept der Grundrente Geld über die Rentner ausgeschüttet werden solle, ohne den Bedarf vorher zu prüfen und forderte, zunächst einmal die Ergebnisse der Rentenkommission abzuwarten. Sie warb stattdessen für den Vorschlag ihrer Fraktion, dieser sei gerechter, als alle Rentner unabhängig von ihrer Arbeitsleistung auf eine Stufe zu stellen. Dieser These wollte sich der Rentenexperte der Grünen, Markus Kurth, jedoch nicht anschließen. Entscheidend müsse sein, dass Menschen, die jahrzehntlang in die Rentenversicherung eingezahlt haben, aus diesem Versicherungssystem nicht herausfallen. „Freibeträge aber bedeuten, dass

> STICHWORT

Renten in Deutschland

> **Grundsicherung** Rund 540.000 Menschen über 65 Jahren beziehen die Grundsicherung im Alter, weil ihre Rente nicht zum Leben reicht.

> **Renten** Am 1. Juli 2017 lag die Durchschnittsrente von Männern bei 1.083 Euro und die von Frauen bei 689 Euro. Rund 20 Prozent der Rentner bezogen mehr als eine Rente.

> **Erwerbsminderung** Menschen, die Erwerbsminderungsrente beziehen, müssen sich im Durchschnitt mit knapp 800 Euro begnügen.

man im System der Grundsicherung bleibt.“ Die Garantierente (17/13493) sei hingegen eine Lösung innerhalb des Versicherungssystems, die sicherstelle, dass geringe Rentenansprüche von Rentnern mit 30 und mehr Versicherungsjahren mit Steuermitteln so aufgestockt würden, dass die Gesamtrente mindestens 30 Entgeltpunkte enthalte.

Rente statt Fürsorge Ein ähnliches Ziel verfolgt offenbar die SPD mit ihrer Grundrente. So betonte Kerstin Tack, im Vordergrund müsse stehen, dass Menschen, die lange Beiträge eingezahlt haben und Menschen, die aufgrund gesellschaftlicher Bedingungen nur Teilzeit arbeiten konnten, nicht bei der Rente bestraft werden. „Sie sollen im Alter keine Fürsorgeleistungen, sondern eben eine Rente bekommen.“ Dies schließe eine Bedürftigkeitsprüfung aus. Diese gebe es bei der Mütterrente schließlich auch nicht, ergänzte sie. Genau daran scheiden sich nun die Geister innerhalb der Koalition und auch zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern. Es könne nicht sein, dass alle, egal, ob er oder sie 35 Jahre Vollzeit oder nur Teilzeit gearbeitet haben, gleich behandelt werden, argumentieren die Kritiker des Grundrenten-Plans. Auch Peter Weiß (CDU) warnte davor, Altersarmut mit der Gießkanne zu bekämpfen. Nötig seien differenzierte Maßnahmen und da sei in den vergangenen Jahren auch schon einiges auf den Weg gebracht worden. „Wir haben zum Beispiel die Berechnung der Erwerbsminderungsrente auf neue Füße gestellt. Das wird sich künftig als heilsam erweisen im Kampf gegen Altersarmut“, sagte Weiß. *Claudia Heine* ||

Risiken für Ärzte bei Therapien mit Cannabis

GESUNDHEIT Mangelnde Wirkungsnachweise

Verschiedene Gesundheitsexperten halten den jetzigen Genehmigungsverbehalt der Krankenkassen bei Therapien mit Medizinalcannabis für sinnvoll. In einer Expertenanhörung des Gesundheitsausschusses des Bundestages zu dem Thema in der vergangenen Woche machten Ärzteverbände wie auch der Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) deutlich, dass ein Verzicht auf diese Regelung für die Mediziner mit zusätzlichen Risiken verbunden wäre. Zugleich plädierten einige Sachverständige dafür, rund zwei Jahre nach der Verabschiedung des Cannabisgesetzes die Regelungen für die Ausgabe von Cannabis zu medizinischen Zwecken in einigen Punkten anzupassen. Die Sachverständigen äußerten sich auch in schriftlichen Stellungnahmen.

Unklare Wirkung Gegenstand der Anhörung waren Gesetzentwürfe der Fraktionen von Die Linke (19/6196) und Bündnis 90/Die Grünen (19/5862), in denen gefordert wird, den Genehmigungsverbehalt der Kassen zu streichen. Ferner verlangt die FDP-Fraktion in einem Antrag (19/4835), die Möglichkeit zu schaffen, Medizinalcannabis in Deutschland gezielt zum Export anzubauen. Die AfD-Fraktion fordert in einem Antrag (19/8278) eine wissenschaftliche Nutzenbewertung für Medizinalcannabis analog dem Arzneimittelrecht. Die Bundesärztekammer (BÄK) wandte sich gegen eine Streichung des Genehmigungsverbehalt. Cannabis in Form von Blüten und Extrakten sei nicht mit anderen Arzneimitteln zu vergleichen. So mangle es Cannabisarzneien an wissenschaftlichen Wirkungsnachweisen sowie an dem Nachweis eines über bereits verfügbare Therapien liegenden Nutzens. Es handle sich auch angesichts der gebotenen Wirtschaftlichkeit um eine Ausnahmeverordnung, die eine Einzelfallgenehmigung durch die Krankenkassen rechtfertige. Ähnlich argumentierte die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV). Die jetzige Regelung erhöhe die Sicherheit für die Ärzte, da sich diese dann nicht gegenüber den Krankenkassen in Wirtschaftlichkeitsprüfungen rechtfertigen müssten, Cannabispräparate verordnet zu haben. Nachvollziehbar sei die Forderung, dass bei einem Wechsel der Cannabisartsorte zur optimalen Einstellung der Patienten keine erneute Genehmigung der Kassen erforderlich sei.

Eine solche Neuregelung sei in einem kommenden Gesetzentwurf vorgesehen. Der GKV-Spitzenverband erklärte, angesichts der enttäuschenden Evidenzlage diene die nachrangige Versorgung mit Cannabisarzneimitteln dem Schutz der Patienten. Mit der Vorabprüfung durch die Kassen könne auch sichergestellt werden, dass die Indikationsstellung des Arztes den gesetzlichen, medizinischen und wirtschaftlichen Anforderungen gerecht werde.

Boomende Produktion Der Palliativmediziner Knud Gastmeier berichtete, die durch den Genehmigungsverbehalt begründete hohe Ablehnungsrate sei in seiner Praxis belegbar und treffe insbesondere multimorbide geriatrische Schmerz- und Palliativpatienten. Ein Wegfall des Genehmigungsverbehalt ohne rechtliche Absicherung der Ärzte würde sich jedoch negativ auswirken. Daher sollten die Wirtschaftlichkeitsprüfungen ausgesetzt werden, bis sich konsensfähige Therapiestandards entwickelt hätten.

Mehrere Sachverständige befürworteten, in Deutschland produziertes Cannabis auch für den Export vorzusehen. Dies würde die Versorgungssicherheit erhöhen, argumentierte der Mediziner Jan P. Witte. Es sei absehbar, dass die zur Produktion ausgeschriebenen Mengen nicht ausreichen, um den inländischen Bedarf zu decken. Wie der Sachverständige Werner Sipp mit aktuellen Zahlen belegte, ist die Produktion von Medizinalcannabis international sprunghaft gestiegen. Hauptproduzenten seien das Vereinigte Königreich, Kanada und Israel.

Ärzte zögerlich Nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft Cannabis als Medizin (ACM) sind viele der gewünschten Veränderungen nicht in der Praxis angekommen. So erhielten zahlreiche Patienten keine Behandlung, weil sie keinen Arzt fänden, der ihnen solche Medikamente verschreibe oder Lieferengpässe für Cannabisblüten eine Therapie verhinderten. Auch lehnten Krankenkassen eine Kostenübernahme oft ab, weil Erkrankungen nicht als schwerwiegend eingestuft würden. Dabei werde übersehen, dass nahezu alle Erkrankungen, bei denen Cannabismedizin nützlich sein könne, von leicht bis schwerwiegend eingeschätzt würden. Dies sollte gesetzlich berücksichtigt werden. *Claus Peter Kosfeld* ||

Kontrolle der Banken

GESCHÄFTSORDNUNG AfD will Fragerecht erweitern

Die AfD-Fraktion strebt eine Regelung zum sogenannten bankenunionalen Fragerecht des Bundestages an. Dabei geht es um das Recht von Abgeordneten, sich von der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Ausschuss für einheitliche Abwicklung (SRB – Single Resolution Board) informieren zu lassen. Die Abgeordneten fordern in einem Antrag (19/8558), der vergangene Woche erstmals auf der Tagesordnung stand, die Regelung zu Kleinen Anfragen laut Paragraph 104 der Geschäftsordnung des Bundestages um eine bankenunionale Anfrage und eine Große bankenunionale Anfrage zu erweitern. So sollen einzelne Mitglieder des Bundestages von der EZB und dem SRB auf Anfragen und Bemerkungen schriftliche Antworten verlangen können. Die Anfragen und Bemerkungen sollen beim Präsidenten eingereicht und von diesem an die Befragten weitergeleitet werden mit der Aufforderung, sie innerhalb eines Monats zu beantworten. Die AfD fordert sodann, mit einer Ergänzung von Paragraph 75 der Geschäftsordnung des Bundestages die Anfragen und Bemerkungen an die EZB oder den SRB so-

wie deren Antworten auf die Tagesordnung des Parlaments setzen zu können. Peter Boehringer (AfD) sagte, EU-Institutionen üben immer mehr Macht aus und müssten entsprechend kontrolliert werden. Die EZB bewege Summen, die weit höher seien als der deutsche Staatshaushalt. Zwar gebe es seit 2014 ein Befragungsinstrument der EZB, es sei aber schwach ausgestaltet. Redner von Union, SPD, FDP und Linken wiesen den AfD-Vorstoß als rechtlich nicht umsetzbar zurück und hielten der Partei vor, EU-Institutionen in Misskredit bringen zu wollen. Marco Buschmann (FDP) sagte, das individuelle Fragerecht werde schon praktiziert. Der EZB könnten nicht über die Geschäftsordnung des Bundestages solche Vorschriften gemacht werden. Dazu müsste das Europarecht geändert werden. Sonja Steffen (SPD) fügte hinzu, es gebe Möglichkeiten, Anfragen an die EZB zu stellen. Das Verfahren habe sich bewährt. Friedrich Straetmanns (Linke) forderte die AfD auf, ihre Fragen an die EZB zu stellen. Ihr gehe es jedoch eigentlich nur darum, Zwietracht zu säen. Auch Patrick Schnieder (CDU) mutmaßte, die Partei wolle lediglich „Institutionen vorführen“. *pk* ||

Den Rechtsstaat im Bewusstsein der Bevölkerung verankern

STIFTUNG Bundestag beschließt mit breiter Mehrheit das Projekt »Forum Recht«. AfD sieht darin eine Verschwendung von Steuergeldern

Grünes Licht für die Realisierung des Projekts »Forum Recht«: Alle Fraktionen außer der AfD stimmten am vergangenen Freitag im Bundestag für ein Gesetz zur Errichtung einer Stiftung, die den Wert und die Bedeutung des Rechtsstaates stärker im Bewusstsein der Bevölkerung verankern soll. Der Gesetzentwurf (19/8263) war fraktionsübergreifend von CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP eingebracht worden und wurde auch von den Linken unterstützt. Einziger Kritikpunkt von FDP, Linken und Grünen ist die ihrer Meinung nach unzureichende Beteiligung von Vertretern der

Zivilgesellschaft im Kuratorium der Stiftung. Die Gründung des Forums hatte der Bundestag im vergangenen Jahr unter anderem angesichts zunehmender Angriffe auf den Rechtsstaat beschlossen. In Karlsruhe, der sogenannten Hauptstadt des Rechts, soll eine selbstständige Stiftung geschaffen und in Leipzig ein Standort eingerichtet werden. Das Forum soll aktuelle Fragen von Recht und Rechtsstaat für alle gesellschaftlichen Gruppen in Ausstellungen und Aktivitäten erfahrbar machen. Die Eröffnung ist für 2026 geplant. Johannes Fechner (SPD) und Ingo Wellenreuther (CDU) würdigten die Einrichtung des Forums als starkes Zeichen für den modernen Rechtsstaat und überragendes Parlamentsprojekt. Fechner sagte, es sei Teil einer ganzen Reihe von Initiativen zur Stärkung des Rechtsstaates. Es gebe gute Argumente für eine Erweiterung des Kuratori-

ums der Stiftung, eine Verzögerung des Vorhabens komme jedoch nicht in Betracht. Wellenreuther verwies auf die schlanke Struktur der Stiftung. Eine Erweiterung des Kuratoriums hätte die Handlungsfähigkeit des Gremiums in Frage gestellt. Er fügte hinzu, ein einmaliger Erfüllungsaufwand von zirka 120 Millionen Euro sei gut angelegtes Geld, um den Rechtsstaat erlebbar zu machen. Aus Sicht von Stefan Ruppert (FDP) zeigt das Forum, welche Rolle das Recht in der Demokratie spielt. Er dankte allen an dem Projekt Beteiligten, die sich dafür eingesetzt hätten, dass Recht, aber auch Unrecht sichtbar werde. Ruppert sprach von einem „Feiertag des Rechts“. Über eine Erweiterung des Kuratoriums könne auch später noch gesprochen werden. Friedrich Straetmanns (Die Linke) sagte, das Rechtssystem sei Angriffen von ganz

Rechts ausgesetzt, aber auch von der Bundesregierung. Die Linke begrüßte daher die Schaffung eines »Forum Recht«, um die Regierung an die Ansprüche der Rechtsordnung zu erinnern. Katja Keul (Grüne) würdigte das „konstruktive Gesetzgebungsverfahren“. Vor dem Hintergrund der Reform der Strafprozessordnung und der Rufe nach immer schärferen Strafdrohungen werde sie den Eindruck nicht los, dass das »Forum Recht« schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden müsse und dass ein Besuch desselben auch für Gesetzgeber hilfreich sei. Es liege nun an den Beteiligten, das Forum mit Leben zu füllen und sicherzustellen, dass daraus keinesfalls nur ein Museum für Rechtsgeschichte werde. Für die AfD sprach sich Thomas Seitz vehement gegen das Vorhaben aus. Er bezeichnete das Forum als ein „Propagandamu-



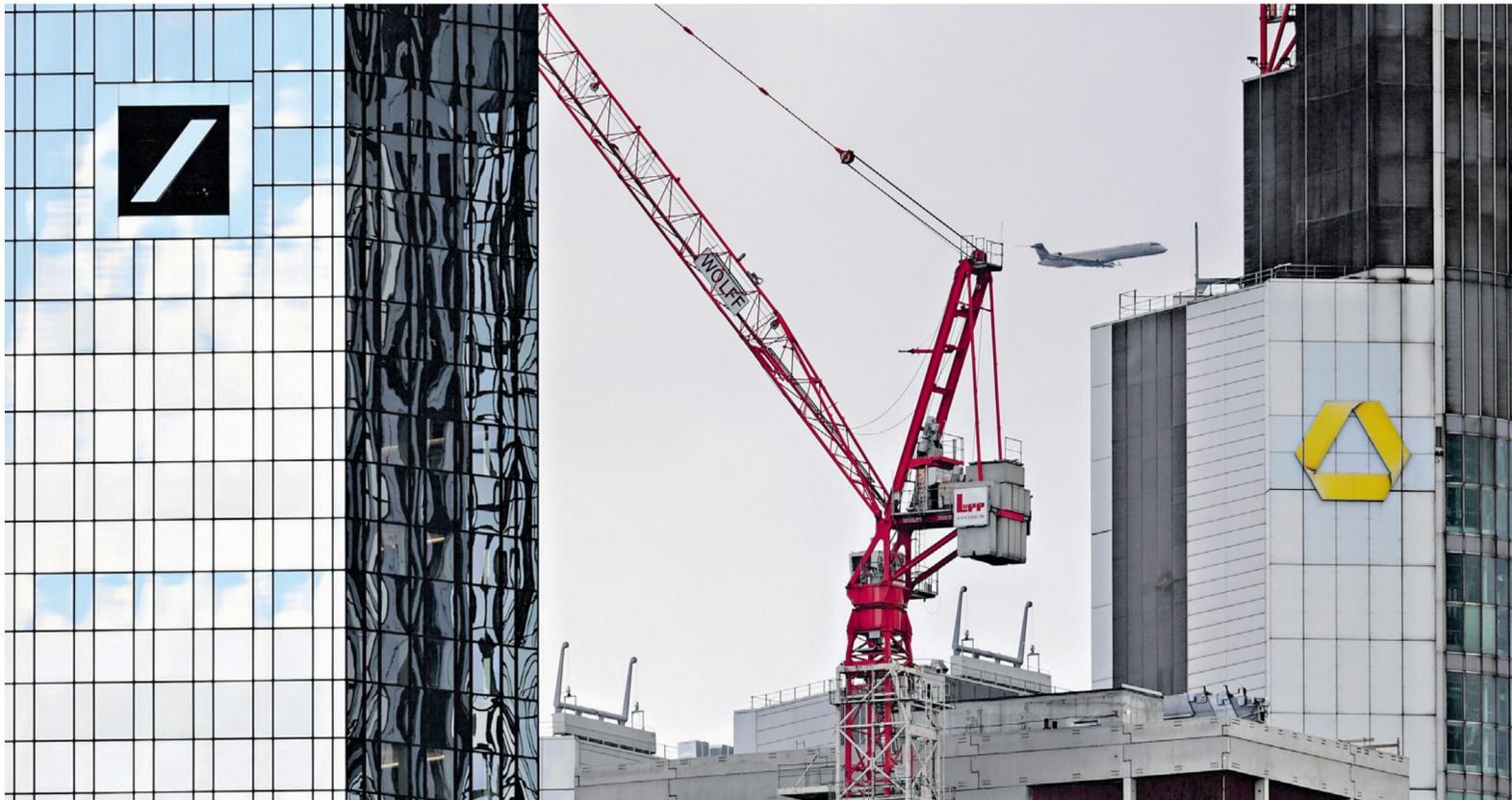
Das »Forum Recht« soll den Rechtsstaat erlebbar machen.

© picture-alliance/blickwinkel

seum“, für das Steuergelder verschwendet würden, anstatt sie in die Strafjustiz zu investieren. Das Projekt sei darauf angelegt, politisch missbraucht zu werden. Ziel sei

die „Uminterpretation der Rechtsgeschichte“. Es gebe sehr wohl eine Gefahr für die Rechtsstaatlichkeit, diese komme aber von staatlicher Seite. *Michael Wojtek* ||





Noch haben Deutsche Bank und Commerzbank getrennte Zentralen in Frankfurt am Main.

© picture-alliance/dpa

Linke gegen LNG-Förderung

ENERGIEVERSORGUNG In der Diskussion um einen Infrastrukturausbau für das flüssige LNG hat sich die Fraktion Die Linke gegen die Verwendung öffentlicher Mittel ausgesprochen. In einem Antrag (19/8512) fordern die Abgeordneten die Bundesregierung auf, keine Gesetzesänderungen vorzulegen oder Verordnungen zu erlassen, die zu einer Verwendung öffentlicher Mittel zum Bau und Betrieb von Flüssiggas-Import-Infrastrukturen oder zur indirekten Finanzierung über Netzentgelte führen. Bei der Vorlage des Bundeshaushalts sollten die Förderung von LNG-Terminals zum Flüssiggasimport und entsprechender Infrastruktur ausgeschlossen und bereits bewilligte Mittel gesperrt werden. Es sei ein energie- und klimapolitischer Irrweg, mit öffentlichen Mitteln LNG-Flüssiggas-Terminals für den Gasimport zu subventionieren, heißt es zur Begründung. Auch der Wirtschaftsausschuss beschäftigte sich in der vergangenen Woche mit dem geplanten Bau eines LNG-Terminals und Finanzierungsfragen rund um die Infrastruktur. Dabei hieß es von Ministeriumsseite, die finanzielle Belastung für Verbraucher werde „im Nachkommantbereich“ liegen. Ein Vertreter des Ministeriums verneinte außerdem Fragen nach Absprachen mit den USA. Man wolle lediglich die Möglichkeit schaffen, diesen Energieträger nutzen zu können. Den Rest verhandeln Unternehmen der Privatwirtschaft. Eine Verordnung der Bundesregierung, die den regulatorischen Rahmen für LNG-Projekte in Deutschland setzt, soll noch im zweiten Quartal dieses Jahres in Kraft treten. Vorher muss der Bundesrat zustimmen. **pez**

Großbaustelle Großbank

FUSIONEN Zusammenschluss von Deutscher Bank und Commerzbank birgt große Risiken

Wenn es stimmt, dass an der Börse die Zukunft gehandelt wird, dann haben die Deutsche Bank und Commerzbank ihre Zukunft längst hinter sich. „Die vielen Kleinaktionäre haben in den letzten zehn Jahren, zwischen 2007 und 2017, bei der Deutschen Bank mehr als 90 Prozent ihres Vermögens verloren und bei der Commerzbank mehr als 95 Prozent“, rechnete SPD-Finanzexperte Lothar Binding in einer aktuellen Stunde des Bundestages in der vergangenen Woche vor. Jetzt wollen sich die beiden größten deutschen Geldhäuser zusammenschließen, was bei der Opposition ungetragene Gefühle auslöst: „Aus zwei kranken Truthähnen wird kein Adler“, erklärte der Linke-Finanzexperte Fabio de Masi.

»Wir brauchen kein weiteres Milliardengrab in Deutschland.«

Lisa Paus (Grüne)

An der Börse ist die Deutsche Bank noch 18 Milliarden Euro wert, die Commerzbank neun Milliarden. Beide Institute haben bereits Zusammenschlüsse hinter sich: Die Deutsche Bank übernahm die Postbank, die Commerzbank die Dresdner Bank. Gebes-

ert hat sich nichts. Nach Angaben der Bundesregierung weist das deutsche Bankensystem ohnehin im europäischen und globalen Vergleich mit einer Eigenkapitalrentabilität von 3,2 Prozent eine vergleichsweise geringe Profitabilität auf, wie es in einer Antwort der Bundesregierung (19/8068) auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion (19/7638) heißt. Commerzbank und Deutsche Bank erreichen diesen Wert nicht. Ein Zusammenschluss würde ein Institut mit 2.500 Filialen und einem Marktanteil von 20 Prozent in Deutschland schaffen.

Refinanzierung Ob die neue Großbank sich besser refinanzieren kann als etwa die Deutsche Bank allein, ist ungewiss. Mitte Februar sorgte eine Anleiheplatzierung der Deutschen Bank für Nervosität. Das Institut musste den Käufern einer drei Jahre laufenden Anleihe 1,875 Prozent Zinsen bieten. Bei einer von der italienischen Unionie die Banche Italian emittierten Anleihe mit gleicher Laufzeit gibt es mit 1,4 Prozent weniger Zinsen, bei einer Bundesanleihe ist der Zins sogar negativ. „Die Deutsche Bank ist zu groß und zu vernetzt, um sie kontrolliert abzuwickeln und würde bei einer Pleite das Finanzsystem in

den Abgrund ziehen. Sie ist ein Sicherheitsrisiko für Wirtschaft und Steuerzahler“, erklärte de Masi. Er verlangte eine Aufspaltung der Deutschen Bank, „um das kaputte Investment-Banking kontrolliert abzuwickeln“. Stattdessen verhandelte aber die Deutsche Bank unter dem Druck von Finanzminister Olaf Scholz (SPD) mit der Commerzbank über eine Fusion. Zurückhaltung übten die Redner aus dem Koalitionslager. Sepp Müller (CDU) lehnte

ein Votum der Politik im Vorfeld ab: „Wir leben in einer sozialen Marktwirtschaft und nicht in einer Staatswirtschaft.“ Man werde die Ergebnisse der Gespräche zwischen den beiden Banken beurteilen, sagte Müller vor dem Hintergrund der etwa 15-prozentigen Beteiligung des Bundes an der Commerzbank. Christine Lambrecht (SPD), parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium der Finanzen, sprach von einer „Entscheidung zweier privatwirtschaftlicher

Unternehmen“. Sie versicherte, wenn eine Bank in Schwierigkeiten gerate, werde die zusätzliche Last „nicht den Steuerzahler treffen“. Eigentümer und Gläubiger hätten in solchen Fällen die Verluste zu tragen. Trotz aller Dementis sei die Bundesregierung „Treiber der Fusion“, sagte Peter Boehringer (AfD), Vorsitzender des Haushaltsausschusses. Die wahre Ursache für die Fusion sei „der von der Europäischen Zentralbank manipulativ bis nahe Null gedrückte Leitzins“. Dieser Nullzins verursahe erst das Ertragsproblem bei den Banken. Eine Fusion ändere daran nichts. Boehringer bezeichnete den Zusammenschluss als „Teilverstaatlichung durch die Hintertür“. Durch die Fusion mit der teilstaatlichen Commerzbank werde unauffällig eine „Haftungs- und Rettungsleine“ zur Deutschen Bank gezogen. „In Europa werden noch Banken mit Steuergeld gerettet, und der Bundesfinanzminister tut nichts dagegen“, stellte Florian Toncar (FDP) fest. Scholz treibe zwei Banken in eine Fusion, „an deren Sinn viele namhafte Beobachter erhebliche Zweifel haben“. Lisa Paus (Grüne) warnte die Regierung davor, „zwei kranke Großbanken zu einer Megabank gesundzubeten“. Die letzte Bankenrettung habe die Steuerzahler 68 Milliarden Euro gekostet. Die neue Großbankfusion könne zu einer „Zombie-Bank“ führen. „Wir brauchen kein weiteres Milliardengrab in Deutschland“, warnte Paus. **Hans-Jürgen Leersch**



Zulassungsfrei, aber versicherungspflichtig

E-SCOOTER Die Bundesregierung will die Verkehrsteilnahme von Elektrokleinstfahrzeugen zeitnah legalisieren

Noch in diesem Frühjahr soll die Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung in Kraft treten und beispielsweise E-Scootern die legale Teilnahme am Straßenverkehr ermöglichen. Das machte Verkehrsstaatssekretär Steffen Bilger (CDU) am vergangenen Freitag im Bundestag deutlich. Von der Verordnung erfasst werden sollen Fahrzeuge, die eine Lenk- oder Haltestange haben, deren bauartbedingte Höchstgeschwindigkeit zwischen 6 und 20 km/h liegt und die verkehrssicherheitsrechtliche Mindestanforderungen im Bereich von Brems- und Lichtsystem erfüllen. Bei einer Höchstgeschwindigkeit von mehr als 12 km/h sollen sie grundsätzlich Radwege befahren und ab Vollendung des 14. Lebensjahrs genutzt werden können. Fahrzeuge mit bis zu 12 km/h dürfen auf Fußwegen und ab 12 Jahren genutzt werden. Eine Zulassungspflicht sieht der Verordnungsentwurf nicht vor, wohl aber eine Versicherungspflicht. Was Elektrokleinstfahrzeuge ohne Lenk- oder Haltestange angeht – wie etwa Elektro-Skateboards –, so sei eine entsprechende Verordnung im Verkehrsministerium in Arbeit, erläuterte Bilger, der die Regelung ausgewogen nannte. Kritik gab es von Seiten der Opposition. Für die FDP ist die Verordnung zu eng gefasst und zu bürokratisch. AfD, Grüne und

Linke halten die Regelung hingegen für zu weit gefasst, da sie die Nutzung der Elektrokleinstfahrzeuge unter bestimmten Bedingungen auch auf Gehwegen erlaubt. Aus Sicht von Daniela Kluckert (FDP) ist es falsch, bei Elektrokleinstfahrzeugen grundsätzlich Altersbegrenzungen sowie eine Versicherungspflicht vorzuschreiben. Ein Antrag ihrer Fraktion (19/8543) sieht le-

diglich bei Fahrzeugen mit einer hohen Motorleistung eine Versicherungspflicht vor. „Wir wollen Kosten und Bürokratie senken, damit die Fahrzeuge endlich auf die Straßen kommen“, sagte sie. Dirk Spaniel (AfD) verwies darauf, dass die Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) sich eindeutig gegen eine Nutzung auf Gehwegen und für ein Mindestalter von

15 Jahren ausgesprochen habe. Die Regierung habe diese Sicherheitsbedenken jedoch weggewischt, kritisierte er. Dies zeuge von „Selbstüberschätzung“. Eine Neuaufteilung des Verkehrsraums in den Städten, „mit dem Ziel, den Autoverkehr zu reduzieren“, forderte Andreas Wagner (Linke). Matthias Gastel (Grüne) sagte, diese Neuaufteilung müsse „von außen nach innen“ erfolgen. Erst brauche es Gehwege und Radwege in der erforderlichen Breite. Daraus ergebe sich dann die mögliche Fahrbahnbreite für Autos und Lkw, sagte er. Wagner und Gastel lehnten die Gehwegnutzung ab, weil damit Konflikte vorprogrammiert seien. Union und SPD begrüßten hingegen den Entwurf. Er sei „ausgewogen, pragmatisch und der Situation angemessen“, befand Arno Klare (SPD). Christoph Ploß (CDU) zeigte sich überzeugt, dass Elektrokleinstfahrzeuge „die Mobilität in Deutschland noch flexibler und noch umweltfreundlicher machen“. **Götz Hausding**



E-Scooter sind der neue Trend in den Städten.

© picture-alliance/dpa

»Kinderbedarf verbilligen«

FINANZEN Die AfD-Fraktion fordert eine Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Artikel und Dienstleistungen des Kinderbedarfs. Die Umsatzsteuer für solche Produkte und Dienstleistungen, die einen direkten Bezug zur Erziehung, Betreuung und Pflege von Kindern aufweisen, soll von 19 auf sieben Prozent reduziert werden – soweit sie nicht bereits wie die Grundnahrungsmittel dieser Privilegierung unterliegen. Ein entsprechender Antrag (19/8560) wurde am vergangenen Donnerstag vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesen. Zur Gegenfinanzierung schlägt die AfD-Fraktion vor, die umsatzsteuerliche Privilegierung von Hotelübernachtungen wieder rückgängig zu machen. Damit könne die Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Kinderbedarf auskömmlich gegenfinanziert werden. Weiteres Gegenfinanzierungspotenzial wird im Katalog von privilegierten Luxusprodukten und Dienstleistungen gesehen. In der Begründung heißt es, Kinder seien in Deutschland ein Armutsrisiko. Ein Viertel der Familien mit drei oder mehr Kindern sei von Armut bedroht. Mehr als 4,4 Millionen Kinder würden in Armut leben. Die Einkommen der Familien mit Kindern würden im Schnitt 27 Prozent unter den Einkommen von kinderlosen Paaren liegen. „Familien leisten freiwillig einen wesentlichen Beitrag zur Gesellschaft. Die aus Familien hervorgehenden Kinder gestalten unsere Zukunft. Nur eine ausreichende Zahl von Kindern schafft die Voraussetzungen dafür, dass der Finanzbedarf unserer sozialen Sicherungssysteme auch zukünftig gedeckt werden kann“, schreiben die AfD-Abgeordneten. **hle**

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253

Direkt zum E-Paper

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Für die einen ist sie unverzichtbar, die anderen würden sie am liebsten gleich abschaffen: die Grundsteuer. Im Bundestag wurden am Donnerstag die unterschiedlichen Meinungen über diese Steuer, die den Städten und Gemeinden im Jahr 14 Milliarden Euro einbringt, deutlich. „Mit den Grundsteuer-Einnahmen finanzieren die Städte und Gemeinden Spielplätze. Sie unterhalten Kitas. Sie bauen Schulen. Sie sorgen für einen funktionierenden öffentlichen Nahverkehr. Sie organisieren Freizeit-Angebote und Begegnungsräume für Jung und Alt“, erklärte Stefan Schmidt (Grüne) in der Debatte. Den Gegenpunkt setzte Kay Gottschalk (AfD): Er verlangte eine Abschaffung dieser seiner Ansicht nach viel zu komplizierten und auch ungerechten Steuer. Zum Ausgleich sollen die Kommunen einen Hebesatz bei der Einkommensteuer erhalten. Dass der Gesetzgeber tätig werden muss, liegt an einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10. April 2018, mit dem die Vorschriften zur Einheitsbewertung für die Bemessung der Grundsteuer mit dem allgemeinen Gleichheitssatz als unvereinbar und damit verfassungswidrig bezeichnet wurden. Die verfassungswidrigen Regeln dürfen allerdings noch bis spätestens zum 31. Dezember 2024 angewandt werden. Das Gericht verlangte eine Neuregelung bis Ende des Jahres 2019.

Wieder zum Gericht? Gottschalk kritisierte die Reformpläne von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) als zu kompliziert und sah schon wieder „den Fuß in der Tür der Bundesverfassungsgerichts“. Die Vorstellungen seien auch nicht gerecht, da Mieter und Eigentümer mehr Steuern zahlen müssen, wenn der Wert der Wohnungen steigt. Für die Wertsteigerungen könnten sie nichts. Zudem müssten alle sieben Jahre 35 Millionen Wertfeststellungen durch die Finanzämter erfolgen. Das sei zu bürokratisch. „Aus all den Gründen kommt für uns nur die Abschaffung dieser Grundsteuer in Frage“, sagte Gottschalk, der den Kommunen als Ersatz ein Hebesatzrecht bei der Einkommensteuer anbot. Eine Abschaffung der Grundsteuer interpretierte Andreas Jung (CDU) als einen „Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung“. Außerdem würde der Verzicht auf die Steuer den Bundeshaushalt mit 14 Milliarden Euro belasten. „Das ist teurer Populismus“ warf Jung der AfD vor. Er sicherte zu, die Reform werde aufkommensneutral erfolgen, keine Vermögenssteuer durch die Hintertür werden und versprach: „Wir werden dafür sorgen, dass wir eine Reform machen, die Wohnen nicht verteuert.“ Dass die Reform pünktlich umgesetzt wird, versicherte Bernhard Daldrup (SPD): „Wir sind auf der Zielgeraden und können es schaffen, ein neues Grundsteuerrecht bis zum 31. Dezember 2019 zu verabschieden.“ Angewendet werden könne das Gesetz dann ab 2025. Die Grundsteuer sei eine unverzichtbare Einnahmequelle der Gemeinden, „die aber gleichzeitig eine ausgesprochen hohe Akzeptanz bei den Steuerpflichtigen hat, weil sie individuell mit bundesdurchschnittlich 19 Cent auf den Quadratmeter eine vertretbare Belastung ist.“ Die Grundsteuer finanziert die kommunale Infrastruktur: Schwimmbäder,



Geld aus dem Boden

GRUNDSTEUER Wichtige Einnahmequelle für Kommunen soll gesichert werden. Nur AfD will sie abschaffen

Jeder Quadratmeter bringt den Kommunen Geld. Bis auf die AfD wollen alle Fraktionen diese Geldquelle erhalten.

Spielplätze, Parks und ähnliche Dinge. Und diese Steuer will die AfD abschaffen“, sagte Daldrup. Zahlen müsse dann die arbeitende Bevölkerung. Auch Jörg Cezanne (Linke) war für einen Erhalt der Grundsteuer. Außerdem forderte er, die schwächsten Marktteilnehmer zu entlasten. Daher sollte die Überwälzung der Grundsteuer durch die Nebenkostenabrechnung auf die Mieter abgeschafft werden. Zudem forderte Cezanne eine „Grundsteuer C“ mit einem eigenem Hebesatzrecht für die Kommunen für unbebaute Grundstücke, die aus Spekulationsgründen nicht bebaut würden.

»Grundsteuer-Chaos« Markus Herbrand (FDP) sprach von einem „Grundsteuer-

Chaos“. Das Steuerrecht sei ohnehin nur noch ein dauerhafter Reparaturbetrieb. Reformen würden verpasst, reagiert werde nur noch auf Veranlassung des Verfassungsgerichts, sagte Herbrand, der vor „sozialpolitischen Umverteilungsphantasien“ bei der Grundsteuer ebenso warnte wie vor dem „bürokratischen Wahnsinn“ angesichts von 36 Millionen notwendig werdenden Steuererklärungen und Einheitswertbescheiden. An die Ausschüsse überwiesen wurden zwei Anträge von Oppositionsfraktionen. Die FDP-Fraktion fordert in ihrem Antrag (19/8544) eine aufkommensneutrale Grundsteuerreform ohne bürokratische Belastungen wie „umfangreiche, kostspielige und gegebenenfalls streitanfällige Bewer-

tungen von Grundstücken und Gebäuden“. Das Modell für die Grundsteuer soll rein flächenbasiert sein, wobei einerseits der Grund und Boden und andererseits die Gebäudenutzfläche in die Bewertung mit einfließen sollen. Auf baukostenbezogene Modelle mit komplizierten Bewertungsfragen soll verzichtet werden. Ebenfalls überwiesen wurde ein Antrag der AfD-Fraktion (19/8556), die eine Abschaffung der Grundsteuer verlangt. Bei allen bekannten Modelle müsse davon ausgegangen werden, dass sowohl die Finanzverwaltung als auch die Finanzgerichte überlastet wären. „Die Steuergerechtigkeit im Einzelfall könnte dabei nicht mehr gewährleistet werden“, heißt es in dem Antrag. Hans-Jürgen Leersch

Hilfe gegen Obdachlosigkeit

WOHNUNGSPOLITIK Experten fordern Transparenz und vorbeugende Maßnahmen

Vom Bundestag aus müssen die Abgeordneten keinen weiten Spaziergang unternehmen, um sich die bedrückenden Bilder unmittelbar vor Augen zu führen: Menschen, die in Parks hausen, die unter Brücken ihre paar Habseligkeiten verstaut haben, die in Vorräumen von Banken übernachten. 2.000 bis 6.000 Obdachlose seien allein in Berlin unterwegs, schätzt der Sozialarbeiter Robert Veltman. Hinzu kommen knapp 50.000 Wohnungslose, wie der Geschäftsführer der gemeinnützigen Wohnungslosenhilfe-Organisation Gebewo im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen darlegte.

Die Zahlen steigen stark an: Das war die einhellige Meinung bei einer Sachverständigen-Anhörung in der vergangenen Woche unter der Leitung von Mechthild Heil (CDU). Durchaus positiv fiel die Beurteilung der Experten für zwei Anträge der Linken und Bündnis 90/Die Grünen aus, in denen Maßnahmen gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit aufgefächert werden. Gleichwohl blieb ein Bündel weitergehender Forderungen an die Bundespolitiker. Die Sachverständigen mahnten vor allem eine bundesweit einheitliche Wohnungsnotfallstatistik an. Mit ihrer Hilfe könne bestimmten Gruppen gezielter geholfen werden – Frauen mit Kindern zum Beispiel. Einigkeit bestand auch darüber, dass nicht immer wieder neu über eine Erhöhung des Wohngelds entschieden werden solle. Eine Dynamisierung sei vonnöten.

Spezifische Barrieren Der Sozialforscher Professor Volker Busch-Geertsema sprach spezifische Barrieren an, die Wohnungslosen selbst in entspannten Wohnungsmärkten den Zugang zu normalem Wohnraum extrem verschärfen – etwa Bonitätsauskünfte oder Vorvermieterbescheinigungen



Ein Obdachloser in einer Unterführung

Die Betroffenen müssten gezielt Zugänge zur Normalmietverhältnissen erhalten, zudem bei Bedarf mit wohnbegleitender Hilfe. Beides werde in Finnland als einzigem Land in der EU praktiziert. Dort sei eine kontinuierliche Reduzierung der Zahl der Wohnungslosen erreicht worden. Birgit Fix vom Deutschen Caritasverband beklagte, dass das Menschenrecht auf Wohnung nicht mehr allen gewährt werde. Sie machte sich stark für eine bundesweite Infrastruktur zur Hilfe schon bei drohender Wohnungslosigkeit, etwa über Fachstellen, Notversorgung und Beratungsangebote. Warena Rosenke (Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe) sah in einer Wohnungsnotfallstatistik auf Bundesebene auch den Nutzen, dass die Öffentlichkeit informiert und so die politische Dringlichkeit der Problematik aufgezeigt werde. Sie

verwies auf die Möglichkeit, im Rahmen von Kooperationsverträgen zwischen Kommunen und Unternehmen der Wohnungswirtschaft Gewährleistungen vorzusehen, um die Vermietung von Wohnungen an Wohnungslose zu fördern.

Lukas Siebenkotten vom Deutschen Mieterbund (DMB) legte dar, dass in Deutschland jedes Jahr 80.000 bis 100.000 Sozialwohnungen gebaut werden müssten, um wenigstens die bisherige Anzahl halten zu können. Tatsächlich würden aber nur 26.000 gebaut. Die Maßnahmen, die die Bundesregierung beschlossen oder angekündigt habe, reichten mithin bei weitem nicht aus oder hätten bisher jedenfalls nicht gegriffen. Er mahnte eine nationale Wohnungsbauförderung an, an der sich alle drei staatlichen Ebenen in gleicher Weise beteiligen müssten.

Die Linksfraktion schlägt in ihrem Antrag (19/7459) mit dem Titel „Wohnungs- und Obdachlosigkeit bekämpfen, Zwangsräumungen verhindern“ ein öffentliches Wohnungsbauprogramm im Umfang von zehn Milliarden Euro vor. Das Wohngeld solle regelmäßig und bedarfsgerecht angepasst, Leistungen für die Kosten der Unterkunft müssten deutlich erhöht und Sanktionen für sozial Schwache gestrichen werden. Die Grünen wiederum fordern in ihrem Antrag (19/7734) unter dem Titel „Menschenrecht auf Wohnen dauerhaft sicherstellen – Wohnungs- und Obdachlosigkeit konsequent bekämpfen“ ein nationales Aktionsprogramm, um bis 2030 Obdachlosigkeit in Deutschland zu beseitigen und ihre Entstehung zu vermeiden. Neben dem Ausbau der Daten- und Forschungsgrundlage geht es um mehr Geld, mehr sozialen Wohnungsbau und die Wiedereinführung von Gemeinnützigkeit im Wohnungsbaubereich. Franz Ludwig Averdunk

Gültig für alle Bahnen

VERKEHR Bundesamt künftig allein für Fahrgastrechte zuständig

Das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) ist künftig für die Fahrgastrechte bei allen Eisenbahnen – sowohl im Fernverkehr (SPFV) als auch beim Nahverkehr (SPNV) – zuständig. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (19/7837, 19/8468) verabschiedete der Bundestag vergangenen Donnerstag einstimmig. Damit kommt es auch zu einer konsequenten Trennung der Zuständigkeiten im Tarifbereich. Die Genehmigung von Tarifen obliegt der Neuregelung zufolge künftig beim SPFV dem Bundesverkehrsministerium und beim SPNV der zuständigen Landesbehörde. Die Aufsicht über die Einhaltung der Tarife liegt beim EBA (SPFV) und der zuständigen Landesbehörde (SPNV). Den Bedarf nach Bündelung bei den Zuständigkeiten für die Fahrgastrechte hatte die Regierung damit begründet, dass die

Unterscheidung zwischen bundeseigenen und nichtbundeseigenen Eisenbahnen für Fahrgäste oft schwierig sei. In der Folge komme es häufig zu fehlerhaften Adressierungen von Fahrgastbeschwerden.

Durch das Gesetz werden auch Änderungen im Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) hinsichtlich der Veröffentlichungsmöglichkeiten der Tarife vorgenommen. Die Regelung, wonach Tarife und deren Änderungen im Tarif- und Verkehrsanzeiger bekannt gemacht werden müssen, habe in der Praxis „nicht mehr die gewünschte Publizitätswirkung, da sie für den Verbraucher kaum zugänglich sind“, heißt es in dem Gesetzentwurf. Die Vorschrift, eine Veröffentlichung zwingend in Papierform vorzunehmen, sei überholt. Die nötige Publizitätswirkung werde durch das Internet erzeugt, schreibt die Regierung. hau

Schutz und Offenheit

INDUSTRIE Anhörung zu Umgang mit Auslands-Investoren

Als 2016 ein chinesischer Hausgeräte-Hersteller den Augsburger Industrieroboter-Spezialisten Kuka übernahm, schrillten in Deutschland die Alarmglocken. Ein Jahr zuvor hatte Peking eine neue industriepolitische Strategie namens „Made in China 2025“ beschlossen mit dem Ziel, bis dahin in wichtigen Bereichen, darunter der Robotik, Weltmarktführer werden. Die Bundesregierung hat seitdem ihre Möglichkeiten zur Kontrolle ausländischer Investitionen im Inland ausgeweitet, die EU hat jüngst eine neue Verordnung hierzu beschlossen. Vergangene Woche befasste sich der Wirtschaftsausschuss des Bundestages mit zwei Anträgen zu dem Thema. Die FDP-Fraktion dringt unter der Überschrift „Attraktivität Deutschlands für ausländisches Kapital sichern“ (19/4216) eher auf Zurückhaltung bei Eingriffen ins Marktgeschehen. Dagegen setzt der Antrag der Grünen „Schlüsseltechnologien und kritische Infrastruktur schützen – Standortattraktivität für Investitionen sichern“ (19/5565) mehr auf staatliche Kontrolle. In einer öffentlichen Anhörung dazu bestand zwischen den Sachverständigen aus Verbänden und Wissenschaft Einvernehmen, dass der Staat die Möglichkeit haben muss, ausländische Investitionen zu unterbinden, falls sich daraus eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ergeben könnte.

Bedeutung von Auslandsinvestitionen

Allerdings warnten die Verbandsvertreter vor zu starken Regulierungen. Die Möglichkeit von Firmen, ausländisches Kapital anzuwerben oder ihr Unternehmen meistbietend zu verkaufen, sei wesentlich für ein marktwirtschaftliches System und dürfe nicht mehr als nötig eingeschränkt werden. Stefan Mair vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) betonte die Wichtigkeit von Auslandsinvestitionen, um globale Wertschöpfungsketten aufzubauen. Deutsche Unternehmen profitierten davon

in hohem Maße. Einschränkungen hier könnten Gegenmaßnahmen provozieren, es drohe eine „Eskalationsspirale“. Volker Treier vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) ergänzte, es gebe wesentlich mehr deutsche Investitionen im Ausland als umgekehrt. Die sei in besonderer Maße zwischen Deutschland und China der Fall. Für den Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) verwies Ulrich Ackermann darauf, dass 20 Prozent der Firmen seiner Branche in ausländischer Hand seien. Während US-Investoren übernommenen Firmen in der Regel „mit Gewalt das US-System überstülpen“, ließen Chinesen das Management eher in Ruhe. Für Maschinenbauer eröffne der Einstieg chinesischer Investoren einen Zugang zum chinesischen Markt, wie ihn rein deutsche Firmen nicht erreichen könnten. Sebastian Dullien, Professor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin, plädierte für den Schutz von kritischer Infrastruktur. Eine offene Gesellschaft sei nur möglich, wenn sie diese verteidigen kann. Deshalb brauche sie klare Regelungen für ausländische Beteiligungen an solchen Infrastrukturen. Dass dabei das Augenmerk vor allem auf chinesischen Investoren liegt, rechtfertigte Mikko Huotari vom Mercator Institute für China Studies (MERICS) mit dem besonderen System des Landes, in dem Staat und Wirtschaft verbunden sind. Der massive Anstieg chinesische Auslandsinvestitionen seit 2015 stehe in direktem Zusammenhang mit einer neuen industriepolitischen Strategie. Gleichzeitig untersege China zunehmend ausländische Investitionen etwa in die eigene Infrastruktur. Professor Markus Taube von der Universität Duisburg-Essen nannte die deutsche China-Politik des „Wandels durch Handel“ gescheitert. Sie habe bis vor fünf Jahren einigermaßen funktioniert, aber seitdem bewege sich China in eine andere Richtung als erhofft. Peter Stützel

Grüne wollen hoch hinaus

BAUEN Bundestag berät über Ausbau von Dachgeschossen

Er ist zur vielleicht kostbarsten Ressource in der Dauerdiskussion über bezahlbaren Wohnraum und Siedlungsentwicklung geworden: Boden, der als Bauland teuer und rar geworden ist; genauso wie Freiflächen in dichter werdenden Stadtstrukturen an Bedeutung gewonnen haben. Die Preisentwicklung von Bauland liege deutlich über den Preissteigerungen der gesamten Baukosten, sagte die Abgeordnete Daniela Wagner (Bündnis 90/Die Grünen). Einen Weg, trotzdem mehr Wohnraum zu angemessenen Preisen in attraktiven Lagen verwirklichen zu können, präsentierte sie für ihre Fraktion gleich hinterher: In der Stadt sollen verstärkt Dächer ausgebaut, Gebäude aufgestockt sowie leerstehende Gewerbe- und Büroobjekte umgenutzt werden. Auf dem Land wiederum sollten Anreize zur Neunutzung leerstehender Häuser gesetzt werden. Über einen entsprechenden

Antrag (19/6499) mit dem Titel „Sofortprogramm Bauflächenoffensive – Hunderttausend Dächer und Häuser Programm“ diskutierte der Bundestag erstmals in der vergangenen Woche und überwiegt ihn an den Bauausschuss zur weiteren Beratung. In dem Antrag zitieren die Abgeordneten eine Studie der Technischen Universität Darmstadt und des Pestel-Instituts, wonach per Dachausbau 580.000 Wohnungen in Deutschland zusätzlich entstehen könnten. Gleichzeitig liege der Leerstand von Häusern und Wohnungen vorwiegend in ländlichen Regionen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bei etwa zwei Millionen Wohnungen bundesweit.

„Diese brachliegenden Potenziale gilt es zu heben“, heißt es in der Vorlage. Das Dächer- und Häuser-Programm solle im ersten Jahr mit 90 Millionen Euro bestückt werden. „Damit erhält, wer behutsam durch Dachausbauten nachverdichtet sowie leerstehende Gebäuden in Ortskernen reaktiviert, durch den Ausbau, Umbau oder Modernisierung, eine attraktive finanzielle Förderung.“ Bis 2021 könnten so bei Fortschreibung des Programms zusätzlich 90.000 Wohnungen entstehen; organisiert werden könnte es beispielsweise über die Förderbank KfW.

Die AfD-Fraktion kritisierte die Vorlage als Ausdruck von Hilflosigkeit. Man könne nicht von der Reaktivierung von Dorfkernen sprechen und kein Wort darüber verlieren, wie die Menschen zu ihrem Arbeitsplatz kommen sollen, sagte der Abgeordnete Marc Bernhard. Das Aufstockungsprogramm wiederum zielen nur auf Besserdienende ab. Die Abgeordneten Torsten Schweiger (CDU) und Emmi Zeulner (CSU) gaben ihre Reden zu Protokoll; weitere Beiträge gab es zu diesem Tagesordnungspunkt nicht. pez



Hell und luftig: Ausgebautes Dach in Wien

KURZ NOTIERT

AfD-Kandidaten werden nicht in Haushaltsgremien gewählt

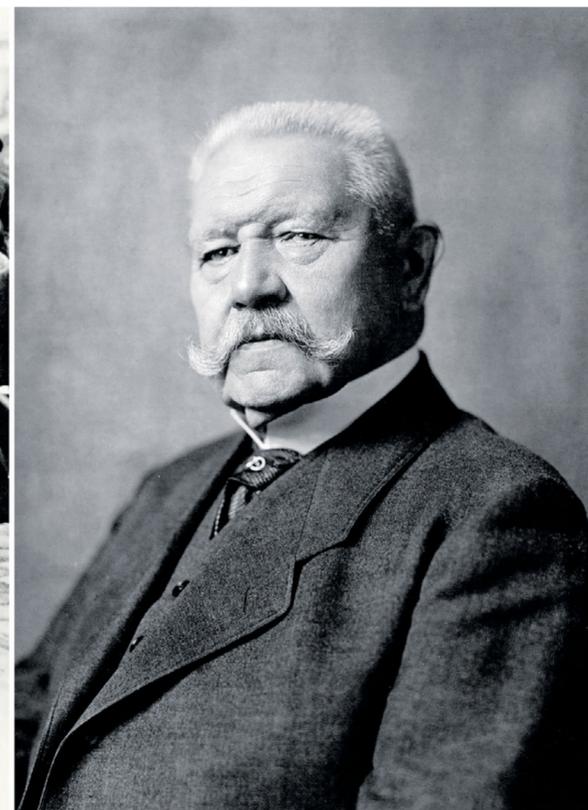
Der Bundestag hat am Donnerstag alle von der AfD-Fraktion aufgestellten Kandidaten für verschiedene Haushaltsgremien nicht gewählt. So erhielt Marcus Bühl (AfD) für das Vertrauensgremium gemäß Paragraph 10 a Absatz 2 der Bundeshaushaltsordnung ebenso keine Mehrheit wie Peter Boehringer (AfD) für das Sondergremium gemäß Paragraph 3 Absatz 3 des Stabilisierungsmechanismengesetzes. Ebenfalls nicht gewählt wurden Albrecht Glaser (AfD) und Volker Münz (AfD), die für das Gremium gemäß Paragraph 3 des Bundesverschuldungswesengesetzes kandidiert hatten. hle

Besserer Schutz von Geschäftsgeheimnissen

Der Bundestag hat am Donnerstag den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Geschäftsgeheimnisgesetzes (19/4724, 19/8300) angenommen. Ziel des Gesetzes, mit dem eine EU-Vorlage in deutsches Recht umgesetzt wird, ist der Schutz von Geschäftsgeheimnissen vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung. Abgelehnt wurden zwei Anträge der Linken (19/7704) und der Grünen (19/7453) Ein von der AfD-Fraktion eingebrachter Entschließungsantrag wurde (19/8610) abgelehnt. mwo



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Friedrich Ebert (SPD, links) war Reichspräsident der Weimarer Republik in den schweren Anfangsjahren. Unter Nachfolger Paul von Hindenburg (rechts) wurde sie zu Grabe getragen. Die Bildmitte zeigt Unruhen bei der Reichspräsidentenwahl 1925. © picture-alliance/KEYSTONE/akg-images/ullstein bild

Das Lehrstück Weimar

VOR 100 JAHREN Nicht an der Verfassung von 1919, an den Akteuren ist die erste deutsche Demokratie gescheitert

Das Alte und Morsche, die Monarchie ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue; es lebe die Deutsche Republik! Als der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann diese Botschaft am Mittag des 9. November 1918 fanfarengleich von einem Balkon des Reichstages in eine aufgebrauchte Menge schmetterte, deutete sich eine radikale Umwälzung an: Das Ende der feudalen Zeiten und ein Anfang wahrer Demokratie. Tatsächlich wurden die Verhältnisse völlig umgestülpt, militärische Niederlage statt glorreicher Sieg, fade Republik statt glanzvolle Kaiserherrschaft, „Rat der Volksbeauftragten“ statt Autorität des Obrigkeitstaates. Aber darin mischten sich auch Revolte und Aufruhr. Deshalb wichen Hoffnung und Begeisterung recht bald Ernüchterung und Enttäuschung – nicht nur, weil Karl Liebknechts ausgerufenen „freie sozialistische Republik Deutschland“ nur eine Ankündigung blieb. Die „Revolution“, wie der November-Umbruch in der Historiographie bezeichnet wird, erschien vielen Zeitgenossen als wenig geglückter Systemwechsel. So schrieb sich der linksliberale Politiker und Theologie-Professor Ernst Troeltsch im Frühjahr 1919 seine Skepsis von der Seele: „Überall Trümmern, wohin man blickt, sofern die Trümmern nicht blutige Realisten sind. Daß die Demokratie uns im Grunde nicht liegt und daß sie (übrigens vor allem in Deutschland) die Mängel der Mittelmäßigkeit und Spießbürgertum trägt, das ist leider nicht zu leugnen. Ebenso wenig aber, daß wir nichts Besseres haben und an dieser kümmerlichen Stange in die Höhe klettern müssen, soweit von Höhe überhaupt die Rede sein kann.“

Ebert als Mann der Stunde Als Troeltsch diesen Stoßseufzer äußerte, waren die ersten Weichen bereits gestellt. Durch das Versagen der alten Eliten fiel den Sozialdemokraten am 9. November 1918 die Macht plötzlich auf die Füße, ihr Parteiführer Friedrich Ebert wurde zum Mann der Stunde. Eine gewaltsame Revolution, wie sie wochenlang bedrohlich auf den deutschen Straßen tobte, lehnte er kategorisch ab: „Ich hasse sie wie eine Sünde.“ Unter dem Eindruck der bolschewistischen Revolution in Russland 1917 hatte sich dies bei ihm eher noch verfestigt. Ebert war längst pragmatischer Realist, er suchte den legalistischen Weg. Allerdings um einen hohen Preis: Er beließ die alten Führungspitzen in Verwaltung, Justiz und Militär auf ihren Posten, weil er auf ihre Verpflichtung zum Staat setzte; mit schwankenden Heeresheiten und marodierenden Freikorps ging er ein Bündnis ein, um Revolte und Aufruhr niederzuhalten. Wegen der zögerlichen Haltung der Sozialdemokraten gegenüber tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen 1918/19 spricht der Historiker Heinrich August Winkler von einer „gebremsten Revolution“. Vorrangig erschien Ebert, neben Linderung der realen Nöte, ein baldiges nachdrückliches Mandat durch das Volk zu erhalten.

Deshalb fanden kaum zwei Monate nach dem Systemwechsel Wahlen zu einem Verfassungskonvent statt, am 19. Januar 1919 zur Deutschen Nationalversammlung – erstmals mit Frauenstimmrecht. Die Parteien Mitte-Links errangen eine stattliche Mehrheit von 76,1 Prozent. Da es in Berlin weiter heftig brodelte, verlegte das Gremium seine Beratungen in das thüringische Weimar, den Ort kulturellen Glanzes. Nach nur sechs Monaten stand die „Verfassung des Deutschen Reiches“, wie sie offiziell hieß. In Kraft trat sie dann Mitte August mit der Unterschrift Eberts, inzwischen zum ersten Reichspräsidenten gewählt. Es gehört zu den permanenten historischen Verdikten, die Weimarer Republik sei an dieser Verfassung gescheitert. Sicherlich war sie nicht die „demokratischste“ aller Konstitutionen, wie es im Überschwang des Neuanfangs zuweilen hieß. Richtig ist, dass sie einen Kompromiss der unterschiedlichen politischen Lager darstellte, anderes war unter den Bedingungen einer zerrissenen Gesellschaft und einer zwiespältigen Hinterlassenschaft der Kaiserzeit nicht erreichbar. Dennoch kann diese Verfassung mit ihren 181 Artikeln eine beachtliche Modernität für sich in Anspruch nehmen. Denn sie strukturierte nicht nur den Staatsaufbau und dessen Institutionen sowie das föderale

Die Verfassung kann eine beachtliche Modernität für sich in Anspruch nehmen.

Geflecht zwischen dem Reich und den Ländern. Im zweiten Teil wurde ein umfangreicher Katalog von „Grundrechten und Grundpflichten der Deutschen“ aufgestellt. Viele davon haben, mit kleinen Korrekturen, als Freiheitsrechte im Grundgesetz von 1949 Aufnahme gefunden. Immer wieder ist die Rede davon, bei den Weimarer Grundrechten habe es sich nur um „Programmsätze“ gehandelt, weil sie – im Gegensatz zum Grundgesetz – nicht unveränderliche Verfassungsnormen darstellten. Dennoch eröffneten sich damals innovativen Spielräume. Der Ausbau der Sozialpolitik in den 1920er Jahren steht dafür beispielhaft: Tarifhoheit zwischen Unternehmen und Gewerkschaften, Betriebsrätegesetz, Arbeitslosenversicherung, Jugendwohlfahrt, Vereinheitlichung der öffentlichen Fürsorge – Bemühungen „zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins“, so Artikel 151. Gewiss besaß dieses Regelwerk auch „Webfehler“, wie es der vormalige Verfassungsrichter Udo di Fabio definiert. Zu einem folgenschweren Missgriff zählte, dass die Verfassung repräsentativ-parlamentarische sowie präsidiale Bestimmungen mit plebiszitären Elementen zu verbinden suchte, um damit das Volk in der Funktion als neuen Souverän zu betonen. Das drückte sich aus in der Direktwahl des Reichspräsidenten wie durch Volksentscheide und

Volksbegehren. Doch damit wurde eine ausgewogene Machtbalance verfehlt, eine klare Gewaltenteilung vermieden. Die Verfassung schwächte Reichstag und Reichsregierung zugunsten der Vollmachten des Reichspräsidenten. Als Staatsoberhaupt konnte er Kanzler und Minister ernennen und entlassen, den Reichstag auflösen und Neuwahlen ansetzen. Zudem besaß er das Notverordnungsrecht. Aufgrund des ominösen Artikels 48 durfte der Präsident bei Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung „nötige Maßnahmen“ treffen. Diese Befugnisse, die legislative und exekutive Gewalt in eine Hand legten, wurden nie genau definiert. Der Politikwissenschaftler Karl Dietrich Bracher, Verfasser des Standardwerks über die Auflösung der Weimarer Republik, nennt es eine „präsidiale Diktaturgewalt“. Nun erscheint eine Notstandsvorsorge für diese Republik geradezu zwingend. Denn seit ihrer „Sturzgeburt“ sah sie sich fast ständig Krisen, gar Katastrophen ausgesetzt, von innen wie außen: linke Aufstände in Berlin und an der Ruhr, später auch in Mitteldeutschland; Morde an exponierten Politikern durch ausgerüstete Freikorps-Gruppen; Rheinlandbesetzung und Separatisten-Bewegungen; Umsturzversuche von rechts wie den Kapp-Putsch in Berlin und Hitlers Aufmarsch in München; die schleichende Geldentwertung mit der Hyperinflation 1923. Über allem aber der Friedensvertrag von Versailles 1919, der allenthalben in Deutschland als „Diktatfrieden“ empfunden wurde. Der Historiker Eberhard Kolb nennt die damalige Stimmung einen „Anti-Versailles-Furore“, die Revision dieses Vertrages stand stets auf der politischen Tagesordnung Weimars.

In seinem Denken zeigte sich Paul von Hindenburg ganz als Mann von gestern.

müssen das politische System nach den Vorgaben der Verfassung einrichten. Sie müssen die Verfassungsnormen als für ihr Handeln relevant betrachten.“ Damit öffnet Grimm den Blick auf das politische Führungspersonal der ersten deutschen Demokratie. In dieser Hinsicht markiert das Jahr 1925 eine Zäsur, nicht nur wegen Eberts frühen und verhängnisvollen Tod, sondern wegen der Wahl Paul von Hindenburgs als dessen Nachfolger im Präsidentenamt. Denn mit diesem Datum beginnt der Abstieg der Republik. Die Sehnsucht nach einem „Ersatzkaiser“ brachte Hindenburg in das höchste Staatsamt. Doch er war eine höchst ambivalente Figur. Ihn umgab der Mythos des Kriegshelden, seitdem er im August 1914 in der Schlacht von Tannenberg die russischen Truppen in Ostpreußen besiegte. Mit geschickter Selbstinszenierung stilisierte er sich zur „Inkarnation der nationalen Einheit“, wie sein Biograf Wolfram Pyta schreibt, und das mit einem gewissen Charisma. Aber als Chef der Obersten Heeresleitung seit 1916 trug der Generalfeldmarschall wesentlich Verantwortung für die deutsche Niederlage in Frankreich und am Sturz des Kaisers. Dennoch schuf er jene unsägliche „Dolchstoßlegende“, nach der das „Heer im Krieg unsiegt“ blieb, der Zusammenbruch auf das Konto vaterlandsloser und pazifistischer Politiker in der Heimat gehe. Diese Lüge hat die politische Kultur Weimars nachhaltig vergiftet.

In seinem Denken zeigte sich Hindenburg ganz als Mann von Gestern. Der Parlamentarismus blieb ihm fremd, die Parteien verachtete er, besonders die Sozialdemokraten. Denn Weimars Milieuparteien bunkerten sich in ihre Ideologien ein, Kompromisse fanden sie immer weniger. Umso mehr war die Integrationskraft des Reichspräsidenten vonnöten. Zwar vermied er in den ersten Amtsjahren einen Verfassungsbruch. Aber als im März 1930 die große Koalition mit dem sozialdemokratischen Kanzler Hermann Müller platzte – nominell wegen einer Beitragserhöhung der Arbeitslosenversicherung um ein Viertelprozent – hielt er seinen Moment für gekommen: zum autoritären Staatsumbau. Er beschloss, nicht mehr mit dem Reichstag zu regieren, sondern Präsidialkabinette zu berufen und mit dem Notstandsrecht auszustatten. Die ersten Anläufe scheiterten, nicht zuletzt weil Hindenburg „seinen“ drei Reichskanzlern Heinrich Brüning, Franz von Papen und Kurt Schleicher das Vertrauen entzog.

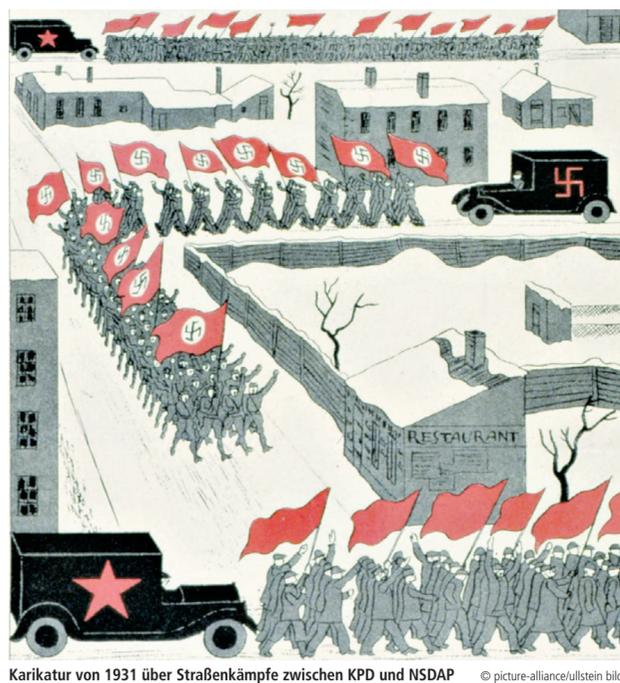
Spektakuläre Erfolge Allerdings profitierte eine Partei von diesen Manövern besonders: die Nationalsozialisten. Denn Hitlers NSDAP, bislang eine Splittergruppe von 2,6 Prozent, fuhr bei den Reichstagswahlen 1930 mit 18,7 Prozent sowie im Juli und November 1932 mit 37,4 und 33,1 Prozent spektakuläre Erfolge ein. Auf-

grund der Weltwirtschaftskrise 1929, die in Deutschland mit Firmenpleiten und Massenarbeitslosigkeit durchschlug, liefen immer mehr Wähler zur NSDAP über. So verschaffte sich Hitler den Machtbebel. Es gehört zu den historischen Narrativen, Hitler sei am 30. Januar 1933 nur ins Amt gelangt durch die Einflüsterungen einer intriganten „Kamarilla“ um Hindenburg, bestehend aus seinem Staatssekretär Otto Meißner, seinem Sohn und Adjutanten Otto Hindenburg sowie Franz von Papen und Kurt von Schleicher. Gewiss lagen diese „Berater“ dem Präsidenten mit ihren Vorstellungen eines neuen, straffen Staates ständig in den Ohren, ihr Einfluss darf nicht unterschätzt werden. Aber Hindenburg blieb bis zuletzt Herr der Entscheidungen, er musste nicht handeln, wie er es tat. Er manipulierte bewusst sein Notstandsrecht zur Überwindung des parlamentarisch-demokratischen Systems. Feinde von oben, Ablehnung unten, Bürgerkrieg auf den Straßen zwischen Rot-Kämpfer-Verbänden und braunen SA-Schlägertrupps: So konnte die Republik nicht überleben.

Anti-Weimar-Verfassung Weimar nicht nur vom Ende her denken: So äußern sich viele in diesem Gedenkjahr. Wenn damit gemeint ist, nicht alarmistisch „Weimarer Verhältnisse“ herbeizureden, mag es recht sein. Denn das Grundgesetz ist bewusst als Anti-Weimar-Verfassung angelegt, gerade deshalb hat es sich bewährt. Aber die Aufspaltung der deutschen Parteienlandschaft verändert die Perspektiven. Regierungsbildungen werden schwieriger, wie der missglückte Anlauf zu „Jamaika“ belegt. Große Koalitionen stellen die Norm dar, bei abnehmender Kompromissfähigkeit. Durch das rechte Netzwerk werden Weimarer Kampfbegriffe wieder öffentlich diskursfähig. „Völkisch“ und „kultur-fremd“ sind längst sakrosankt, „Abendland“ ist angesagt, Merkel eine „Verräterin“, die AfD redet ungeniert von der Überwindung des „Systems“. Demokratien sterben heute nicht mit einem Knall, sondern leise durch die Auslöschung der liberalen Substanz, so konstataren die US-Politologen Steven Levitsky und Daniel Ziblatt; denn „die Erosion geschieht so unmerklich, dass viele sie nicht wahrnehmen“. Populisten und Nationalisten ringum liefern dafür anschauliche Beispiele, von Putin und Erdogan über Orban und Salvini bis zu Kurz und Trump. Zugleich wachsen gesellschaftliche Ungleichheiten, es mehren sich Widerstand und Protest. Weimars Scheitern bleibt Lehrstück.

Heinz Verfürth II

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.



Karikatur von 1931 über Straßenkämpfe zwischen KPD und NSDAP © picture-alliance/ullstein bild



Berichte über einen möglichen Teilabzug der US-Truppen aus Afghanistan sorgen in Deutschland und bei anderen Verbündeten für Irritationen. Trotzdem hat der Bundestag das Mandat für den Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen der „Resolute Support“ Mission vergangene Woche um ein weiteres Jahr verlängert. 440 Abgeordnete votierten in namentlicher Abstimmung für einen entsprechenden Antrag der Bundesregierung (19/7726), mit Nein stimmten 202, 28 enthielten sich. Damit können weiterhin bis zu 1.300 Bundeswehrsoldaten zur Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte entsendet werden.

Die USA haben derzeit rund 14.000 Soldaten in Afghanistan stationiert, mehr als die Hälfte davon im Rahmen der „Resolute Support“-Mission. Wie die anderen Nato-Partner ist die Bundeswehr auf diese US-Präsenz angewiesen. US-Präsident Donald Trump hatte allerdings wiederholt deutlich gemacht, dass er den Afghanistan-Einsatz verkleinern oder sogar beenden möchte. Der Abzug fremder Truppen gilt als wichtige Bedingung der islamistischen Taliban in den Verhandlungen für einen Friedensschluss, die derzeit mit den USA und Russland stattfinden.

Johann Wadepuhl (CDU) gab in der Debatte zu bedenken, dass es angesichts dieser Verhandlungen kein guter Zeitpunkt für einen Abzug sei: „Gerade in dieser Situation, in der es die Chance auf eine friedliche Einigung gibt“, müsse Deutschland standhaft bleiben. „Wir sind der zweitgrößte Truppensteller und bleiben auch in dieser entscheidenden Situation kalkulierbar im Einsatz.“ Das sei auch Ausweis der Bündnisfähigkeit und der sicherheitspolitischen Verlässlichkeit Deutschlands. Wadepuhl verteidigte das deutsche Engagement auch mit den Fortschritten in Afghanistan: „Wir haben dafür gesorgt, dass Kinder wieder unterrichtet werden, dass Frauen nicht weiter misshandelt und unterdrückt werden.“ Das sei ein Fortschritt im Sinne der Humanität.

Fortschritte Auch Aydan Özoğuz (SPD) hob trotz einer nach wie vor kritischen Sicherheitslage Entwicklungen in Afghanistan hervor, die Anlass zur Hoffnung geben würden: „die Lebenserwartung, insbesondere die Kinder- und Säuglingssterblichkeit, die abnimmt, Alphabetisierungsraten junger Frauen und Männer, ein vor 2001 nicht dagewesenes Niveau an Schulbildung für Mädchen und Pressevielfalt und -freiheit.“ Alle an der Mission beteiligten Staaten müssten sich eingestehen, dass es ohne die Einbindung der Taliban nicht gehen werde, sagte Özoğuz. Es dürfe aber nicht dazu kommen, dass die Fortschritte in Afghanistan für diese Verhandlungen geopfert werden. Jens Kestner (AfD) monierte, dass man seit 18 Jahren Kriegszustand stets dieselben Floskeln und Durchhalteparolen höre. „Wo sind in 18 Jahren die Erfolge? Afghanistan sei der größte Drogenproduzent der Welt, die Taliban heimeisten die Gewinne ein. „Wer glaubt, die Taliban werden all unsere westlichen Werte und Errungenschaften dulden, der hat nicht verstanden, was diese Menschen antreibt, und vor allem, was ihre ureigene politische DNA ist.“ Es gebe keinen klassischen Staat Afghanistan. „Es gibt Eth-

Eine Frage der Perspektive

AFGHANISTAN Oppositionskritik an fehlendem Plan für die Bundeswehr und den zivilen Aufbau im Falle eines US-Rückzugs



Blick auf Kabul. Die USA und Russland verhandeln derzeit mit den Taliban über eine Friedenslösung – ohne dabei die Regierung in der afghanischen Hauptstadt zu beteiligen. © picture-alliance/Michael Kappeler/dpa

nien, die über Jahrhunderte ihre jeweiligen Interessen vertreten haben, und das werden sie auch in Zukunft tun und nicht uns zuliebe ablegen“, urteilte Kestner. Bijan Djiir-Sarai (FDP) wandte sich gegen einen voreiligen Abzug: „Wir können nicht von heute auf morgen raus aus Afghanistan. Ein solcher Schritt wäre kopflös und vor allem verantwortungslos.“ Zu kritisieren sei aber, dass die Bundesregierung den Einsatz bisher weder evaluiert habe, noch dass sie über ihre Optionen für den Fall prüft, dass die USA wie von Donald Trump angekündigt die Truppen abziehen oder auf die Hälfte reduzieren. „Gemeinsam rein, gemeinsam raus, das war die Leitlinie des Einsatzes. Diese Leitlinie war damals richtig, ist heute richtig und wird auch morgen richtig sein“, sagte Djiir-Sarai.

Tobias Pflüger (Die Linke) rief die Bundesregierung dazu auf, einen „historischen Irrweg“ zu verlassen. „Der Ansatz, militärisch zu intervenieren und dann eine Regierung ohne wirklichen Unterbau aufzubauen und militärisch abzusichern, ist komplett gescheitert.“ Die Regierung in Kabul kontrolliere nur etwas mehr als die Hälfte aller Distrikte im Land. Die Bundesregierung handle zudem „grob fahrlässig“, wenn sie einfach so tue, dass es Trumps Abzugsankündigungen nicht gegeben habe. Es sei gut, dass mit den Taliban verhandelt würde, „doch wir kritisieren, dass weder die afghanische Regierung noch die Zivilgesellschaft Afghanistans an diesen Verhandlungen beteiligt sind“, sagte Pflüger. Auch Omid Nouripour (Grüne) kritisierte, dass die Bundesregierung bei der Einbin-

dung der afghanischen Regierung klare Worte vermissen lasse. Wenn Trump sage, dass die USA nur wegen der Terrorbekämpfung und nicht wegen des Staatsaufbaus in Afghanistan seien, dann sei das „auch eine Verneinung der Tatsache, dass ebendieser fehlende Staatsaufbau der wichtigste Motor für die Radikalisierung der jungen Leute in Afghanistan ist“. Die zentrale Frage bei einem Abzug der Amerikaner sei, „ob und wie dann die zivile Arbeit in Afghanistan weitergehen kann“ – und hier bleibe die Bundesregierung die Antwort bisher schuldig. Keine Mehrheiten fanden die Oppositionsanträge: FDP und Grüne (19/8609, 19/4553) hatten eine Evaluation des Afghanistan-Engagements und die AfD sowie Die Linke (19/7937, 19/7908) den Abzug der Bundeswehr gefordert. Alexander Heinrich

Lagebild im Mittelmeer

BUNDESWEHR I Fortsetzung der Operation Sea Guardian

Die Bundeswehr beteiligt sich weiterhin an der „Nato-geführten maritimen Sicherheitsoperation Sea Guardian“ im Mittelmeer. In namentlicher Abstimmung votierten vergangene Woche 446 Abgeordnete für einen entsprechenden Antrag der Bundesregierung (19/7727), 218 stimmten mit Nein, es gab eine Enthaltung. Damit können wie bisher bis zu 650 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden, um „auf und über See“ Lagebilder zu erstellen und den Seeraum zu überwachen, wie es im Mandatstext heißt. Der Einsatz leiste einen Beitrag zum maritimen Kampf gegen Terrorismus und zur Beschränkung des Waffenschmuggels. Daniela de Ridder (SPD) unterstrich, dass die Mission abschreckend auf „Schlepper, Schmuggler und Piraten“ wirke und wichtige Informationen für die EU-geführte Schwesteroperation Sophia bereitstelle. Ro-

derich Kieseewetter (CDU) hob hervor, dass die Mission der Lagebilderstellung diene, Plattform für kooperative Sicherheit sei und zudem „klassische Sicherheitsvorsorge im Falle einer Eskalation“. Paul Viktor Podolay (AfD) kritisierte den Antrag der Bundesregierung unter dem Deckmantel eines Militäreinsatzes. Ulrich Lechte (FDP) kritisierte, dass der Mandatstext in keinem Punkt auf ein wahrscheinliches Ende der EU-Operation Sophia eingehe, die Mission aber wemöglich Teile von deren Aufgaben übernehmen werde. Auch Matthias Höhn (Die Linke) kritisierte den nahezu unveränderten Mandatstext: „Copy-and-Paste kann es in der Sicherheitspolitik“ nicht geben. Omid Nouripour (Grüne) argumentierte, dass der „sinnvolle Kern“ der Mission eigentlich durch „Nato-Routine“ übernommen werden könnte. ahe

Abzug in Sicht

BUNDESWEHR II Einsatz in Darfur letztmalig verlängert

Der Bundestag hat letztmals der Fortsetzung der Bundeswehrbeteiligung an der Friedensmission der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union in Darfur (UNAMID) zugestimmt. 582 Abgeordnete votierten vergangene Woche in namentlicher Abstimmung für einen entsprechenden Antrag der Bundesregierung (19/7725), 82 dagegen. Im Juni 2020 soll die Mission, für die derzeit sind drei Soldaten und fünf Polizisten vor Ort sind, beendet werden. Nach Ansicht von Thomas Erndl (CSU) seien die wesentlichen Prioritäten des Mandats – die Verbesserung der Sicherheitslage, die Sicherung des Zugangs zu humanitärer Hilfe, die Überwachung der Menschenrechtslage und das Begleiten der Friedensbemühungen – „im Wesentlichen“ erfüllt worden. Gabi

Weber (SPD) mahnte allerdings an, die Mission müsse „vernünftig und mit Blick auf Nachhaltigkeit beendet werden“. Auch Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) betonte, man müsse schauen, wie sich die Lage vor Ort in den kommenden zwölf Monaten entwickle. Agnieszka Brugger (Grüne) urteilte, bis Juni 2020 bleibe „noch einiges zu tun“. Für die AfD befürwortete Petr Bystron den Einsatz, allerdings frage sich seine Fraktion unter anderem mit Blick auf die Mängel bei der Flugbereitschaft, ob die Bundeswehr überhaupt in der Lage sei, „die Herausforderung zu stemmen“. Die Linksfraktion lehnte den Einsatz ab. Er stehe „schon seit Jahren wegen ihres Misserfolgs in der internationalen Kritik“, sagte Christine Buchholz. joh

Lage weiter prekär

BUNDESWEHR III Bundestag verlängert Südsudan-Mission

Die Bundeswehr setzt ihre Beteiligung an der von den Vereinten Nationen geführten Friedensmission im Südsudan (UNMISS) fort. In namentlicher Abstimmung stimmten vergangene Woche 578 Abgeordnete für einen entsprechenden Antrag der Bundesregierung (19/7728), 79 dagegen. Es gab eine Enthaltung. Wie bisher können bis zu 50 Soldaten eingesetzt werden, derzeit sind jedoch nur 14 vor Ort. Ihre Aufgabe ist es, die Zivilbevölkerung zu schützen, humanitäre Hilfe zu ermöglichen und den Friedensprozess zu unterstützen. Ohne die Hilfe der internationalen Gemeinschaft werde es nicht möglich sein, die Situation im Südsudan zu stabilisieren, zeigte sich Christoph Matschie (SPD) überzeugt. Nach Jahren des Bürgerkrieges seien zweieinhalb Millionen Menschen zu

Flüchtlingen geworden, mehr als die Hälfte der Bevölkerung sei auf akute Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Das Land könne sich nur schwer aus seinem Elend herausarbeiten, befand Lothar Maier (AfD). Er nannte es „wünschenswert“, die Mandatsobergrenze von 50 Soldaten tatsächlich auszunutzen. Dafür sprachen sich auch Jürgen Hardt (CDU) und Agnieszka Brugger (Grüne) aus. Till Mansmann (FDP) forderte die Bundesregierung auf, schon jetzt zu überlegen, „wie wir den Übergang von militärischen Missionen zu ordentlicher ziviler Entwicklungszusammenarbeit ausgestalten können“. Tobias Pflüger (Die Linke) urteilte, der Einsatz trage nicht wesentlich zur Verbesserung der Situation bei. Wichtiger sei eine zivile Aufbauhilfe. joh

KURZ NOTIERT

Innovationsbotschafter im Silicon Valley

Die FDP-Fraktion setzt sich für die Digitalkompetenz in der Außenpolitik ein. In einem Antrag (19/8542), der in die Ausschüsse überwiesen wurde, fordern die Liberalen, „eine Technologieaußenpolitik zu entwickeln, um Technologievoranschau und Technologiebewertung für deutsche Unternehmen möglich zu machen.“ Dazu sollen „Innovationsbotschafter aus den zuständigen Ressorts in die Ballungszentren der IT- und High-Tech-Industrie wie das Silicon Valley, Shenzhen, Tel Aviv, Singapur und Daejeon“ entsendet werden, um die Beziehungen zu den dort ansässigen Unternehmen auszubauen. ahe

Linke scheitert mit Antrag zu Fonds für Herero und Nama

Die Fraktion Die Linke ist mit ihrer Forderung nach Einrichtung eines „Strukturausgleichsfonds“ für Herero und Nama in Namibia gescheitert. Ein entsprechender Antrag (19/1256) scheiterte vergangene Woche am Votum der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, AfD und FDP bei Zustimmung der Grünen. Mit Hilfe des Fonds sollten nach Vorstellung der Antragsteller die aus der deutschen Kolonialzeit resultierenden strukturellen Benachteiligungen der indigenen Bevölkerung insbesondere hinsichtlich der Landfrage und unzureichenden Infrastruktur ausgeglichen werden. joh

Lob für Zuwachs bei humanitärer Hilfe

MENSCHENRECHTE Mittel im Haushalt zwischen 2014 und 2017 mehr als vervierfacht

Experten begrüßen den Zuwachs bei der humanitären Hilfe in den vergangenen Jahren. In einer öffentlichen Anhörung zum „Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland in den Jahren 2014 bis 2017“ (19/5720) sahen einige Sachverständige vergangene Woche im Menschenrechtsausschuss aber auch Verbesserungsbedarf – weniger bei der Rolle Deutschlands als Geber als in seiner Rolle als gestaltender Akteur im humanitären System. Dem Bericht der Bundesregierung zufolge hat sich Deutschland im Jahre 2017 zum weltweit zweitgrößten bilateralen Geber humanitärer Hilfe entwickelt. Demnach seien die Mittel für humanitäre Hilfe von 416 Millionen Euro im Jahre 2014 auf 1,76 Milliarden Euro im Jahr 2017 gestiegen.

Geber ist und bleibt, sondern auch ein starker Akteur.“ Dafür sei unter anderem mehr Kohärenz beim Handeln der Bundesregierung wünschenswert: So seien „Rüstungsexporte in Krisen- und Konfliktgebiete Teil des Problems und nicht der Lösung.“ Heiko Knoch vom Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) sagte, dass nach UN-Schätzungen in diesem Jahr 132 Millionen Menschen infolge von Kriegen, Konflikten, Natur- und Klimakatastrophen auf humanitäre Hilfe angewiesen seien, der Bedarf belaufe sich auf mehr als 22 Milliarden US-Dollar. Knoch warb für Anstrengungen „weg von der reaktiven hin zur proaktiven“ Hilfe. Investitionen in schützende Infrastruktur, Wetterbeobachtung, Frühwarnsysteme oder App-Entwicklungen zur Erkennung von Mangelernährung bei Kindern könnten dazu beitragen, Hilfsbedarf erst gar nicht in großem Umfang entstehen zu lassen.

Corinna Kreidler (Independent Consultant Humanitarian Assistance) unterstrich, dass Deutschland in der „Liga der großen Geldgeber“ angekommen sei. Der Bericht der Bundesregierung nehme allerdings kaum in den Blick, wie und auf Basis welcher Kriterien die Mittelvergabe erfolge. Nach dem Vorbild anderer Geber müsse mehr Transparenz bei der Auswahl der Partner herrschen. Kreidler warb für mehr Wettbewerb „unter allen Partnern“ sowie für das Prinzip der Subsidiarität. „Entscheidungen sollten deutlich näher an Krisenherde herangetragen werden.“ ahe

Wolfgang Prangl (Oxfam Deutschland) sagte, dass der Syrien-Konflikt für die Bundesregierung bei der humanitären Hilfe „höchstes Gewicht“ habe. Es müsse aber der Grundsatz gelten, sich ausschließlich am objektiven globalen humanitären Bedarf leiten zu lassen. Als „ambivalent“ wertete der Experte exemplarisch die Jemen-Politik: Jahr für Jahr habe die Bundesregierung die humanitäre Hilfe für das Land angehoben, aber andererseits Waffenlieferungen an Akteure des Jemen-Konfliktes gewährt.

Expertise Ralf Südhoff (Centre for Humanitarian Action) machte eine überproportionalen Anteil deutschen humanitären Hilfe für Syrien aus. Das bedeute aber nicht, dass dieser Konflikt aus humanitärer Sicht „überfinanziert“ sei, im Gegenteil: Nur rund 50 Prozent des humanitären Bedarfs seien in Syrien gedeckt. Südhoff betonte, dass die Bundesregierung bisher auf konzeptioneller und strategischer Ebene noch nicht mit dem Aufwuchs bei der humanitären Hilfe mitgezogen habe: Im Auswärtigen Amt seien nur 66 Stellen im Bereich humanitäre Hilfe besetzt, die Auslandsvertretungen benötigten zudem Expertise vor Ort. Alfred de Zayas (Geneva School of Diplomacy and International Relations) bezeichnete es unter anderem mit Blick auf die Beispiele westlicher Interventionen im Irak und in Libyen für unerlässlich, dass die Weltgemeinschaft das in der UN-Charta verankerte Allgemeine Gewaltverbot einhalte und die Souveränität von Staaten geschützt werde. De Zayas lenkte den Blick zudem auf Ursachen für die Entstehung humanitärer Krisen, die oft ignoriert würden: Dazu zählten etwa Kreditaufgaben IWF und Weltbank im Sinne von Austerität und die Zerstörung der Lebensgrundlage von Menschen bei Umwelterstörungen durch transnationale Konzerne. ahe

»Rüstungsexporte in Konfliktgebiete sind Teil des Problems und nicht der Lösung.«

C. Füllkrug-Weitzel (Diakonie Katastrophenhilfe)

Lokalisierung Bodo von Borries (Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen, VENRO) begrüßte den Mittelaufwuchs als „angemessene Reaktion auf den humanitären Bedarf“. Er bekräftigte eine Forderung des Humanitären Weltgipfels: Hilfe solle unter dem Stichwort Lokalisierung flexibler und dezentraler gestaltet sein. Das bedeute etwa, Akteure einzubeziehen, die im humanitären System bisher „wenig sichtbar“ gewesen seien, lokale Selbsthilfe etwa oder die Diaspora eines von einem Konflikt oder einer Naturkatastrophe betroffenen Landes. Cornelia Füllkrug-Weitzel (Diakonie Katastrophenhilfe) begrüßte das deutsche Engagement. Nun gehe es darum zu zeigen, „dass Deutschland nicht nur ein starker

Der Fall des Billy Six

AKTUELLE STUNDE Regierung weist AfD-Vorwurf zurück

Die AfD-Fraktion hat während einer aktuellen Stunde am vergangenen Donnerstag im Zusammenhang mit dem Fall des Journalisten Billy Six schwere Vorwürfe in Richtung Auswärtiges Amt erhoben. Six, der als freier Autor unter anderem für die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ arbeitet, hatte unter anderem wegen Spionagevorwürfen 119 Tage in venezolanischer Haft gesessen und sich nach seiner Rückkehr nach Deutschland beklagt, die Bundesregierung habe sich nicht ausreichend für seine Freilassung eingesetzt. Petr Bystron (AfD) sagte während der Aktuellen Stunde, das Auswärtige Amt habe, anders als im Falle des vor einem Jahr in der Türkei inhaftierten Journalisten Deniz Yücel, nicht die Freilassung von Six gefordert. „Das SPD-geführte Außenministerium wollte Billy Six in diesem dunklen, schimmigen Rattenloch verrotten lassen“, sagte Bystron.

Außenamts-Staatsminister Niels Annen (SPD) wies die Vorwürfe zurück. Das Auswärtige Amt habe Six von seiner Verhaftung an bis zur Ausreise aus Venezuela intensiv betreut und alles für seine Freilassung getan, betonte er. Die von Six erhobenen Vorwürfe seien „sehr verwunderlich“. Beschämend sei, wie die AfD den Fall Six politisch zu instrumentalisieren versuche. Andreas Nick (CDU) sagte, die AfD wolle den Eindruck erwecken, die Bundesregierung mache ihre diplomatische Unterstützung für deutsche Inhaftierte im Ausland von deren politischer Einstellung abhängig. Im Fall Yücel sei es aber doch die AfD gewesen, die einem deutschen Staatsbürger die diplomatische Hilfe habe absprechen wollen, „weil er Ihnen missliebig war“. Cyde Jensen (FDP) nannte es perfide, dass die AfD die Freilassung von Six für sich reklamieren. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass von der AfD sonst „kein Ton“ zu vernehmen sei, wenn etwa in Russland „Oppositionelle eingekerkert werden“. Simone Barrientos (Die Linke) warf der AfD-Fraktion vor, rassistisch zu argumentieren. Dies zeige sich darin, dass die Fraktion bei Six andere Maßstäbe ansetze als etwa bei Deniz Yücel. Nach dessen Freilassung habe die AfD ein zu starkes Engagement der Bundesregierung beklagt. Das Auswärtige Amt habe einen großartigen Einsatz zur Freilassung von Billy Six geleistet, befand Omid Nouripour (Grüne). Die AfD hingegen misshauchte jede Tragödie, jedes menschliche Schicksal, um das Vertrauen in die demokratischen Institutionen zu erschüttern. Einen ähnlichen Vorwurf erhob auch Barbara Hendricks (SPD). Staatsminister Annen habe hingegen glaubhaft deutlich gemacht, welche Anstrengungen die Botschaft zugunsten von Billy Six unternommen habe. Götz Hausding



Billy Six bei seiner Ankunft in Berlin Tegel. © picture-alliance/Monika Skolimowska/dpa-Zentrum/dpa



KURZ REZENSiert

Jochen Buchsteiner:



JOCHEN BUCHSTEINER
DIE FLUCHT DER BRITEN AUS DER EUROPÄISCHEN UTOPIE

Die Flucht der Briten aus der Europäischen Union.

Rowohlt Verlag, Reinbek 2018; 141 S., 16 €

Nach 40 Jahren beschlossen die Briten, der Europäischen Union den Rücken zu kehren. Jochen Buchsteiner, der seit vielen Jahren für die FAZ aus London berichtet, sieht darin einen Angriff auf den europäischen Konsens, die EU als zivilisatorisches Friedens- und Fortschrittsprojekt, als „immer engere Union“, weiterzuentwickeln. Folgt man dieser Lesart, kommt der Brexit einem Anschlag auf die Vernunft gleich. Die Nachteile, die mit ihm einhergehen, liegen auf der Hand: Die EU verliert die zweitgrößte Volkswirtschaft, einen „Netto-Zähler“, außerdem nach außen an Strahlkraft und Gewicht. Umgekehrt verzichten die Briten auf alle politischen und wirtschaftlichen Vorteile, die ihnen der freie Zugang zum EU-Binnenmarkt bietet.

Würden die Briten, die einst als besonders pragmatische Zeitgenossen galten, Opfer eines verlogenen nationalistischen Populismus, wie manche Europäer und die Verlierer der Volksabstimmung vermuten? Der Journalist wundert sich über diese Mutmaßungen, unterstellen sie doch der „Mehrheit der Nation Dummheit und mangelndes Verständnis für das Wesen der Demokratie“. Verbirgt sich hinter der Mehrheitsentscheidung für den Brexit „womöglich sogar eine höhere Rationalität?“

Buchsteiner führt das Abstimmungsergebnis auf den Protest der Insulaner gegen die Vertiefung des europäischen Einigungsprozesses zurück. Deshalb macht er auch nicht den früheren Premierminister David Cameron, der das Referendum angesetzt hatte, für den Ausgang der Abstimmung verantwortlich. Vielmehr führt er das Ergebnis auf historische Erfahrungen der Briten als Vertreter der ersten Demokratie der Welt zurück. Denn bei der Unterhauswahl ein Jahr später ließ sich kein Meinungswandel der Wähler erkennen: Die Liberaldemokraten, die sich als einzige Partei gegen den Brexit positioniert hatten, kamen auf weniger als acht Prozent. „Die Mehrheit für den Ausstieg aus der EU blieb in den Umfragen verblüffend konstant“, stellt Buchsteiner in seinem lesenswerten und perfekt geschriebenen Essay fest. manu



Paul Collier:

Sozialer Kapitalismus! Mein Manifest gegen den Zerfall unserer Gesellschaft.
Siedler Verlag, München 2019; 317 S., 20 €

Paul Collier, Professor an der Universität Oxford, gehört zu den weltweit renommiertesten Wirtschaftswissenschaftlern. Er leitet die Forschungsabteilung der Weltbank und untersuchte den Zusammenhang zwischen Armut, Kriegen und Migration. Sein neuestes Buch ist eine Streitschrift für eine gerechtere Gesellschaft und ein Loblied auf den sozialen Kapitalismus. Der Ökonom beschreibt die „tiefen Risse“, die den Zusammenhalt der Gesellschaften bedrohen. Die Ursachen führt er auf Geographie, Bildung und unterschiedliche Wertvorstellungen zurück. Collier geht es nicht nur um die „reichen Gesellschaften“.

Reiche Menschen aus armen Staaten würden ihr Geld entweder außer Landes schaffen oder emigrieren, wenn sie gebildet sind. So hätten 85 Prozent der jungen Fachkräfte Haiti verlassen, während Afrika jedes Jahr 200 Milliarden Dollar durch Kapitalflucht verliere. Beihilfe leisteten willige Anwälte in London oder Schweizer Banken. Vor allem der Exodus des „Humankapitals“ belastete Afrika: Zwar sei die Reaktion der Menschen nachvollziehbar, die sich in Europa oder Amerika eine Chance auf ein besseres Leben in Würde und Wohlstand erhofften. Dennoch sieht Collier dieses Verhalten kritisch, schließlich blieben die Verpflichtungen ausgeklammert, gegen die die Auswanderer verstoßen würden. Immerhin könnten die reichen Gesellschaften etwas gegen diesen Exodus unternehmen, sie müssten den armen Gesellschaften erlauben aufzuschließen. Ihnen fehlten vor allem „unsere Unternehmen, die Menschen produktiv machen“. Daher solle man Betriebe aus den reichen Staaten ermuntern, Beschäftigungswunder in den armen Ländern zu vollbringen.

Collier verortet sich selbst weder als rechts noch links. Freilich spricht er sich für einen „aktiven Staat“ aus und fordert die Unternehmen zu einem ethisch gerechten Verhalten auf. Seine Rezepte vermögen jedoch nicht immer zu überzeugen: So plädiert er für höhere Grundsteuern in den Metropolen. Dabei wohnen dort auch nicht nur reiche Menschen. manu



Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble und die beiden Preisträger Johannes Leithäuser (links) und Matthias Wyssuwa (rechts).

© Deutscher Bundestag/Achim Melde

»Frust und Frieden«

MEDIENPREIS Bundestagspräsident Schäuble zeichnet FAZ-Journalisten aus

Wie hängt eine Wert in der ostdeutschen Provinz mit den Koalitionsverhandlungen in Berlin zusammen und was hat der Streit über Rüstungsexporte mit den Sorgen in Vorpommern zu tun? Die Antwort auf diese Fragen haben Johannes Leithäuser und Matthias Wyssuwa am 3. Februar 2018 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) veröffentlicht. Ihre Geschichte über „große Politik und die ganz kleine“ ist jetzt mit dem Medienpreis Parlament 2019 des Bundestages belohnt worden. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble überreichte die Urkunde des mit 5.000 Euro dotierten Preises den beiden FAZ-Korrespondenten in der vergangenen Woche im Reichstagsgebäude.

„Frust und Frieden“ lautet der Titel des preisgekrönten Beitrags. Die ostdeutsche Wert ist die Peene-Werft in Wolgast, die Patrouillenboote für Saudi-Arabien baut und von einem Satz im Zuge der Koalitionsverhandlungen von Union und SPD überrascht wird, der da lautet: „Die Bundesregierung wird ab sofort keine Ausfuhren an Länder genehmigen, solange diese am Jemen-Krieg beteiligt sind.“ Die Autoren schildern, wie der Konflikt zwischen

moralischen Prinzipien einerseits und dem Erhalt von Arbeitsplätzen in einer strukturschwachen Region andererseits die Politik in Bund, Land und Kommunen zu spalten droht. Sie zeichnen die Geschichte der Werft nach und lassen den Betriebsratsvorsitzenden, den Wirtschaftsminister Mecklenburg-Vorpommerns, den Bürgermeister und einen Kommunalpolitiker der Linken zu Wort kommen. Es sei ihnen um die Darstellung gegangen, „wie Politik auf mehreren Ebenen funktioniert“, sagte Matthias Wyssuwa, der bereits 2016 für den Medienpreis nominiert war. Die beiden Autoren zeigten, urteilte die Medienpreis-Juryvorsitzende Claudia Notthelle, dass Politik und gesellschaftliches Handeln „eben nicht nur schwarz oder weiß ist“. Aufgabe des Journalismus sei es, hinzuschauen, zu schildern, zu erklären, die Welt nachvollziehbar, aber nicht einfacher zu machen.

Viele Beiträge über AfD Nominiert für den Preis waren darüber hinaus zwei weitere der insgesamt 52 eingereichten Beiträge. Die Fernsehkorrespondentinnen Karin Dohr und Marie-Kristin Boese vom ARD-Hauptstadtbüro gingen in ihrer Reportage mit dem Titel „Protest und Provokation – die AfD im Bundestag“ der Frage nach, wie

sich die ersten Gehversuche der AfD-Bundestagsabgeordneten als Neulinge auf dem parlamentarischen Berliner Parkett gestalteten. Im Beitrag kommen die beiden Journalistinnen zu dem Schluss, dass die AfD ihre Arbeit „weitgehend abseits der großen Aufmerksamkeit“ begonnen hat, während sich die Aufmerksamkeit der Medien vor allem dem mühevollen Ringen um eine Regierungsbildung widmete. Karin Dohr sagte, die AfD sei „eine Art Stresstest im Parlamentarismus“. Jury-Mitglied Anita Fünffinger vom ARD-Hauptstadtbüro berichtete, dass sich viele der eingereichten Beiträge mit der AfD befassten. Der dritte nominierte Beitrag stammt aus dem „Zeit-Magazin“, „House of Cars“ ist der Beitrag der „Zeit“-Redakteurin Heike Faller überschrieben. Die Autorin spürt den Mechanismen des Lobbyismus nach, will herausfinden, wie Interessenvertreter in Berlin und Brüssel die Fäden ziehen, um Entscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dazu lässt sie Abgeordnete, Fraktionsmitarbeiter und Politikwissenschaftler zu Wort kommen. Am Ende der Recherche sei sie überzeugt gewesen, dass sich Volkes Wille in Gesetzgebung übersetzt. Die Leute wollten saubere Luft, eine funktionierende Autoindustrie und „dicke Autos“, alles gleichzeitig. „Die Luft ist sauberer ge-

worden“, sagte Faller. Man könne sehen, dass „wir nicht allein im Griff von Wirtschaftsinteressen sind“.

Beitrag zur Demokratie „Der Medienpreis soll die kritisch wachsame Beziehung zwischen Bundestag und Journalismus fördern“, betonte Wolfgang Schäuble. „Größte Sorge“ sei es, dass Medien nicht mehr vertraut werde, wenn von „Lügenpresse“ und „Wahrheitsverdrehung“ die Rede sei. Der Journalismus müsse sein Augenmerk noch mehr auf den „Faktencheck“ richten. Die allermeisten Journalisten verstoßen nach Ansicht Schäubles nicht gegen journalistische Grundsätze. Die für den Medienpreis nominierten Beiträge zeigten, wie gut der Journalismus in Deutschland sei. Schäuble zeigte sich zuversichtlich, dass die Medien auch künftig einen wichtigen Beitrag zur Stabilität der Demokratie leisten werden. Seit 1993 vergibt der Deutsche Bundestag den Medienpreis. Mit ihm werden hervorragende publizistische Arbeiten in Zeitungen, Print- und Online-Medien, Rundfunk und Fernsehen ausgezeichnet, die zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen und zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen. Volker Müller

AfD-Kandidaten nicht gewählt

KULTUR Erneut haben die Kandidaten der AfD-Fraktion die erforderliche Mehrheit für die Wahl in das Kuratorium der „Bundesstiftung Magnus Hirschfeld“ und in das Kuratorium der „Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ verpasst. Zum vierten Mal in Folge stimmten in der vergangenen Woche alle anderen Fraktionen bei einigen Enthaltungen gegen die Wahl der AfD-Abgeordneten Nicole Höchst (AfD) und Petr Bystron (AfD) in das Kuratorium der Hirschfeld-Stiftung. Bereits bei den Wahlen im Februar dieses Jahres und im November und Dezember 2018 wurden beide Kandidaten abgelehnt. Zweck der Stiftung ist die Förderung von Bildung, Wissenschaft und Forschung, um die nationalsozialistische Verfolgung Homosexueller und das Leben und Werk des Sexualwissenschaftlers Magnus Hirschfeld (1868-1935) in Erinnerung zu rufen sowie der Diskriminierung von Homosexuellen in der Gesellschaft entgegenzuwirken. Ebenfalls mit den Stimmen aller anderen Fraktionen bei einigen Enthaltungen wurde die Wahl des AfD-Abgeordneten Uwe Witt in das Kuratorium der Stiftung des Holocaustmahnmal abgelehnt. Damit verpasste auch Witt nach vergeblichen Kandidaturen im November und Dezember 2018 sowie im Januar 2019 zum vierten Mal in Folge die erforderliche Mehrheit der Stimmen. Im Kuratorium sind alle Fraktionen des Bundestages, die Bundesregierung, das Land Berlin, der Zentralrat der Juden, der Förderkreis Denkmal für die ermordeten Juden Europas, die Jüdische Gemeinde Berlin, das Jüdische Museum Berlin, die Stiftung Topographie des Terrors und die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland vertreten. aw

KURZ NOTIERT

Linke will Einrichtung eines deutsch-polnischen Museums

Die Fraktion Die Linke setzt sich für die Einrichtung eines deutsch-polnischen Museums ein. In einem Antrag (19/8356) fordert sie die Bundesregierung auf, bei den nächsten Regierungskonsultationen über die Gründung eines binationalen Museums mit Standorten in beiden Ländern Gespräche zu führen. Zudem soll eine Kommission mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft beider Länder eingesetzt werden, die bis zum 1. September 2020 erste Überlegungen zur inhaltlichen Konzeption und rechtlichen Verfasstheit des Doppelmuseums vorlegen soll. Das Museum soll einen Beitrag zur Verbesserung des deutsch-polnischen Verhältnisses und der Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte beider Länder leisten. aw

FDP fordert Aufarbeitung von kolonialen Kulturgütern

Nach dem Willen der FDP-Fraktion sollen alle bundeseigenen Museen verpflichtet werden, im Geiste der Washingtoner Erklärung mit den Anspruchsberechtigten zu einer Lösung über unrechtmäßig erworbene Kulturgüter aus kolonialen Kontexten kommen. In dem entsprechenden Antrag (19/8545) fordert sie die Bundesregierung auf, eine Ethikkommission einzurichten, die in Streitfällen eine Empfehlung für oder gegen die Rückgabe der Kulturgüter aussprechen soll. Zudem sollen die Mittel für Provenienzforschung erhöht werden. aw

Die Zukunft im Bundesarchiv

STASI-AKTEN Konzept für zukünftigen Aufarbeitung der Unterlagen

Die Stasi-Akten sollen in die Verantwortung des Bundesarchivs überführt und dort ein Organisationsbereich Stasi-Unterlagen-Archiv „unter herausgehobener Leitung“ eingerichtet werden. Die sieht das gemeinsame Konzept (19/8201) des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, und des Präsidenten des Bundesarchivs, Michael Hollmann vor. Im Juni 2016 hatte der Bundestag die beiden Institutionen mit der Ausarbeitung eines Konzeptes zur Überführung der Akten in das Bundesarchiv beauftragt, das zugleich das Recht auf persönliche Akteneinsicht nach den Vorgaben des Stasi-Unterlagen-Gesetzes ermöglicht. Das Stasi-Unterlagen-Archiv umfasst etwa 111 Kilometer an Akten, 1,8 Millionen Fotos und 2.800 Filmdokumente. Räumlich soll das Stasi-Akten-Archiv aber weiterhin auf dem Gelände des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR in Berlin-Lichtenberg verbleiben. Dort soll ein Archivzentrum entstehen, das die fachgerechte Aufbewahrung der Akten garantiert und den Zugang für Wissenschaftler, Journalisten und Privatpersonen erleichtern soll. Neben den Stasi-Akten sollen dort auch die Bestände der zentralen DDR-Behörden, das Archiv der SED sowie der Massenorganisationen der DDR und die Bibliothek der Stiftung Partei- und

Massenorganisationen der DDR untergebracht werden. Zudem sollen Restaurationswerkstätten und ein Kompetenzzentrum für Digitalisierung eingerichtet werden. Die bislang zwölf Außenstellen der Stasi-Unterlagenbehörde in den ostdeutschen Ländern sollen auf jeweils einen Archiv-Standort pro Land reduziert werden, Beratung und Antragstellung aber in den

übrigen Standorten weiterhin erhalten bleiben. Über das Konzept wird abschließend der Bundestag entscheiden. Im April 2016 hatte bereits eine Expertenkommission die Überführung der Stasi-Akten in das Bundesarchiv und die Reduzierung der Außenstellen empfohlen. Dies war jedoch auf heftige Kritik ehemaliger DDR-Bürgerrechtler und Opferverbände gestoßen. Der Bundestag hatte daraufhin die Entscheidung über die Zukunft der Stasi-Unterlagen-Behörde verschoben und Jahn und Hollmann mit dem Konzept beauftragt. Das Interesse an den Stasi-Akten ist weiterhin hoch. Im Jahr 2017 wurden fast 49.000 Anträge auf persönliche Akteneinsicht bei der Behörde gestellt, 2018 waren es rund 45.000. Dies geht aus dem 14. Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten hervor (19/8200). Insgesamt sind seit Bestehen der Stasi-Unterlagen-Behörde rund 3,2 Millionen Anträge auf Akteneinsicht gestellt worden. aw



Roland Jahn

Anzeige

Ein Spannungsverhältnis in Gegenwart und Zeitgeschichte

Populismus und Demokratie
Interdisziplinäre Perspektiven
Herausgegeben von Prof. Dr. Eckhard Jesse, Prof. Dr. Tom Mannewitz und Dr. Isabelle-Christine Panreck
2019, 375 S., brosch., 74,- €
ISBN 978-3-8487-5291-1
(Extremismus und Demokratie, Bd. 37)
nomos-shop.de/39862

Populismus setzt die heutige Demokratie unter Druck, doch der Konflikt um deren Prinzipien hat Geschichte: Der Sammelband analysiert interdisziplinär das komplexe Zusammenspiel von Parteien, Verbänden und Wahlen im Streit um die Ausgestaltung der Demokratie, ohne die theoretischen Prämissen auszuspüren.

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



AUFGEKEHRT

Die Schweiz gegen die Welt

Bürger, zieht Euch warm an. Mit dem Bargeld, immer ein Stück Freiheit und bei den Deutschen sehr beliebt, geht es zu Ende. Fröstelt vor dem nächsten Abschwung, überlegen mächtige Weltenlenker wie der Internationale Währungsfonds (IWF), wie ein Bargeldverbot durchzusetzen ist. Denn nach der Null-Zinspolitik der Zentralbanken braucht man Minuszinsen, um den lahmen Markt zu „beleben“. Bargeldbesitz, ob unter dem Kopfkissen oder anderswo, muss bestraft werden. Nur so sind Minuszinsen durchsetzbar, sagt der IWF. Und will einen höheren Kurs für Buchgeld und einen schlechteren für Bargeld. Das läge im Trend gegen das Bargeld. In Skandinavien spielen Münzen und Scheine fast keine Rolle mehr, weil überall bargeldlos bezahlt wird. Und immer mehr Länder ziehen große Banknoten wie die 500-Euro-Scheine aus dem Verkehr – vorgeblich, um Kriminalität zu bekämpfen. Den lilafarbenen Euro-Fünfhunderter drucken inzwischen fast alle Zentralbanken nicht mehr, die Deutschen und Österreicher geben die Note nur noch bis Ende April heraus. Gegen diesen allmächtigen Trend wehrt sich nur einer: die Schweiz. Seit Wilhelm Tell und Rütli-Schwur stand sie stets auf der Seite der Schwachen und Gerechten – so lehren uns jedenfalls die Mythen der Eidgenossen. Jetzt hat die Schweizerische Nationalbank ganz auf Tells Spuren beschossen, den 1.000-Franken-Schein nicht etwa verschwinden zu lassen, sondern neu aufzulegen. Das Geld ist sehr beliebt: 60 Prozent der Schweizer Banknoten im Wert von 77 Milliarden Franken entfallen auf die Tausender. Wollen die Schweizer dem Rest der Welt so ein Schnippen schlagen und Fluchtgeld aus aller Welt anlocken? Welche Hintergedanken unsere tüchtigen Nachbarn auch haben: Wirtschaftlich erfolgreich sind sie jedenfalls. *Hans Krump*

VOR 70 JAHREN...

Einer für alle, alle für einen

4.4.1949: Nato in Washington gegründet. „Wir hoffen, mit diesem Pakt einen Schutzschild zu errichten, ein Bollwerk gegen Aggression und Angst.“ US-Präsident Harry Truman brachte auf den Punkt, was viele Staaten im Westen als notwendig ansahen. Kaum war der Zweite Weltkrieg gewonnen und die „deutsche Gefahr“ besiegt, lauerte eine neue Gefahr: die sowjetische. Um zu



Der Blick auf das heutige Nato-Hauptquartier im belgischen Brüssel

verhindern, dass der einstige Verbündete aus Moskau seinen Einfluss weiter nach Westen ausdehnt, gründeten am 4. April 1949 zwölf Staaten auf Initiative der USA die Nato – die Bundesrepublik Deutschland war nicht dabei. Neben den USA unterzeichneten in Washington – bis 1952 Sitz des Nato-Hauptquartiers – die Benelux-Staaten, Kanada, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Norwegen und Portugal den Nordatlantiktakt. Dabei verpflichteten sich die Mitgliedstaaten, sich im Angriffsfall gegenseitig beizustehen. Die Sowjetunion verstand die Nato allerdings nie als Verteidigungsbündnis, sondern als potenziellen Aggressor. Besonders als 1955 die Bundesrepublik, der der Westen 1949 noch mit Skepsis begegnet war, der Nato beitrat, wurde die Kritik aus Moskau laut. Als Gegenstück gründete die UdSSR mit mehreren osteuropäischen Staaten den „Warschauer Pakt“. Er bestand bis 1991. Erst 20 Jahre später, nach den islamistischen Anschlägen in New York und Washington, rief die Nato zum ersten Mal den sogenannten Bündnisfall aus. Heute umfasst das Bündnis 29 Mitgliedstaaten, darunter auch mehrere ehemalige Staaten des „Warschauer-Pakts“ – zum Missfallen Moskaus. *Benjamin Stahl*



ORTSTERMIN: LESUNG ZUM KRIEG IM NETZ



Vizepräsidentin Petra Pau (Die Linke, links im Bild) diskutierte mit den Autoren Constanze Kurz und Frank Rieger in der Bundestagsbibliothek. © Deutscher Bundestag/Achim Melde

Kampf in einem Spiegellabyrinth

„Immer mehr in unserer Welt ist von digitalen Systemen abhängig“, leitete Internet-Spezialist Frank Rieger die Lesung aus dem Buch „Cyberwar – die Gefahr aus dem Netz. Wer uns bedroht und wie wir uns wehren können“ vergangene Woche in der Berliner Bundestagsbibliothek ein. Zusammen mit Co-Autorin Constanze Kurz vor einen Jahr geschrieben, wolle das Buch einen Diskussionsbeitrag zur Motivation, den Strategien und Werkzeugen von Hackern leisten. Dazu gehöre auch zu erklären, wie sich diese Welt verändert habe – „vom Hobbybereich zu, im weitesten Sinn, Auftragschackerei“, sagte Kurz, die bereits Sachverständige in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Bundestages war. „In meinem Amt bin ich für Fragen der Datensicherheit und der Infrastruktur des Bundestags zuständig“, leitete Vizepräsidentin Petra Pau (Die Linke) die Lesung ein. Sie frage sich aber auch als langjährige Innenpolitikerin, was die Digitalisierung mit der Demokratie mache und ob „die Chancen groß und die Gefahren riesig“ seien, sagte Pau mit Blick auf den Datenschutz und Bürgerrechte.

In Zeiten umfassender Digitalisierung sei die Angreifbarkeit gestiegen, erklärte Kurz. Eine herausragende Rolle komme, was Spionage und Sabotage angehe, der Stuxnet-Cyberattacke der USA und Israels im Jahr 2010 zu, durch die tausende Uranzentrifugen des Iran beschädigt wurden. „Dieser mit hohem Aufwand geführte Angriff gilt als Startschuss für Cyberwars und hat die Welt verändert, denn mehrere Wellen von Angriffen folgten.“ Herausfinden zu wollen, von wo ein Angriff komme, sei „Kaffeetableserei“, ordnete sie diese veränderte Angriffslage ein. Cyberattacken seien zudem nicht isoliert zu betrachten, sondern immer eingebettet in ein größeres strategisches Ziel. Dazu gehöre auch, dass der Informationsraum verändert und die öffentliche Meinung in anderen Ländern manipuliert werde – eine nicht unwesentliche Rolle komme dabei auch den sozialen Medien mit ihrer Markt- und Manipulationsmacht zu, kritisierte Rieger. Mit dieser Tendenz einher gehe auch die Dekonstruktion von gesellschaftlichen Fixpunkten und das Ziel, die Herausbildung eines Konsenses zu verhindern.

„Aus moralischer und historischer Perspektive sollten wir in Deutschland als Vorbild bei digitalen Angriffen fungieren“, plädierte Rieger und verwies darauf dass ein „Zurückschlagen“ schwer sei, wenn nicht klar ist, wer überhaupt angreife. Eine Abschreckungslogik und der Aufbau von Bedrohungspotenzial funktionierten nicht, da der Gegner auch an anderer Stelle zuschlagen könne. „Wir haben beim Stuxnet-Angriff gesehen, dass sich die Vergeltung der Iraner nicht direkt gegen die USA richtete, sondern gegen Saudi Arabien als wichtigen Partner. Das ist also ein Kampf in einem Spiegellabyrinth“, sagte er. Sinnvoller sei es, eine defensive und langfristige Strategie zu entwickeln und nicht etwa einer Angriffslogik zu folgen, plädierten die Internet-Spezialisten und Chaos Computer Club-Sprecher. „Dazu gehört auch eine innenpolitische Debatte darüber, wo der Staat Sicherheitslücken kauft und wo Grenzen sind“, sagte Kurz. Eine solche Strategie müsse die Bildung und die Softwareinfrastruktur verbessern und auch internationale Abkommen umfassen. *Lisa Brübler*

LESERPOST

Zur Ausgabe 6-7 vom 04. Februar 2019, „Volle Energie oder halbe Kraft?“ auf Seite 3:

Nachdem die Strompreise in Deutschland mit der fortschreitenden Energiewende die Spitze aller europäischen Staaten erreicht haben, ist es sehr lobenswert, dass Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) die Stromverbraucher vor einem weiteren Anstieg der Strompreise durch den Umstieg von Kohle auf erneuerbare Energien mittels zwei neuer Gesetze schützen will. Die Kohlekommission hat am 25. Januar 2019 beschlossen 2038 aus der Stromerzeugung mittels Kohlekraftwerke auszusteigen. Einen Tag zuvor hatte die „Natur“ beschlossen, aus der Wind- und Solarstromerzeugung auszusteigen: Es gab den ganzen Tag über keinen Wind und die Sonne schien auch nicht. In Bayern waren die Photovoltaikanlagen mit Schnee zu-

gedeckt. Ebenso wie die Naturgesetze nicht dem Gesetzgebungsprozess im Deutschen Bundestag folgen, tun das Wind und Sonne auch nicht zur Gewährleistung unserer Stromversorgung. Der Gesetzgeber sollte schon zur Kenntnis nehmen, dass die Natur deren Be-

schlüssen nicht folgt. Leider wird im Abschlussbericht der Kohlekommission in keinem einzigen Diagramm anhand der Leistungsganglinien aufgezeigt, warum die Stromerzeugung trotz zunehmender Wind- und Solaranlageninvestments zu Lasten aller Stromverbraucher, nicht möglich ist und ohne bezahlbare Stromspeicher auch zukünftig nicht möglich sein wird. Es fehlt der Kommission, offenbar aufgrund mangelnden Fachwissens, an Demut zu bekennen, dass man zur Überbrückung von nur fünf Flauteagen rund acht Terrawattstunden benötigt, für die aber keine Stromspeicher verfügbar sind. Meiner Meinung nach werden diese auch in denkbaren Zukunft zu bezahlbaren Kosten, im Wettbewerb zu noch neu zu errichtenden Gasturbinen, nicht verfügbar sein.

BUNDESTAG LIVE
Topthemen vom 03. – 05.04.2019
Soziale Absicherung in der EU (Do) Tariffindung (Fr)
Phoenix überträgt live ab 9 Uhr
Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

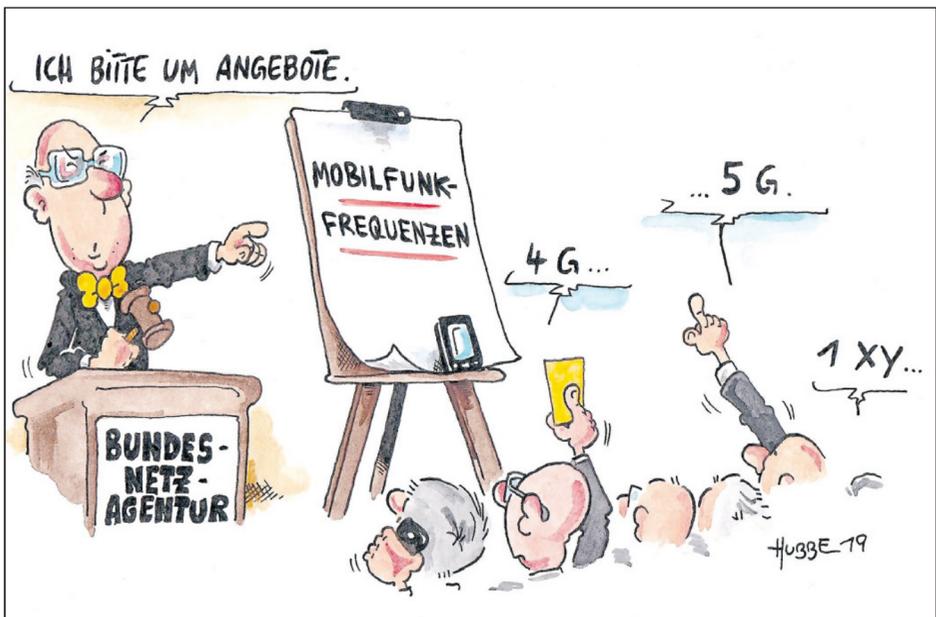
Helmut Alt, Aachen

Schröder feiert 75. Geburtstag

Mit seinem Namen sind vor allem soziale Reformen und die Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik verbunden: Altbundeskanzler Gerhard Schröder vollendet am 7. April sein 75. Lebensjahr. Als Nachfolger Helmut Kohls trat er das Amt am 27. Oktober 1998 an und stand bis zum 21. November 2005 an der Spitze der ersten rot-grünen Bundesregierung. Obwohl erst am Ende des Krieges geboren, spiegeln sich dessen Folgen in Schröders Vita wie bei keinem seiner Vorgänger wider. Wie Millionen andere Kinder wuchs er ohne Vater auf. Nach der kaufmännischen Lehre und der Erlangung der Hochschulreife studierte er Rechtswissenschaften und wurde 1978 Rechtsanwalt in Hannover. Schröder trat 1963 der SPD bei, amtierte von 1978 bis 1980 als Bundesvorsitzender der Jungsozialisten und von 1983 bis 1993 als Chef des SPD-Bezirks Hannover. Erst niedersächsischer Landesvorsitzender stand er von 1999 bis 2004 an der Spitze der Bundespartei. Parallel dazu verlief seine parlamentarische Laufbahn. 1980 wurde er erstmals in den Bundestag gewählt, wechselte aber 1986 in die Landespolitik und war zwischen 1990 und 1998 Ministerpräsident in Hannover. Die im März 2003 verkündete „Agenda 2010“ gilt als eine der einschneidenden Veränderungen innerhalb des Sozialsystems und des Arbeitsmarkts. Seine von den Folgen des Terrors vom 11. September 2001 beeinflusste Außenpolitik war sowohl von Nähe als auch von Distanz zu den USA geprägt. Die Absage einer deutschen Beteiligung am Irakkrieg verschaffte ihm über Parteigrenzen hinweg Ansehen. Die Zeit nach seinem Amt führte ihn zu Wladimir Putins Ölindustrie, wofür er heftig kritisiert wurde. Schröder wies jedoch immer darauf hin, dass er in Russland deutsche Interessen vertrete. Als diskreter Vermittler in humanitären Angelegenheiten unterwegs, genießt er weiter ein hohes Ansehen. *bmh*



SEITENBLICKE



PERSONALIA

>Uwe Beckmeyer
Bundestagsabgeordneter 2002-2017, SPD

Uwe Beckmeyer wird am 26. März 70 Jahre alt. Der Erziehungswissenschaftler aus Bremen trat 1969 der SPD bei, war dort von 2006 bis 2010 Landesvorsitzender und gehörte 16 Jahre der Bürgerschaft an. Von 1987 bis 1999 amtierte er als Senator. Beckmeyer, der sich im Bundestag im Verkehrsausschuss engagierte, amtierte von 2013 bis 2018 als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft.

>Carl-Dieter Spranger
Bundestagsabgeordneter 1972-2002, CSU

Am 28. März vollendet Carl-Dieter Spranger sein 80. Lebensjahr. Der Rechtsanwalt aus Ansbach wurde 1968 CSU-Mitglied, war von 1989 bis 2001 Bezirksvorsitzender seiner Partei in Mittelfranken und gehörte von 1977 bis 2001 dem CSU-Landesvorstand an. Von 1982 bis 1991 amtierte er als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren und von 1991 bis 1998 als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. In seiner Amtszeit setzte er die neuen Richtlinien der deutschen Entwicklungspolitik um. Die Verknüpfung von Hilfeleistungen wurde fortan an die Einhaltung der Menschenrechte, an die rechtsstaatliche Regierungspraxis sowie an die Berücksichtigung der sozialen Lage ärmerer Bevölkerungsschichten in den Empfängerländern geknüpft. Spranger gehörte zuletzt dem Auswärtigen Ausschuss an.

>Hans-Dirk Bierling
Bundestagsabgeordneter 1990-2002, CDU

Hans-Dirk Bierling begeht am 29. März seinen 75. Geburtstag. Der Diplom-Ingenieur aus Großenhain/Kreis Meißen trat 1972 der CDU in der DDR bei und war 1989/90 Mitglied des Parteivorstands der CDU Ost. 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer an. Im Bundestag engagierte sich Bierling im Auswärtigen Ausschuss.

>Gertrud Schilling
Bundestagsabgeordnete 1987-1990, Die Grünen

Gertrud Schilling wird am 30. März 70 Jahre alt. Die vielfältig in der Friedens- und Antiatombewegung engagierte Lehrerin aus Schotten/Vogelsbergkreis schloss sich 1979 der Partei „Die Grünen“ an. Von 1982 bis 1985 gehörte sie dem hessischen Landtag an. Im Bundestag wirkte Schilling im Verteidigungs- sowie im Innenausschuss mit.

>Martin Pfaff
Bundestagsabgeordneter 1990-2002, SPD

Am 31. März begeht Martin Pfaff seinen 80. Geburtstag. Der promovierte Volkswirt und Hochschullehrer aus Augsburg trat 1976 der SPD bei, war Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Augsburg und stand von 1991 bis 1997 an der Spitze des Bezirksvorstands Schwaben. Von 1994 bis 2006 war er Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen. Pfaff arbeitete im Bundestag im Gesundheitsausschuss mit.

>Martin Horstmeier
Bundestagsabgeordneter 1965-1983, 1986-1987, CDU

Martin Horstmeier vollendet am 1. April sein 90. Lebensjahr. Der Landwirt aus Lübbecke stand von 1959 bis 1967 an der Spitze der Westfälisch-Lippischen Landjugend und war von 1968 bis 1972 Bundesvorsitzender der Organisation. Im Bundestag engagierte sich Horstmeier vorwiegend im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung.

>Christine Lucyga
Bundestagsabgeordnete 1990-2005, SPD

Am 6. April wird Christine Lucyga 75 Jahre alt. Die promovierte Literaturwissenschaftlerin aus Rostock wurde im Herbst 1989 Mitglied des Neuen Forums und trat wenig später der SPD bei. 1990 gehörte sie der Volkskammer der DDR an. Im Bundestag arbeitete sie im Städtebau- sowie im Verkehrsausschuss mit. Lucyga war auch Mitglied des Europarats und der WEU.

>Hans Verheyen
Bundestagsabgeordneter 1983-1985, Bündnis 90/Die Grünen

Hans Verheyen wird am 6. April 75 Jahre alt. Der Diplom-Theologe aus Bielefeld zählte zu den Gründungsmitgliedern der Grünen auf Landes- und Bundesebene. Von 1980 bis 1982 war er deren NRW-Landessprecher. Im Bundestag gehörte Verheyen dem Haushaltsausschuss an. *bmh*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 08. April.

Dr. Wolfgang Schäuble, CDU, Bundestagspräsident:

Pauschalisierungen düngen den Boden von Feindschaft



Wolfgang Schäuble (*1942)
Bundestagspräsident

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in den vergangenen Tagen haben zwei Gewalttaten die Menschen auf der ganzen Welt entsetzt.

Bei einem Anschlag auf zwei

Moscheen im neuseeländischen Christchurch wurden am vergangenen Freitag mindestens fünfzig Menschen, darunter Frauen und Kinder brutal aus dem Leben gerissen – mitten im Gebet. Dutzende andere wurden schwer verletzt. Viele von ihnen kämpfen noch immer ums Überleben. Ich habe meinem Amtskollegen unsere Anteilnahme ausgesprochen und den Überlebenden unsere guten Wünsche übermittelt.

Am Montag dann wurden in Utrecht drei Menschen in einer Straßenbahn erschossen und drei weitere Personen schwer verletzt. Die Motive zu dieser Tat sind noch nicht geklärt, ein terroristischer Hintergrund wird derzeit nicht ausgeschlossen.

In Christchurch stehen wir

nicht zuletzt fassungslos vor der Brutalität eines Attentäters, der den Tatort via Facebook in die ganze Welt verlegte. Sein Morden war in Echtzeit überall zu verfolgen – und die Bilder sind heute kaum mehr aus dem Netz zu verbannen. Weil es in dieser Welt mit ihrer Sensationsgier und Lust an der Gewalt bei zu vielen keinen Anstand und Respekt mehr gibt – nicht einmal vor der Würde der Opfer und dem Leid ihrer Angehörigen. Und wir müssen auch erkennen, dass das ebenso für die Versuchung gilt, das Attentat und die Bilder davon in den

Die Wahnsinnstat zeigt, wohin verblendete Ideologie und blinder Hass führen.

internationalen Beziehungen politisch zu instrumentalisieren.

Die Tat hat offenbar ein Rechtsextremist begangen. Sein Angriff galt dem Fremden, den Muslimen. Er glaubte damit, daran lassen seine kruden Botschaften keine Zweifel, den Terror von Islamisten zu rächen – und er tötete auf diese Weise Unschuldige. Seine Wahnsinnstat zeigt, wohin verblendete Ideologie und blinder Hass führen. Wo er auftaucht, braucht es die entschiedene Gegenwehr des Rechtsstaats – so wie wir nicht nachlassen dürfen in unserem Kampf gegen die Gefahren des Islamismus.

Wir wissen heute nicht, ob die Tat in Utrecht in einem Zusammenhang mit dem Anschlag in Christchurch steht. Aber wissen eins: Gewalt gebiert regelmäßig Gewalt. Deshalb sind wir alle dazu aufgefordert, stärker zu differenzieren. Zwischen

Menschen muslimischen Glaubens und islamistischen Terroristen klarer zu unterscheiden. Unsere Worte besser zu wägen. Denn Pauschalisierungen düngen den Boden von Ressentiments und Feindschaft, auf dem Taten wie in Christchurch wachsen. Egal, ob sie sich gegen Andersgläubige richten oder gegen Menschen mit anderer Herkunft, anderem Geschlecht, anderer Sexualität.

Der Angriff in Christchurch richtete sich gegen Muslime, aber er ging gegen alles, was menschlich ist. Er war – nicht anders als der islamistische Terror – ein Anschlag auf Toleranz, auf die Glaubensfreiheit, auf die Humanität. Er traf Muslime, aber er galt all den Werten, die uns gemeinsam wichtig sind und für die wir entschiedener eintreten müssen.

Wir trauern mit den Menschen in Neuseeland und den Niederlanden. Und wir sehen unsere Pflicht, einen eigenen Beitrag dazu zu leisten, dass sich Vergleichbares nicht wiederholt.

Ich danke Ihnen.

Dr. Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin:

Unsere Art zu leben durch ein gemeinsames Europa schützen



Angela Merkel (*1954)
Bundeskanzlerin

Auch ich grüße sehr herzlich die Abgesandten des französischen Parlaments und sage für die Bundesregierung zu, dass wir mit der neugegründeten Parlamentarischen Versammlung,

die wir gestern auch im Bundestag beschlossen haben, eng, gerne und vertrauensvoll zusammenarbeiten wollen.

Meine Damen und Herren, heute und morgen findet der letzte reguläre Europäische Rat vor den Europawahlen im Mai statt. Eine Frage – das verfolgen wir alle jeden Tag – hat uns in den letzten Tagen und Wochen besonders in Atem gehalten: Wie wird der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union vonstattengehen? Leider muss ich Ihnen heute sagen, dass wir auch acht Tage vor dem formalen Ausscheiden Großbritanniens noch keine definitive Antwort auf diese Frage haben.

Die britische Premierministerin Theresa May hat gestern in einem

Brief an Donald Tusk um zwei Dinge gebeten:

Erstens. Eine positive Beschlussfassung des Europäischen Rates über das in Straßburg mit der Kommission vereinbarte Dokument, das sich mit dem sogenannten Backstop und seiner Interpretation beschäftigt. Ich glaube, dass ich heute hier sagen kann, dass wir als Europäischer Rat dieser Bitte nachkommen können, jedenfalls aus deutscher Sicht.

Zweitens. Die Bitte um eine Verschiebung des Austrittsdatums auf den 30. Juni 2019. Über diese Frage werden wir heute unter uns, den 27 Staats- und Regierungschefs, intensiv diskutieren. Diesem Wunsch können wir im Grundsatz entsprechen, wenn wir in der nächsten Woche ein positi-

ves Votum zu den Austrittsdokumenten im britischen Parlament bekommen würden. Allerdings müssen wir beim konkreten Datum – 30. Juni 2019 – darauf achten, dass wir Ende Mai die europäischen Wahlen haben. Das heißt, die Zukunft und die Rechtmäßigkeit der Europawahl muss berücksichtigt werden; aber über eine kurze Verlängerung kann man dann sicherlich positiv reden.

Tiefer gehende Diskussionen über unser Verhalten werden wir aber für den Fall führen, dass es in der nächsten Woche zu keinem positiven Votum oder keinem Votum des britischen Parlaments kommt. Dann werden wir uns offenhalten, ob es zu einem weiteren Treffen des Europäischen Rates vor dem Austrittsdatum kommen muss.

Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass wir eine geordnete Lösung des Austritts Großbritanniens brauchen. Das ist nicht nur im Interesse Großbritanniens – das wird in Großbritannien selbst diskutiert –, sondern das ist vor al-

lem auch im deutschen Interesse und im Interesse der 27 Mitgliedsstaaten. Ich bin überzeugt, dass das zentrale Problem, das ja im Grunde im Raume steht, letztendlich mit der Irland-Frage zu tun hat, mit dem Verhältnis der Republik Irland zu Nordirland als Teil des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland, und dass es immer wieder um diese schwierige Thematik geht: Wie kann man im Blick auf die zukünftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und

Fortsetzung auf nächster Seite

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentarischen Fernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.
www.bundestag.de/live/tv/index.html

Großbritannien einerseits die Integrität des Binnenmarktes sichern, wenn es keine Zollunion geben soll – das hat ja das britische Parlament so entschieden –, und gleichzeitig das sogenannte Good Friday Agreement erfüllen, bei dem Grenzkontrollen zwischen Nordirland und der Republik Irland ausgeschlossen sind?

Dass das keine einfache Aufgabe ist, liegt auf der Hand. Aber wenn man eine geordnete Lösung will, muss man auch in den verbleibenden Tagen alle Kraft darauf lenken, dies möglich zu machen. Ich glaube, durch die Austrittsdokumente, insbesondere die Ergänzung von Straßburg, sind hier wichtige und aus meiner Sicht auch ausreichende Schritte gemacht worden.

Unabhängig vom Ausgang des Austritts streben wir aber vor allem zukünftig gute und enge Beziehungen zueinander an; ich habe das hier oft gesagt. Das gilt für die Außen- und Sicherheitspolitik, in der die Zusammenarbeit mit Großbritannien in der NATO und in den Vereinten Nationen unverändert sehr intensiv fortgesetzt werden soll. Und wenn wir als Europäer über die Verbesserung unserer Handlungsfähigkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen von NATO

und Vereinten Nationen nachdenken, dann muss das Vereinigte Königreich immer Teil unserer Überlegungen sein.

Das gilt aber auch für die Zusammenarbeit in der inneren Sicherheit; der Bundesinnenminister hat darauf immer wieder hingewiesen. Wir haben eine sehr enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Das gilt auch für die Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Forschung, in denen in den letzten Jahrzehnten enge und fruchtbare Beziehungen entstanden sind. Internationale Forschungszentren wie das Genfer Kernforschungszentrum CERN oder die Internationale Raumstation ISS zeigen uns Tag für Tag, was wir leisten können, wenn wir eng zusammenarbeiten.

Es bleibt der Sachverhalt: Nach dem Austritt Großbritanniens werden die Beziehungen zu Großbritannien nicht so eng sein können, wie wenn Großbritannien Teil der Europäischen Union ist. Aber die Tür für eine enge Zusammenarbeit in Freundschaft und zum gegenseitigen Nutzen steht von unserer Seite weit offen.

Sosehr wir auf eine geordnete Lösung hinarbeiten, so sehr bereiten wir uns allerdings seit Wochen und Monaten darauf vor, dass es

auch einen unregelmäßigen Austritt Großbritanniens geben kann. Dazu wurden auf europäischer Ebene und auf nationaler Ebene, auch hier im Parlament, eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen. Auf europäischer Ebene wurden Regelungen getroffen, die auch nach einem unregelmäßigen Austritt Großbritanniens den Flug- und Güterverkehr zwischen der Europäischen Union und Großbritannien zunächst einmal sicherstellen. Erasmus-Studierende sollen ihre Studien ohne Einschränkungen fortführen können. Britische Staatsbürger sollen für Kurzaufenthalte in der EU-27 von der Visumpflicht befreit sein.

Auch hier in diesem Hohen Hause haben wir viele Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die größten Härten abzufedern. So sollen etwa britische Staatsbürger, die bei uns eine neue Heimat gefunden haben, auch weiter hier rechtssicher leben und arbeiten können. Wir haben Fragen zur Krankenversicherung in beiden Ländern gelöst und unsere Personalkapazitäten beim Zoll deutlich aufgestockt, um Engpässe bei der Warenabfertigung zu vermeiden.

Ich darf heute für die Bundesregierung sagen: Auch wenn wir die wichtigsten Notfallmaßnahmen bereits getroffen haben, werden wir uns, trotz dieser getroffenen Maßnahmen, bis zum letzten Tage – ich sage: bis zur letzten Stunde – dafür einsetzen, dass diese Notfallplanung nicht zum Tragen kommt, sondern dass wir auch in den verbleibenden, zugegebenermaßen wenigen Tagen alles daran setzen, eine geordnete gemeinsame Lösung hinzubekommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so schmerzhaft der Austritt Großbritanniens auch ist, so haben wir natürlich trotzdem sehr viel zu tun und müssen uns darauf konzentrieren – das haben wir in den vergangenen Jahren auch getan –, uns mit der Zukunft der Europäischen Union der 27 Mitgliedstaaten in einer Welt zu beschäftigen, die sich zehn Jahre nach dem Vertrag von Lissabon, zehn Jahre nach der Finanzkrise und 30 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs erkennbar global neu ordnet.

Neue Wirtschaftsmächte aus Asien, allen voran China, stellen unsere Art, zu wirtschaften und zu handeln, vor neue Herausforderungen; ich würde sagen: vor fundamentale Herausforderungen. Wir erleben, dass der Multilateralismus zunehmend unter Druck gerät. Das System der multilateralen Zusammenarbeit hat uns in

den vergangenen Jahrzehnten eine bisher nie dagewesene Epoche des Friedens und des Wohlstands gebracht, und das steht für uns nicht zur Disposition. Wir gründen unsere Arbeit weiter auf die multilaterale Zusammenarbeit zum Gewinn aller.

Europa hat als gestaltende Friedensmacht heute einen festen Platz in der internationalen Politik. Die Rolle Europas wird in den nächsten Jahren allerdings zunehmen. Europa ist ein Hort der Demokratie und Menschenrechte, trotz aller Anfechtungen, die wir auch innerhalb der Europäischen Union spüren. Europa ist ein Ort, an dem Minderheiten vor Verfolgung geschützt werden. Europa bedeutet Freiheit, zu sagen, und es bedeutet eben auch, sagen zu können, schreiben zu können, glauben zu können, was jeder für richtig hält – natürlich im Rahmen unserer rechtlichen Ordnung.

Auf dieser Wertebasis hat Europa seinen Bürgerinnen und Bürgern in der Vergangenheit zwei große Versprechen gegeben, die es auch in der Zukunft gilt einzuhalten: auf der einen Seite das Wohlstandsversprechen und auf der anderen Seite das Sicherheitsversprechen.

Angesichts der weltweiten Dynamik ist es nicht mehr selbstverständlich, dass wir diese Versprechen auch so einfach einhalten können. Deshalb ist es folgerichtig, dass die Debatte über unser Wohlstandsversprechen ein wichtiges Thema des heutigen und morgigen Europäischen Rates ist.

Wir können sagen, dass zehn Jahre nach dem Ende der internationalen Finanzkrise Europa insgesamt wieder mit einer besseren Bilanz dasteht. Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf einem Tief, auch wenn immer noch viel zu viele Menschen, vor allen Dingen junge Menschen, ohne Arbeit sind. Die Staatsverschuldung ist insgesamt leicht zurückgegangen. Für Deutschland können wir immerhin konstatieren, dass wir die 60-Prozent-Marke der Verschuldung in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt unterschritten haben.

In den vergangenen Jahren ist die Wirtschaft der Europäischen Union als Ganzes gewachsen. Wir verzeichnen seit zwei Jahren in jedem einzelnen Mitgliedstaat der Europäischen Union Wachstum, auch wenn sich die Aussichten zuletzt etwas eingetrübt haben. Wir sehen also, dass die Entwicklung in die richtige Richtung geht. Aber ich sage ganz deutlich: Das reicht nicht aus, um in vielen Bereichen mit der Weltspitze mithalten oder sie sogar zu definieren.

Zwei Bereiche ragen hier heraus. Das Erste ist, dass wir alles tun müssen, um unsere gemeinsame Währung zu festigen. Hier ist vie-

les entstanden; hier ist auch sehr viel gearbeitet worden. Ich möchte dem Bundesfinanzminister dafür danken. Wir haben Fortschritte bei der Banken- und Kapitalmarktunion gemacht, aber es geht jetzt darum, sie schnell zu vollenden. Und dabei gilt für uns natürlich: Ohne Risikoabbau kann es auch keine Risikoteilung geben.

Aber das bewusste Einsetzen für einen starken Euro ist mehr als eine finanzpolitische Sache; denn das wird außerhalb Europas als ein Signal verstanden, dass Europa bereit ist, zusammenzustehen, dass Europa bereit ist, den Binnenmarkt auch wirklich zu leben, dass Europa einheitlich auftreten will.

Sie wissen, dass es den Finanzministern gelungen ist, beim Euro-Zonenbudget deutlich voranzukommen, um unsere Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz weiter zu stärken. Ausgangspunkt hierzu waren die deutsch-französischen Einigungen.

Wir arbeiten mit einer Reihe von Mitgliedstaaten weiter entschlossen an der Einführung einer gemeinsamen Finanztransaktionssteuer. Allerdings ist die Geschichte der Schaffung dieser Steuer natürlich alles andere als eine einfache Sache. Und es zeigt sich: Wenn wir nicht globale Übereinstimmung über bestimmte Dinge haben, dann ist es auch sehr schwer, sie lokal in der Europäischen Union umzusetzen. Nichtsdestotrotz haben wir jetzt die Chance, einen ersten Schritt zu machen. Dafür noch einmal Dank an Olaf Scholz!

Meine Damen und Herren, es geht neben der Festigung der Währung zweitens darum, im Zeitalter der Digitalisierung zukünftig Arbeitsplätze in Europa nicht nur zu erhalten, sondern auch neue zu schaffen. Unstrittig ist dafür die europäische Industrie der Schlüssel. Sie steht für 80 Prozent unserer Exporte, und sie steht für 30 Millionen Arbeitsplätze in der Europäischen Union. Aber unstrittig ist auch, dass diese industrielle Basis vor großen Herausforderungen steht.

Vieles ist heute definiert über das Management von großen Datenmengen, Big Data, und über die künstliche Intelligenz. Daran wird sich entscheiden, wie die Produkte von morgen aussehen. Aber nur ein kleiner Teil der europäischen Unternehmen bestimmt dabei den Gang der Dinge. Viel zu viele Innovationen kommen aus den Vereinigten Staaten von Amerika und aus Asien. Da gilt es, in einem fairen Wettbewerb aufzuholen.

Natürlich lebt unsere industrielle Basis vom Mittelstand. Aber die Wahrheit ist auch, dass mit Blick auf Plattformen, Wirtschaft und anderes große Player notwendig sind, um Marktmacht zu erreichen und dem Mittelstand eine Entwicklungschance zu geben. Deshalb werden wir morgen auf dem Europäischen Rat über strategische Fragen der Industriepolitik sprechen. Deutschland und Frankreich haben hierfür einen Vorschlag gemacht. Viele andere Mitgliedstaaten haben auch ihre Vorstellungen eingereicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte uns, nicht immer reflexartig darauf zu reagieren, wenn es um Industriepolitik und um strategische Industriepolitik geht.

Das heißt mitnichten, dass der Staat an die Stelle der Wirtschafts-

unternehmen tritt. Ich mache es an einem Beispiel deutlich: Wenn wir im Bereich der Automobilindustrie eine Vielzahl von ordnungsrechtlichen Regelungen machen, insbesondere im Bereich des Klimaschutzes, wenn wir vorgeben, dass bis 2030 die Pkw-Flotten der einzelnen Hersteller die CO₂-Emissionen gegenüber 2020 um 37,5 Prozent mindern müssen, wenn wir feststellen, wie die Lkws sich entwickeln, wenn wir jahresscheibengerecht im Nicht-ETS-Bereich, also im Nichtversteigerungsbereich von Zertifikaten, festgelegt haben, wie hoch die CO₂-Emissionen jedes nationalen Staates in der Europäischen Union in den nächsten Jahren bis 2030 sein werden, dann kann man doch nicht blind einfach sagen: Das machen wir alles ordnungsrechtlich als Leitplanken, aber um die Frage, wie sich die Mobilität in Europa entwickelt, wie dabei Arbeitsplätze erhalten bleiben, machen wir uns keine Gedanken. Ich sage eindeutig: Ich stimme dem Bundeswirtschaftsminister zu, wenn er sagt: Wir können nicht einfach zusehen, wenn große Teile der Wertschöpfungskette in Europa überhaupt nicht mehr angesiedelt sind.

Deshalb ist es doch natürlich wichtig, industrielle Partner zu finden, wenn es um eine Batterie-zellenproduktion geht. Wir können doch nicht zuschauen, wenn uns Jahr für Jahr erklärt wurde, das sei vielleicht nicht so wichtig, glücklicherweise hat sich diese Meinung jetzt verändert, sondern wir müssen proaktiv und ausbrechend aus dem klassischen Beihilferahmen, der uns das nicht ermöglicht, Projekte – (Zwischenruf)

Deshalb hat die Europäische

Viel zu viele Innovationen kommen aus Amerika und aus Asien.

Die Tür für eine enge Zusammenarbeit steht von unserer Seite weit offen.

Union auch sinnvollerweise strategische Projekte definiert, die wir schon in der Chipproduktion anwenden und die wir jetzt auch in der Batteriezellenproduktion anwenden können. Nationale Fördermittel plus europäische Fördermittel können so gebündelt werden, dass wir aus dem Binnenmarkt auch wirklich Profit ziehen und transnational, nämlich über unsere nationalen Grenzen hinweg, große Innovationen begleiten. Das ist richtig, meine Damen und Herren. Deshalb ist es wichtig, dass wir über eine solche Industriestrategie sprechen.

Anders werden wir im Übrigen das Potenzial des Binnenmarktes nicht heben können, weil ansonsten jeder für sich allein arbeitet. Wir werden genauso eine Vernetzung in den Fragen der disruptiven Innovationen brauchen. Wir werden genauso eine Vernetzung brauchen bei den Fragen der Chipproduktion – das haben wir schon angestoßen – und auch bei den Vernetzungen der künstlichen Intelligenz. Deutschland und Frankreich wollen hier vorangehen.

Meine Damen und Herren, natürlich muss das alles mit den Herausforderungen zusammengedacht werden. Dazu gehört auch eine kohlenstofffreie Produktion im Laufe dieses Jahrhunderts. Der industrielle Sektor wird einen Riesenbeitrag dazu leisten müssen.

Aber zu glauben, Ordnungsrecht sozusagen in einzelnen Bereichen anzusetzen und sich ansonsten über die Gesamtentwicklung keine Meinung zu bilden, das wäre der falsche Weg. Deshalb halte ich diese Diskussion über Industriepolitik für ausgesprochen wichtig. Ein weiterer großer Punkt ist: Wie definieren wir unsere Handelsbeziehungen? Hier haben wir eine Vielzahl von Fortschritten gemacht. Ich erinnere nur an das Freihandelsabkommen mit Japan. Es stehen jetzt Gespräche mit den Vereinigten Staaten von Amerika auf der Tagesordnung. Ich sage ganz offen: Wir haben in den Gesprächen alles Interesse daran, dass wir nicht neue Zölle einführen, sondern dass wir Zölle abbauen. Dem fühlt sich die Bundesregierung verpflichtet.

Allerdings stimme ich der französischen Position zu: Wir brauchen ein Maß an Reziprozität. – Wenn wir zum Beispiel zu amerikanischen Märkten bei öffentlichen Ausschreibungen in vielen Bundesstaaten keinen Zugang haben, dann muss sich das auf die Frage „Wer hat von der amerikanischen Seite Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen in Deutschland?“ in gewisser Weise auswirken.

Die Frage der Reziprozität gilt noch mehr, wenn wir über China sprechen. Am 9. April wird es ei-

nen EU-China-Gipfel geben. Den werden wir auf dem Europäischen Rat vorbereiten. Das passt auch sehr gut zu der Diskussion über die strategischen Industriefragen. Natürlich ist auf der einen Seite China strategischer Partner, auf der anderen Seite ist China strategischer Wettbewerber. Ich bin der Europäischen Kommission sehr dankbar, dass sie ein Positionspapier ausgearbeitet und in vielen Teilen, in denen es um die Beziehungen zu China geht, klar formuliert hat, dass wir in gewisser Weise in einem Systemwettbewerb stehen. Wir setzen auf die freiheitlich geprägte soziale Marktwirtschaft; China setzt auf eine gelenkte Staatswirtschaft.

Diese Widersprüche zu benennen, heißt ja nicht, nicht gut zusammenarbeiten zu wollen. Man darf sich nur überhaupt keine Illusionen machen, dass wir in zwei unterschiedlichen Systemen arbeiten.

Deshalb kommt es darauf an – und daran hat es in der Vergangenheit sehr oft gemangelt –, dass wir als Europäische Union, als die 27 Mitgliedstaaten eine gemeinsame Position gegenüber unseren Partnern auf der Welt vertreten. Das gilt gegenüber China, das gilt gegenüber den Vereinigten Staaten und gegenüber jedem anderen Land, meine Damen und Herren.

Das zweite große Versprechen, das wir den Bürgerinnen und Bürgern Europas gemacht haben, ist das Sicherheitsversprechen. Die Einsicht, dass wir in Europa mehr Verantwortung für unsere eigene Sicherheit übernehmen müssen, teilen wir, glaube ich, alle. Das zeigen uns auch die Geschehnisse vor unserer Haustür: ob ich an die Ukraine erinnere, wo die widerrechtliche Annexion der Krim gerade noch einmal im öffentlichen Fokus stand, oder ob ich an Syrien und andere Konfliktherde erinnere. Damit Europa zukünftig Antworten auf die neuen geopolitischen Herausforderungen geben kann, müssen wir natürlich nach innen und außen die Voraussetzungen dafür schaffen.

In den letzten Jahren und auch heute noch hat uns das Thema Migration in besonderer Weise beschäftigt. Wir sind an einigen Stellen der europäischen Asylpolitik durchaus vorangekommen. Ich will an eine Selbstverständlichkeit – eigentlich – erinnern, die wir jetzt endlich in Angriff nehmen – ich bedanke mich beim Bundesinnenminister, dass das auch vorangetrieben wird –, nämlich an das EU-weite Ein- und Ausreiseregister, das 2020 dann auch wirklich funktionsfähig sein kann.

Eigentlich, das sage ich mal im

Rückblick, hätte man es mit der Einführung des Schengen-Raums sofort vereinbaren müssen. Das ist klar, wenn wir uns heute die Dinge anschauen. Es ist eigentlich eine Trivialität, dass man, wenn man einen gemeinsamen Raum hat, auch weiß, wer drin ist und wer ausreist. Aber lieber spät als nie, sage ich mal. Jetzt geht es darum, das schnell zu schaffen.

Wir haben einen besseren Schutz der Außengrenzen, wir haben auch eine neue Partnerschaft mit Afrika definiert, an deren Umsetzung wir allerdings noch viel zu arbeiten haben.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir längst nicht alles erreicht haben. Es geht jetzt um die Frage: Kann man unter den 27

Mitgliedstaaten unterschiedliche Formen der Solidarität bei dem Thema „Bekämpfung der illegalen Migration“ und bei der Einführung einer regulären, legalen Migration haben? Können Mitgliedstaaten unterschiedliche Verantwortungen übernehmen? Ich sage eindeutig: Ja. Aber ich sage auch deutlich: Es kann nicht sein, dass einzelne Mitgliedstaaten erklären, dass sie sich an einer solidarischen Verteilung von Flüchtlingen nicht, gar nicht und überhaupt nicht, beteiligen. Es geht also um Prinzipien; aber es kann natürlich ansonsten unterschiedliche Gewichte geben.

Dann, meine Damen und Herrn, geht es um unsere Handlungsfähigkeit nach außen, ich sage ausdrücklich: in Zusammenarbeit mit der Nato und nicht anderweitig, und da ist die Schaffung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit, PESCO, von großer Bedeutung.

– Von großer Bedeutung! – Sie wird dazu führen, dass wir eine militärische Kohärenz unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union erreichen, gerade auch, was die Fähigkeit im Einsatz anbelangt. Sie wird auch dazu führen, dass wir eine Rüstungsindustrie haben und Waffensysteme haben, die nicht so vielfältig sind, wie das heute der Fall ist. Vielmehr werden wir gemeinsame Waffensysteme für die Zukunft entwickeln. Das ist allemal effizienter und besser hinsichtlich des Mitteleinsatzes.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, hier sind wir in einem Gebiet, das uns alle beschäftigt und in dem es niemandem ganz leicht fällt, die Aufgaben der Zukunft auch wirklich zu akzeptieren und vollumfänglich unseren Beitrag zu leisten.

Da geht es auf der einen Seite um die finanzielle Ausstattung;

darüber ist ja ausführlich diskutiert worden. Ich bitte, dass wir nicht nur das, was wir noch nicht geschafft haben, in den Mittelpunkt stellen, sondern vielleicht auch mal das, was wir seit den Beschlüssen von Wales schon auf den Weg gebracht haben. Wir sind gestartet bei 1,18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Der gestern vorgestellte Haushaltsentwurf sagt 1,37 Prozent voraus – das in Zeiten des Wachstums. Das ist ein Schritt. Man kann sagen: „Das reicht noch nicht“, aber wir sollten uns nicht selbst demotivieren. Deshalb sage ich: Das sind wichtige Schritte, die wir gemacht haben im Hinblick auf die Bundeswehr, aber auch im Hinblick auf das Vertrauen in unsere Arbeit.

Ich sage aber auch: Wir haben für 2024 mit 1,5 Prozent eine Verpflichtung bei der NATO abgegeben. Das wirkt sich natürlich auch auf die Strukturierte Zusammenarbeit in der Europäischen Union aus, die noch nicht die Erwartungen aller im Bündnis erfüllt. Aber dass wir diese abgegebene Verpflichtung nun wirklich auch einhalten, dafür stehe ich, und dafür steht auch die Bundesregierung, meine Damen und Herren.

Das wird uns Kraft abverlangen. Dann haben wir einen zweiten Punkt. Wir alle sprechen sehr schnell von europäischen Streitkräften. Wir sprechen davon, dass wir natürlich europäische Waffensysteme entwickeln müssen. Und das wird natürlich nur in Kooperation gehen. Meine Damen und Herren, ich will jetzt hier gar keinen sozusagen ins Visier nehmen: Es ist vollkommen unstrittig, dass vernetzte Kooperation bei der Schaffung zukünftiger Waffensysteme – zum Beispiel eines zukünftigen Panzers unter deutscher Führung oder eines zukünftigen Flugzeugsystems unter französischer Führung, Verlässlichkeit zwischen den Partnern bedeutet und es nicht etwa durch Nichtlieferung von wenigen Teilen dazu kommen darf, dass andere überhaupt nicht mehr aktionsfähig sind.

Jetzt kommen wir an einen Punkt, den ich heute hier nur ganz abstrakt benennen will – ich könnte konkret das Urheberrecht nehmen, bei dem wir uns in diesen Tagen über den Artikel 13 sehr auseinandersetzen –: Wir machen hier zu Hause eine Koalitionsvereinbarung; wir schreiben etwas hinein, finden das auch alle richtig und stehen dazu. Jetzt sind wir Partner innerhalb der Europäischen Union, und jetzt kommt ein anderer Partner mit aus seiner Perspektive

genauso guten Gründen und sagt: Ich sehe das aber anders. – Beim Urheberrecht hat Frankreich gesagt: Ihr könnt nicht alle Start-ups beim Leistungsschutz ausnehmen; das geht nicht; das würde dazu führen, dass es nur noch Start-ups gibt und überhaupt keinen Leistungsschutz für die Kreativen mehr. – Wir haben gesagt: Wir sehen das ein bisschen anders. – Das Europäische Parlament, Europa, hat fast eine Dekade diskutiert, um zu einem Leistungsschutzrecht zu kommen. Müssen wir am Ende bereit sein, ein Stück von unseren Positionen abzugeben, damit auch andere Kompromisse eingehen, oder sagen wir: „Nein, einmal niedergeschrieben, Koalitionsvereinbarung 2018, null Veränderung“? Ich glaube, dann können wir keine guten Partner sein. Das ist natürlich hart, das ist schwierig, und wir werden ja nun auch versuchen, ohne die in der Richtlinie gar nicht genannten Uploadfilter auszukommen.

Ich sage das genauso für unsere Rüstungsexporte: Wenn Großbritannien oder Frankreich eine andere Haltung zu der Frage haben, wie man Einfluss auf arabische Partner nimmt, um den Jemenkrieg zu beenden, als wir, die wir ein andere Methode für richtiger halten, kann es da sein, dass wir dann sagen: „Von uns gibt es kein Teil mehr für irgendein Produkt, das in Großbritannien oder Frankreich gefertigt wird“?

Das sind die Fragen, vor denen wir stehen, und zwar nicht nur heute. Vor denen werden wir immer und immer wieder stehen. Deshalb wünsche ich mir in diesem Hohen Hause darüber eine

sehr grundsätzliche Debatte. Ansonsten gelten wir nämlich als moralisch überheblich, das kommt mir entgegen, oder wir gelten als zu prinzipientreu, oder wir gelten als kompromissunfähig. Wir können noch so

viele Lippenbekenntnisse für ein tolles Europa abgeben und dazu, wie wir alle zusammenarbeiten wollen, die Wahrheit ist konkret, meine Damen und Herren. Das ist leider in vielen Fragen der Fall.

Sind wir also bereit, dieses Europa zu stärken? Ich finde, alles spricht dafür, dass wir das tun sollten, weil 60 Jahre Freiheit, 60 Jahre Frieden, 60 Jahre Wohlstand damit verbunden sind, weil Europa bei allen Problemen, die wir haben, im Verhältnis zu vielen anderen Regionen in der Welt

Lohnt es sich, für dieses Europa weiter zu kämpfen? Ich sage: Ja.

saubere Luft und gute Bildung für unsere Kinder bedeutet, weil Europa die beste medizinische Versorgung auf der Welt bietet, die höchsten Standards beim Ver-

braucherschutz und beim Datenschutz, weil die Marktwirtschaft den Menschen Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Entfaltung und gleichzeitig sozialen Schutz bie-

tet. Lohnt es sich, für dieses Europa weiter zu kämpfen? Ich sage: Ja. Es gibt aus meiner Sicht keine Möglichkeit, anderweitig unseren deutschen Wohlstand,

unsere Art, zu leben, besser zu schützen als in einem gemeinsamen Europa. Das bestimmt das Handeln der Bundesregierung. Herzlichen Dank für Ihre Auf-

merksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD)

Dr. Alexander Gauland, AfD:

Großbritannien eine faire wie kluge Chance geben



Alexander Gauland (*1941)
Landesliste Brandenburg

Man muss nicht jede Wendung im Brexit-Drama für einen Ausweis jahrhundertalter Staatsklugheit in London halten, um dennoch hohen Respekt vor dem Ringen einer Nation um eine Grundfrage zu empfinden. England war immer zugleich drinnen und draußen, halb Europa, halb Indien, zugleich europäische Macht und Weltmacht. Wie hat es Churchill einmal so unnachahmlich literarisch gegenüber de Gaulle ausgedrückt? Wenn ich mich zwischen Ihnen und Amerika, zwischen Ihnen und dem offenen Meer entscheiden muss, entscheide ich immer für das offene Meer. – Und es wäre wirklich eine ironische Volte, sollte eine Parlamentsregel, die auf das Jahr 1604 zurückgeht, eine dritte, diesmal vielleicht erfolgreiche Abstimmung über den Deal verhindern.

Darf ich dieses Haus daran erinnern, dass die Entscheidung zum Brexit auf demokratischem Wege gefallen ist?

Die Mehrheit der Briten hat beschlossen, die EU zu verlassen. Ja, das war eine knappe Mehrheit; doch diese Konstellation ist heute normal und historisch. Bedeutende Entscheidungen sind oft durch knappe Mehrheiten herbeigeführt worden. Es war eine demokratische Entscheidung, also etwas, was in der EU eher selten vorkommt. Was wir derzeit erleben, ist der Versuch, das unerwünschte Ergebnis einer demokratischen Entscheidung vielleicht doch noch rückgängig zu machen.

Meine Damen und Herren, Spott ist kaum angebracht, wenn einer unserer ältesten und wert-

vollsten Verbündeten sich in politischen Krämpfen windet. Es sind eben nicht die Fehlinformationen der Brexit-Befürworter, die zu dieser Situation geführt haben; es sind die zwei Seelen in der Brust jedes Engländers, die dieses Dilemma herbeigeführt haben. Deshalb wäre es auch die Aufgabe der Bundesregierung, nicht beiseitezustehen und dem shakespearehaften Drama seinen Lauf zu lassen, sondern beherzt einzugreifen, Frau Bundeskanzlerin, das Paket wieder aufzuschnüren oder zumindest mit zusätzlichen Erklärungen zu versehen.

Es kann doch nicht so schwer sein, den Briten den einseitigen Ausstieg aus dem Backstop zu ermöglichen, und es fällt den 27 bei Gott kein Zacken aus der Krone, für eine kurze Übergangszeit die Niederlassungsfreiheit auszusetzen.

„Rosinenpickerei“ ist dafür das falsche Wort – angesichts eines Dramas, das die Zukunft unseres Kontinents bestimmt und darüber entscheiden wird, ob Großbritannien, das uns jahrelang in Berlin verteidigt hat, uns auch künftig freundschaftlich verbunden bleibt. Denn Verletzungen, meine Damen und Herren, an den Seelen der Völker sind schwerer zu heilen als materielle Schäden. Gerade wir Deutschen können davon ein Lied singen.

Regelbasierte Multilateralität, das kam bei Ihnen auch wieder vor, Frau Bundeskanzlerin, ist ein wohlklingendes Abstraktum, das niemanden zu seelischen Anstrengungen verführt und, von Herrn Barnier repräsentiert, eher abschreckt und spaltet als zusammenführt. Ein Appell der Bundeskanzlerin an die Verhandlungspartner, einen kleinen Schritt aufeinander zuzugehen, könnte da vielleicht Wunder wirken.

Allerdings müsste man dafür von dem Gedanken Abstand nehmen, der in Brüssel immer mitgedacht wird: die Briten dafür zu bestrafen, dass sie einen Weg gehen wollen, der in manchen Hauptstädten des Kontinents für politisch inkorrekt gehalten wird und der niemals auf eine Weise ins Freie führen darf, die Nachahmer anspornen könnte.

Doch gerade darin müsste sich die Stärke der Europäischen Union erweisen: dass sie niemanden gegen seinen Willen festhält. Es ist unsouverän und ein Zeichen von fehlendem Vertrauen in die eigene Attraktivität, wenn man sich bei einer Trennung so aufführt wie die EU momentan gegenüber den Briten.

Die Europäische Union, so ihre eifrigen Befürworter, sei kein Zwangsverband, sondern eine freiwillige Übereinkunft, die jedes Volk, jeder Staat jederzeit auflösen können, wenn sie es für nötig halten. Es ist an der Zeit, dass die europäischen Regierungen das beweisen und Großbritannien eine

ebenso faire wie kluge Chance geben, Frau Merkel. Ich appelliere an Sie: Machen Sie damit den Anfang!

Man wird nämlich den Eindruck nicht los, dass es der EU um anderes als um den Frieden in Irland geht, nämlich darum, zu verhindern, dass Großbritannien zu einem deregulierten, von niedrigen Löhnen und niedrigen Steuern geprägten Wettbewerber der EU wird. Ihr Quidproquo: Wenn Großbritannien weiter den vollen Zugang zum EU-Markt will, muss es sich weiter an die EU-Standards zu Besteuerung, Beschäftigung, zu Wettbewerb und Umwelt halten – also praktisch ein Mitglied ohne Mitspracherecht. Zartere Gemüter würden das Erpressung nennen.

Wenn wir die Zeitungen auf-

schlagen, lesen wir immer von dem wirtschaftlichen Schaden, der den Briten durch den Brexit entstehen wird. Wir lesen aber nichts über den Schaden für die EU. Denn auch wir verlieren, meine Damen und Herren: Deutschland zuvörderst.

Geben wir den Briten etwas mehr Zeit, aber nicht das Gefühl, aus einem Gefängnis ausbrechen zu müssen. Dazu müsste man freilich von all den Affekten, die zu einer schmutzigen Scheidung führen, zur Vernunft zurückkehren. Ich kann nur noch mal wiederholen, Frau Merkel: Machen Sie damit den Anfang! Denn das ist Politik im deutschen Interesse.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der AfD)

Ja, das war eine knappe Mehrheit; doch diese Konstellation ist heute normal und historisch.

Andrea Nahles, SPD:

Stimmen Sie für sozialen Zusammenhalt in Europa



Andrea Nahles (*1970)
Landesliste Rheinland-Pfalz

Premierministerin May hat gestern um einen Aufschub für die Brexit-Frist gebeten. Wir schließen eine solche Verschiebung nicht aus. Klar ist aber auch: Eine Verschiebung beantwortet die Frage nach einem geordneten Brexit natürlich nicht. Diese Antwort muss endlich von den Briten kommen. Und was wir hier in den letzten Monaten erleben mussten, kann man nicht anders als ein akutes Versagen der britischen Politik bezeichnen.

Die britische Regierung ist zum wiederholten Mal nicht in der Lage gewesen, den ausgehandelten

Deal durch das Parlament zu bringen, und jetzt will Frau May zum dritten Mal genau denselben Antrag vorlegen. Das ist eine Hochrisikostategie.

Ich sage angesichts der Bedeutung, die das für Briten und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Großbritannien, aber auch für ganz Europa hat: Frau May, gehen Sie endlich auf die Opposition zu! Suchen Sie eine überparteiliche Lösung! Sie haben es in der Hand, auf dieser Schussfahrt nach unten noch zu wenden. Frau May, Sie haben es in der Hand.

Enttäuscht bin ich als langjährige deutsche Parlamentarierin allerdings auch von meinen britischen Kolleginnen und Kollegen. Wenn man sieht, dass es eine Regierung über Monate in einer so entscheidenden Frage für ein Land nicht hinkriegt, dann muss man doch als Parlament irgendwann selbst das Heft des Handelns in die Hand nehmen, dann muss man

doch selber nach überparteilichen Lösungen suchen. Ich appelliere deshalb auch an die Kolleginnen und Kollegen, die Abgeordneten in Westminster, von Parlament zu Parlament: Suchen Sie jetzt endlich eine überparteiliche Lösung! Haben Sie den Mut zu einer verantwortlichen Entscheidung für Ihr Land! Anders wird es doch am Ende gar nicht gehen.

Jetzt, so kurz vor dem Ende der Frist, muss man doch auch mal sagen: Wenn es die Regierung nicht schafft, wenn es das Parlament nicht schafft, dann muss man das Volk fragen, und dann brauchen wir ein zweites Referendum. Das ist die logische Konsequenz, die sich daraus ergibt. Ich kann wirklich nur hoffen, und ich glaube, das tun alle in Europa, dass wir an dieser Stelle Bewegung sehen. Die Zeit ist knapp.

Der Brexit, egal wie er jetzt kommt, ist eine Zäsur. Daran gibt es keinen Zweifel. Aber es ist auch

Eine Verschiebung beantwortet die Frage nach einem geordneten Brexit natürlich nicht.

festzuhalten: Der Brexit entscheidet nicht über das Schicksal Europas. Wir entscheiden über das Schicksal Europas, und zwar bei der Europawahl am 26. Mai. Ich halte das für die wichtigste Europawahl seit Jahrzehnten. Es muss von dieser Europawahl ein Signal ausgehen für den Zusammenhalt in Europa, für Demokratie. Das ist das Entscheidende.

Einer der Gründerväter der Europäischen Union, Jean Monnet, hat einmal gesagt: Jenseits aller Differenzen und geografischen Grenzen gibt es ein gemeinsames Interesse. – Auf dieses gemeinsame europäische Interesse hat auch Präsident Macron erneut hingewiesen, und er hat etwas Neues gemacht, mit dem er auf Deutschland zugekommen ist: Er hat das Thema „soziales Europa“ endlich auch mal ausbuchstabiert, und deckungsgleich mit dem deutschen Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD fordert Macron jetzt europäische Mindestlöhne, eine europäische Grundversicherung in jedem europäischen Land und den Kampf gegen Lohn-dumping. Ja, meine Damen und Herren, da sollten wir doch einschlagen, wenn Präsident Macron so etwas vorschlägt. Das ist doch genau auf der Linie unserer deutschen Politik.

Denn ein soziales Europa ist im ureigensten deutschen Interesse. Es ist im Interesse der deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wenn wir sie mit der Entsenderichtlinie vor Lohndumping schützen. Es ist aber auch im Interesse der deutschen Unternehmen, wenn wir für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen. Es ist schlicht und ergreifend ein gemeinsames deutsches und europäisches Interesse. Deswegen ist es auch wichtig. Denn wir haben ein Riesenwohlstandsgefälle in Europa. Wenn Europa nur noch als Wirtschaftsraum wahrgenommen wird, wenn es eben nicht als ein Ort für alle Menschen, in dem es auch Wohlstand für alle gibt, wahrgenommen wird, werden wir den Populismus in Europa nicht besiegen. Deswegen ist ein soziales Europa im deutschen Interesse; deswegen müssen wir ein soziales Europa voranbringen.

Wir dürfen aus dieser Brexit-Geschichte eines lernen, es ist doch ganz klar: Wenn auf der europäischen Ebene immer nur gefragt wird: „Wo ist denn der nächste Rabatt? Wer kann am meisten aus der EU rausholen?“, dann wird das nicht funktionieren. Was für die Demokratie gilt – dass wir Demokraten brauchen, die sie aktiv tragen –, das gilt genauso für Europa. Wir brauchen in Europa Europäerinnen und Europäer mit nationalen Wurzeln, aber auch einem kräftig schlagenden europäischen Herz. Auch darum muss es bei dieser

Europawahl gehen.

Es geht nicht darum, um es sehr deutlich zu sagen, weil das ja immer wieder unterstellt wird, nationale Differenzen und Interessengegensätze zu negieren. Die gibt es nämlich. Aber die Antwort auf die Frage, wie wir die Auseinandersetzungen darüber austragen, ist doch der große Fortschritt in Europa: nicht mehr in den Schützengräben, sondern in Redeschlachten. So hat es einmal Heidemarie Wiczorek-Zeul gesagt. Das ist genau der Punkt.

Ich sage an dieser Stelle: Es geht darum, unsere Konflikte zum Wohle aller aufzulösen. Deshalb braucht Deutschland Frankreich. Deshalb braucht Frankreich Deutschland. Und deshalb braucht Europa Frankreich und Deutschland. Und deswegen ist es so toll, dass wir wichtige Fragen immer im Duett beantworten, wie in Aachen und mit der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung, und so ist es auch in vielen Punkten. Danke auch an die französischen Kolleginnen und Kollegen an dieser Stelle!

Vor diesem Hintergrund muss ich mich wundern, dass auch hier in Deutschland die innenpolitische Brille bei einigen den Blick aufs Wesentliche verstellt. Wir haben in Europa weiß Gott Wichtigeres zu tun, als unsere französischen Freunde mit europapolitischen Symboldebatten zu provozieren und den EU-Sitz in Straßburg infrage zu stellen. Ich glaube tatsächlich, dass wir weitaus Wichtigeres in Europa zu bereden haben.

Und ich sage an dieser Stelle auch Folgendes sehr klar: An der deutschen Regierung, an dieser Bundesregierung, scheitert in Europa derzeit nichts, weder die

Urheberrechtsrichtlinie noch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. An dieser deutschen Regierung scheidet auch nicht das Euro-Zonenbudget – da bin ich Frau Merkel für ihre klaren Worte dankbar – noch eine, wie ich finde, wichtige Frage, nämlich, dass wir endlich zu einer gerechten, gemeinsamen Besteuerung auch von Amazon, Google und Facebook kommen. Auch da sind wir Vorreiter, auch das treibt diese deutsche Bundesregierung voran.

Ich sage an dieser Stelle sehr klar: Ich bin Bruno Le Maire und Olaf Scholz sehr dankbar, dass sie diesen Vorschlag gemacht haben. Vier europäische Länder waren dagegen. Das

entmutigt uns nicht. Es ist nicht untypisch, dass man im ersten Anlauf auf europäischer Ebene nicht immer alle sofort einsammelt. Das haben wir bei der Finanztransaktionssteuer leidvoll erfahren. Aber diesmal wollen wir, dass der Vorschlag schneller zum Erfolg führt. Gemeinsam haben sich jetzt alle darauf verständigt, eine gemeinsame Mindestbesteuerung in der OECD herbeizuführen. Das ist doch hervorragend. Wenn das gelänge, wäre das sogar die beste Lösung. Wenn es nicht gelingt, dann werden wir das zum Schwerpunktthema der deutschen Ratspräsidentschaft im nächsten Jahr machen. Wir werden es ganz klar zum zentralen Punkt der Auseinandersetzung machen.

Aber es ist nun einmal so: Wir brauchen die Kooperationsbereitschaft anderer Europäer, um hier zum Erfolg zu gelangen. Es ist ein Paradebeispiel dafür, dass nationale Lösungen überhaupt nicht mehr ausreichen. Wir müssen es gemeinsam schaffen, müssen es europäisch schaffen. Und wenn

es am Ende nicht alle sind, dann machen wir es trotzdem europäisch – mit denen, die es wollen, genau wie bei der Finanztransaktionssteuer. Das ist der Weg, und deswegen brauchen wir Europa: um gemeinsam handlungsfähig zu sein.

Ich sage an dieser Stelle auch sehr klar, dass ich der Meinung bin, dass an dieser deutschen Bundesregierung eine gemeinsame erfolgreiche Industriestrategie – das ist ja auch Thema des Europäischen Rates – in keinsten Weise scheitern darf und auch nicht scheitern wird. Denn ich glaube, dass auch die deutschen Unternehmen sehr wohl ein Interesse haben – um es sehr klar zu sagen: ein gemeinsames Interesse daran haben –, dass beispielsweise deutsche Unternehmen und Bürger sichere europäische Server haben, wo sie ihre sensiblen Daten ablegen können, und nicht auf andere angewiesen sind.

Auch gemeinsame Strategien in der KI- und Forschungspolitik, die wesentlich ambitionierter sein müssen, als sie es derzeit sind, liegen im Interesse der deutschen Unternehmen und Bürger. Ich kann an dieser Stelle nur sagen: Auch da – ja – schlagen wir ein. Dafür brauchen wir Europa. Wir wollen gemeinsam Politik machen. Wir wollen gemeinsam zu Stärke gelangen. Wir wollen nicht nationale Interessen in den Vordergrund rücken, sondern gemeinsame europäische Strategien weiterentwickeln. Das ist unsere Politik.

Der Europäische Rat wird sich auch mit der Klimapolitik befassen. Und ich sage auch an dieser Stelle sehr klar denjenigen, die in diesem Parlament auch zur Fraktion der Klimawandelleugner gehören: Es wird keine Diskussion

darum geben, ob wir unsere Klimaziele einhalten, sondern nur darum, wie wir diese Klimaziele erreichen.

Allerdings müssen wir da auch ganz genau gucken, dass wir die richtigen Schritte gehen. Ich bin der Bundesregierung deswegen dankbar, dass sie gestern beschlossen hat, ein Klimakabinett zu bilden, wo die Vertreter unterschiedlicher Interessen an einem Tisch zusammenkommen und alle wesentlichen Fragen – sowohl die Interessen des Klimaschutzes, die Interessen der deutschen Industrie im Zuge der Transformationsnotwendigkeiten als auch die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – gleichrangig verhandeln und zu einem erfolgreichen Ende führen werden.

Es ist eine gute Idee, eine hervorragende Lösung, dieses Klimakabinett ins Leben zu rufen.

Ich freue mich, dass viele junge Menschen für diese Frage jeden Freitag auf die Straße gehen. Und ich muss an dieser Stelle auch sagen:

Wir sollten sie ernst nehmen. Wir sollten nicht versuchen, mit Fehlstundenabzulenken, denn es geht hier nicht um Fehlstunden. Es geht darum, dass sich eine ganze Generation von jungen Menschen politisiert, und das ist doch verdammt noch mal eine gute Nachricht für unser Land und für ganz Europa!

Die Europawahlen im Mai sind deswegen wichtiger denn je. Ich möchte deswegen alle Bürgerinnen und Bürger bitten: Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch! Stimmen Sie für sozialen Zusammenhalt in Europa und für Demokratie!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Ein soziales Europa ist ein gemeinsames deutsches und europäisches Interesse.

An dieser deutschen Regierung scheitert auch nicht das Euro-Zonenbudget.



Es sei nicht nur an der britischen Premierministerin Theresa May (Foto), sondern auch an den Abgeordneten in Westminster, eine überparteiliche Lösung in Sachen Brexit zu finden, forderte Andrea Nahles (SPD).

Christian Lindner, FDP:

Brexit bietet die Chance auf Erneuerung europäischer Politik



Christian Lindner (*1979)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Was wir seit Jahren, Monaten, Wochen, Tagen in London erleben, hat shakespearehafte Züge. Es ist die Selbstschädigung der europäischen Gesellschaft, und es legt auch die Axt an Vertrauen und Glaubwürdigkeit einer ganzen politischen Klasse. Es kann einen nicht kaltlassen, wenn sich ein Partnerland selbst in eine so schwierige Lage manövriert.

Herr Gauland, Sie haben hier das Referendum der Briten über den Brexit sozusagen als eine Sternstunde der Demokratie dargestellt. Wir haben auch Respekt vor dem souveränen Willen anderer Völker, aber der Brexit wird nicht als Sternstunde der Demokratie in Erinnerung bleiben, sondern als Scherbenhaufen, den Populisten mit falschen Argumenten hinterlassen haben!

Die Hoffnung stirbt zuletzt. Unsere liberal-demokratischen Partner in Großbritannien plädieren bereits seit langer Zeit für ein zweites Referendum. Sollte es diese Chance geben, müsste die Europäische Union sie durch Verhandlungen darüber beantworten, unter welchen Bedingungen die Briten in der Europäischen Union bleiben wollen, statt nur zu gestalten, wie der Austritt erfolgen soll.

Der Brexit, so oder so, bietet allerdings auch eine Chance für uns Europäerinnen und Europäer, nämlich eine Chance auf Erneuerung europäischer Politik und ihrer Institutionen. Es ist ein Appell an uns, uns auch neu unserer gemeinsamen europäischen Werte zu vergewissern. Nehmen wir unsere europäischen Werte ernst – auch in unseren eigenen Parteienfamilien! Und wenn wir europäische Werte ernst nehmen, dann kann eine Partei wie die von Viktor Orban nicht Partner einer Partei sein, die sich in der Nachfolge von Konrad Adenauer und Helmut Kohl sieht.

Volkswagen baut Arbeitsplätze ab. Bayer baut Arbeitsplätze ab. Wir erleben möglicherweise eine Bankfusion in Deutschland, die massiv zulasten von Arbeitsplätzen geht. Die Konjunktur in Deutschland trübt sich ein. Und da stellt sich eine Bundeskanzlerin bei der Regierungserklärung hierhin und sagt, wirtschaftspolitisch seien wir eigentlich auf dem richtigen Weg? Da stimmen wir nicht zu, Frau Bundeskanzler. Wir sehen uns nicht auf dem richtigen Weg, weder in Europa noch in Deutschland. Ganz im Gegenteil: Wir müssten jetzt das Ölzeug anziehen und uns wetterfest machen, weil stürmische Zeiten auf uns zukommen.

Was gibt es da an Angeboten, mit denen wir in Europa werben könnten? In Deutschland wird nach Ihrem Haushaltsentwurf ausgerechnet im Ministerium für Bildung und Forschung gekürzt, statt zusätzlich investiert. Das ist doch kein Signal nach Europa vor einem europäischen Gipfel, bei dem es um Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherung von Arbeitsplätzen geht.

Wo sind die Initiativen für Freihandel, für einen digitalen Binnenmarkt, für Technologien, ja, auch für Entlastungen und für Investitionen? Was wir von Frau Nahles und von Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, gehört haben, ist ausgerechnet das Hohelied auf eine Steuererhöhung. Sie nennen es Finanztransaktionssteuer. In Wahrheit werden aber nach dem Plan von Herrn Scholz und anderen gar nicht Finanztransaktionen ins Zentrum gestellt, sondern die Aktienkäufe von privaten Kleinaktionären. Das ist kein Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit, sondern ein Beitrag zur Verschärfung von Verteilungskonflikten.

Also, wir wünschen uns in Deutschland und in Europa eine Politik, die tatsächlich Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftliche Stärke und Arbeitsplätze sichert.

Das steht auch im Zusammenhang mit einer gestalterischen Klimapolitik. Ja, das Weltklima macht Menschen Angst. Aber der Klimawandel und die darauf antwortende Politik verursachen auch Verteilungskonflikte. Das ist die Spannweite, in der wir uns bewegen: zwischen Greta und Schülerprotesten einerseits und den Protesten der Gelbwesten in Frankreich andererseits, hinter denen harte Verteilungskonflikte stehen. Das beantwortet man dadurch,

dass wir Klimaschutz mit einer Politik verbinden, die Freiheit und Wohlstand sichert.

Sie, Frau Merkel, ich kann das gar nicht höflicher sagen, haben hier mit der kurzen Szene, in der Sie beschrieben haben, wie in Jahresscheiben sektorübergreifend Klimaziele in Europa dargestellt werden, geradezu eine Karikatur der Planwirtschaft vorgetragen.

Sie haben dann im Anschluss begründet, warum man jetzt Industriepolitik machen müsste, zum Beispiel durch staatlich arrangierte Batteriekonglomerate. Frau Merkel, Sie bieten schlechte Lösungen für Probleme an, die Sie selbst geschaffen haben.

Was wir bräuchten, wäre Technologieoffenheit. Ja, selbstverständlich, Batteriefertigung in Europa muss gesichert werden, ebenso die Forschung. Aber ich würde erwarten, dass die deutsche Bundesregierung mit Blick auf unsere Schlüsselindustrie Automo-

bilbranche in Brüssel vorstellig würde und erklären würde: Wir wollen die Klimaziele auch im Verkehrsbereich erreichen. Wir wollen auch die ambitionierten Flottenziele beim CO₂-Ausstoß erreichen. Aber wir setzen uns für Technologieoffenheit ein. Deshalb werden zukünftig auch synthetische Kraftstoffe und negative Emissionen auf die Flottenziele angerechnet. Das wäre Marktwirtschaft, Technologieoffenheit, und es wäre im deutschen Standortinteresse. Nichts dergleichen hören wir.

Übrigens: Wer den Menschen Flugreisen rationieren will, der wird nicht auf dauerhafte Zustimmung treffen. Dagegen werden

sich die Menschen wehren. Die Antwort ist nicht, den Menschen die Fernreisen zu verbieten, sondern die Antwort wäre, dass Europa der weltweit führende Spitzenstandort für Flugmobilität auf Was-

serstoffbasis wird; denn diese ist CO₂-neutral und erlaubt es den Menschen, die Welt zu sehen.

Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, Frau Merkel, an einer Stelle Ihrer Rede waren Sie besonders leidenschaftlich. Das war ausgerechnet die Stelle, an der Sie begründen, warum wir versuchen sollten, ohne Upload-

filter auszukommen, also die europäische Frage, die gegenwärtig die meisten Menschen gegen die Europäische Union auf die Palme bringt.

Ausgerechnet da zeigen Sie einmal Leidenschaft. Ich halte Ihre Leidenschaft an diesem Punkt für nicht glaubwürdig, Frau Merkel. Es war doch Deutschland, das in den vergangenen Jahren in der Energie- und Klimapolitik und insbesondere in der Migrationspolitik fortwährend Alleingänge gegen unsere europäischen Partner gemacht hat. Selbst Frau Kramp-Karrenbauer hat das inzwischen eingeräumt. Da ist das Hohelied auf Multilateralismus nicht angezeigt.

Man fragt sich, Herr Präsident, mein letzter Gedanke, wenn wir schon in Europa angesichts der Ereignisse in der Welt und auf unserem Kontinent auf Sicht fahren: Wer sitzt am Steuer? Auf die Vorschläge von Emmanuel Macron antwortet nicht die Bundeskanzlerin, sondern die neue CDU-Vorsitzende.

Das mag ja in Ordnung sein. Aber ob jetzt das europäische Leitprojekt wirklich ein Flugzeugträger sein muss, während unser Segelschiff kein Wasser unter dem Kiel hat, halte ich für eine Frage, mit der man das europäische Einigungsprojekt schnell der Lächerlichkeit preisgibt.

(Beifall bei der FDP)

Der Brexit wird nicht als Sternstunde der Demokratie in Erinnerung bleiben.

Ralph Brinkhaus, CDU/CSU:

Wir haben ein Europa der verschiedenen Heimaten



Ralph Brinkhaus (*1968)
Wahlkreis Gütersloh I

Alle Redner haben mit dem Brexit begonnen. Ich glaube, das ist angesichts der Dinge, die wir momentan erleben, auch notwendig.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur auf zwei Dinge hinweisen. Erstens. Egal was momentan in Großbritannien passiert, egal wie und ob wir uns ärgern: Die Briten bleiben unsere Freun-

de. Die Tür für Großbritannien, meine Damen und Herren, bleibt offen.

Die zweite Bemerkung ist: Eigentlich wollen wir uns ja jetzt dem Europawahlkampf widmen. Wir wollen darum ringen: Was sind die besten Konzepte für die nächsten fünf, für die nächsten zehn Jahre in Europa? Ein bisschen tragisch aber ist: Wir sprechen über den Brexit. Deswegen sollten wir vielleicht trotz aller Mühen, die wir momentan in Brüssel haben, den Akzent unserer Diskussionen in den nächsten Wochen verschieben. Wir sollten darum ringen, welche Definition wir von diesem Europa haben.

Wer darum gerungen hat, ist unser Spitzenkandidat Manfred Weber. Er hat nämlich ein Bewerbungsvideo gemacht. Wer Bewerbungsvideos dieser Art kennt, der könnte sich vorstellen, dass er in seinem Video als Spitzenpolitiker zu sehen ist, der in Brüssel mit an-

deren wichtigen Menschen spricht. Manfred Weber hat es genau anders gemacht. In dem Video, mit dem er sich um das europäische Spitzenamt bewirbt, zeigt er sein niederbayerisches Heimatdorf. Er zeigt, wie er dort in den Laden geht. Er zeigt, wie er mit Freunden im Gasthaus sitzt. Er zeigt, wie er dort in die Kirche geht.

Ich glaube, das ist die Botschaft von diesem Europa: Wir haben ein Europa der verschiedenen Heimaten. Europa ist halt nicht nur Brüssel, sondern Europa ist Niederbayern, Europa ist Piemont, Europa ist Normandie, Europa ist Siebenbürgen, Europa ist Kreta. Europa sind die Regionen, mit denen wir stark werden. Wenn wir mit diesem Europa in den nächsten Wochen argumentieren, dann haben wir auch gute Chancen, erfolgreich zu sein, meine Damen und Herren.

Ich glaube, wir werden den

Menschen klarmachen können, dass Europa diesen Heimaten nichts wegnimmt, sondern dass Europa etwas dazugibt, wenn wir es richtig machen. Es ist in der vergangenen Zeit in diesem Europa sehr viel richtig gemacht worden. Wir gefallen uns gerne darin, immer anzuführen, was falsch gelaufen ist. Es ist aber viel richtig gemacht worden.

Wir haben mit der Europäischen Union eine Plattform entwickelt, mit der wir gemeinsam Probleme lösen. Wir haben gemeinsame Märkte geschaffen. Wir haben auch gemeinsame Umweltstandards gesetzt. Wir haben Mechanismen entwickelt, die dann zum Einsatz kommen, wenn es in dem einen oder anderen Land nicht so gut läuft. Wir haben viele andere Dinge in diesem Europa zusammen auf den Weg gebracht.

Ich möchte noch an eine andere Sache erinnern. Dieses Europa hat viele Krisen überstanden und ist daraus stets stärker hervorgegangen. Diese Europäische Union hat den Kalten Krieg nicht nur überstanden, sondern ist daraus stärker hervorgegangen. Diese Europäische Union hat die Balkanauseinandersetzungen nicht nur überstanden, sondern ist daraus stärker hervorgegangen. Die Balkanländer sind heute zum Teil Mitglied unserer Europäischen Union bzw. Kandidatenländer und werden keine Kriege mehr gegeneinander führen, meine Damen und Herren.

Dieses Europa hat die Bankenkrise überstanden und ist daraus stärker hervorgegangen. Dieses Europa – die Bundeskanzlerin hat die Wirtschaftszahlen gerade genannt – ist aus der Staatsschuldenkrise stärker hervorgegangen. Wir haben die Arbeitslosenzahlen gesenkt. Wir haben auch die Staatsverschuldung gesenkt. Man mag sich nur anschauen, wie hoch die Verschuldung in Europa ist und wie hoch sie in den Vereinigten Staaten ist. Wir sind aus solchen Krisen immer stärker hervorgegangen.

Wir haben das Leben der Menschen, meine Damen und Herren, besser gemacht. Wir leben hier seit 74 Jahren in Frieden. Das hat ganz viel mit der Europäischen Union zu tun. Es leben Völker in Freiheit, die vor 30 Jahren nicht darüber nachgedacht haben, je in Freiheit leben zu können. Es haben Menschen in Teilen von Europa Wohlstand erlangt, die noch vor 20 Jahren bitterarm waren. Meine Damen und Herren, es ist in diesem Europa so viel richtig gemacht worden. Darüber sollten wir einfach mal reden, auch in diesem Europawahlkampf.

Natürlich ist niemand so naiv und sagt: Es ist alles gut. Um Gottes willen, nein, das ist es nicht.

Wir können die Geschichten erzählen, diese sind Legion, von der Gurke bis hin zu missglückten Verhandlungen zu Rettungspaketen. Das ist doch wahr, das ist doch richtig.

Daraus können wir aber zwei Schlüsse ziehen. Der eine Schluss ist: Wir reißen dieses Europa mit all den Sachen, die ich gerade beschrieben habe, wieder ein, weil wir denken, dass es national besser geht. Der zweite Schluss – das ist unsere Antwort – ist: Nein, wir wollen dieses Europa besser machen. Wir wollen es weiterentwickeln.

Ich möchte Ihnen einige Beispiele dafür geben, wie wir dieses Europa weiterentwickeln können.

Nehmen wir den wirtschaftlichen Bereich. Der ist wichtig, weil durch Wirtschaft Einkommen, Arbeit und Wohlstand generiert werden. Wir müssen die Wirtschaftsplattform Europa weiterentwickeln. Die entsprechenden Begriffe sind alle gefallen; sie sind zutreffend. Wir brauchen eine Kapitalmarktunion, damit das Geld überall in Europa dahin kommen kann, wo es gebraucht wird. Wir brauchen eine Digitalmarktunion. Es ist ganz einfach so: Wir haben tausend Jahre lang unterschiedliche Entwicklungen im Güter- und Dienstleistungsmarkt gehabt. Wir versuchen mühsam, das im Rahmen der Europäischen Union zusammenzuführen. Jetzt haben wir eine neue Welt, die digitale Welt; wir können sie von Anfang an gemeinsam aufbauen. Das ist doch eine großartige Gestaltungschance für uns alle.

Wir haben gerade über Energie geredet. Ja, wir brauchen eine Energiemarktunion. Stromerzeugung überwiegend aus erneuerbarer Energie ist unser Ziel. Aber dafür brauchen wir unsere Partner. Das geht europäisch viel besser als national.

Wir brauchen einen gemeinsamen Ausbildungsmarkt. Der gemeinsame Arbeitsmarkt funktioniert gut. Aber es ist doch nicht akzeptabel, dass junge Menschen in Spanien und Griechenland arbeitslos sind, während hier in Deutschland die Lehrstellen nicht besetzt werden können.

Meine Damen und Herren, wir brauchen auch gemeinsame, harmonisierte Steuersysteme. Lieber Olaf Scholz, ich würde mir wünschen, dass wir bei unseren Anstrengungen für eine gemeinsame Unternehmenssteuerbemessungsgrundlage mit Frankreich etwas schneller vorankommen, als das in der Vergangenheit der Fall war.

Es wurde schon angesprochen, Herr Lindner, Sie haben recht; ich glaube, Sie haben es gesagt: Freihandel, von dem unser Standort lebt, funktioniert nur europäisch. Wir haben ein Freihandelsabkommen abgeschlossen mit Japan, ei-

nes mit Singapur. Hätten wir doch bloß auch eines mit den Vereinigten Staaten, das TTIP-Abkommen, abgeschlossen.

Aber Europa ist doch nicht nur eine Wirtschaftsplattform. Europa ist auch eine Innovationsplattform. Die Strategie in Bezug auf künstliche Intelligenz beruht darauf, dass wir sehr viel Geld in die Hand nehmen. Das werden wir nicht alleine schaffen. Das werden wir doch nur im europäischen Kontext schaffen.

Wir brauchen gemeinsame europäische Universitäten, damit die Forschung gemeinsam organisiert wird und die Menschen entsprechend zusammenkommen. Wir brauchen gemeinsame europäische Gesundheitsinitiativen. Der Kampf gegen Krebs, gegen Infektionskrankheiten, gegen Demenz wird doch nur europäisch funktionieren.

Europa ist darüber hinaus eine Problemlösungsplattform für Probleme, die wir nicht alleine lösen können. Sie sind alle angesprochen worden. Es glaubt doch keiner – ich komme aus Nordrhein-Westfalen –, dass die Kriminalität an der belgischen und niederländischen Grenze haltmacht. Wir brauchen eine wirkliche europäische Polizei. Wir brauchen eine gemeinsame Ausbildung der Polizeikräfte. Wir brauchen gemeinsame Datenverarbeitungssysteme. Es ist noch so unendlich viel zu tun, womit wir dieses Europa besser machen können. Wir brauchen einen gemeinsamen europäischen Zivilschutz.

Wir müssen auch im Bereich der äußeren Sicherheit zusammenarbeiten; das ist doch ganz klar. Wir brauchen meines Erachtens einen gemeinsamen europäischen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, um gemeinsam für unsere 450 Millionen Menschen mit einer starken Stimme zu sprechen. Wir brauchen einen europäischen Sicherheitsrat. Da kann man auch die Briten mitnehmen; das ist doch eine gute Gelegenheit, um die Bande zu Großbritannien weiter zu stärken.

Natürlich müssen wir unsere Armeen europäisieren und gemeinsame Rüstungsprojekte in Angriff nehmen, Frau Bundeskanzlerin. Wenn wir gemeinsame Rüstungsprojekte in Angriff nehmen, was wir alle wollen – nicht nur, weil es billiger ist, sondern weil es uns auch zusammenbindet –, brauchen wir gemeinsame Rüstungsexportregeln, meine Damen und Herren.

Ich will jetzt nicht darüber reden – ich glaube, das ist uns allen klar –, dass wir auch im Bereich

Migration zusammenkommen müssen und dass wir das nur gemeinsam hinkriegen. Wir als Deutsche können uns nicht vom Acker machen, wenn es darum geht, Außengrenzen zu schützen, und können das nicht andere für uns machen lassen. Wir brauchen einen gemeinsamen Asylraum. Wir brauchen gemeinsame Institutionen, die das Ganze voranbringen.

Und es gibt noch viele andere Sachen, die wir nur gemeinsam europäisch regeln können. Dazu gehört natürlich auch der große Bereich des Klimaschutzes.

Aber Europa ist nicht nur eine Wirtschaftsplattform. Europa ist nicht nur eine Innovationsplattform. Europa ist nicht nur eine Problemlösungsplattform. Der große Gedanke von Europa ist vielmehr, dass es Menschen zusammenbringt und Menschen nicht trennt.

Hier sitzen viele im Saal, die am Erasmus-Programm teilgenommen haben. Wir müssten in dem Bereich noch viel mehr machen. Wir müssten Erasmus auf die Berufsausbildung ausweiten. Wir müssten vielleicht sogar dafür sorgen, dass es für gewisse Studiengänge verpflichtend ist. Ich denke, das ist großartig. Wir müssen dafür sorgen, dass wir unsere Sprachen lernen. Eigentlich sollte es so sein, dass jeder europäische Schüler mindestens eine, am besten zwei europäische Fremdsprachen beherrscht.

Und wir müssen dafür sorgen, dass dieses Europa eine offene Gesellschaft bleibt – fest in ihren Werten, aber neugierig und offen für neue Entwicklungen. Das ist die Kultur von Europa in den letzten zweitausend Jahren gewesen. In dieser Hinsicht haben wir der Welt einige Botschaften zu übermitteln.

Meine Damen und Herren, wenn ich „wir“ sage, dann meint

das nicht alleine die EVP, unsere europäische Parteienfamilie, dann meint das nicht nur die CDU, sondern dann meint das auch unsere Fraktion im Deutschen Bundestag. Denn: Wir haben eine Rolle in diesem Europa, definiert durch das Grundgesetz und durch die europäischen Verträge. Diese Rolle bedeutet, dass wir der Bundesregierung nach Artikel 23 Grundgesetz Leitplanken für die Verhandlung mit auf den Weg geben können, dass wir die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips überprüfen können, dass wir haushaltsrechtlich überprüfen müssen, was passiert, dass wir Dinge, die europäisch beschlossen werden, in nationales Recht umsetzen. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion wollen diese Rolle annehmen – nicht, indem wir bremsen, sondern indem wir dieses Europa gestalten.

Wenn Sie sich all das angehört haben, was ich eben gesagt habe, dann werden Sie die wesentlichen Elemente in der Sorbonne-Rede von Präsident Macron, in vielen Namensartikeln, nicht nur von Annegret Kramp-Karrenbauer, sondern auch von Kolleginnen und Kollegen aller Parteien in der Mitte des Hauses, wiederfinden. Denn eines ist bei all den Unterschieden, über die wir uns streiten, richtig: Wir haben wesentlich mehr gemeinsam. Das ist doch das Große an Europa.

Ich komme noch mal zurück auf das Video von Manfred Weber – Stichwort: das Europa der Regionen. Es ist natürlich so, dass der Ostwestfale anders ist als der Sizilianer. Das sieht man irgendwie auch; und es ist auch gut so, dass das so ist. Aber die Botschaft von Europa ist: Das, was wir gemeinsam haben, ist wesentlich mehr als das, was uns unterscheidet. Mit dieser Botschaft gehen wir in die nächsten Wochen, und damit werden wir versuchen, die Menschen von diesem Europa zu begeistern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der große Gedanke von Europa ist, dass es Menschen zusammenbringt und nicht trennt.



Die Mehrsprachigkeit von Schülern sollte ein Ziel der Zusammenarbeit sein, forderte Ralph Brinkhaus (CDU). © picture-alliance/SZ Photo/Stephan Rumpf

Dr. Sahra Wagenknecht, Die Linke:

Die Mittelschicht steht in allen EU-Ländern unter Druck



Sahra Wagenknecht (*1969)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Europa – das waren einmal die großen Ideen der Aufklärung und der Französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit, solidarisches Miteinander. Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben vorhin auf das Wohlstandsversprechen verwiesen.

Aber was ist davon geblieben? Seit gut 30 Jahren wird die Politik in Europa von einer Agenda bestimmt, die das exakte Gegenprogramm zu den einstigen Werten darstellt: Aus der Freiheit wurde die bloße Freiheit des Marktes und der großen Unternehmen, an die Stelle der Gleichheit trat die Rechtfertigung wachsender Ungleichheit, und das solidarische Miteinander wurde ersetzt durch die politische Legitimierung von Egoismus, Rücksichtslosigkeit und Gier.

Und da wundern Sie sich, dass sich die EU heute in dem Zustand befindet, in dem sie sich befindet? Dafür sind tatsächlich nicht die Salvinis, Orbans und auch nicht die britischen Brexiters verantwortlich. Die ernten nur, was die Politik der letzten Jahre und was ganz besonders die deutsche Regierung gesät hat. Die EU ist nicht deshalb krank, weil immer mehr Menschen antieuropäische Parteien wählen, sondern die Antieuropäer werden gewählt, weil die EU krank ist, weil sie von Regierungen gestaltet wurde und wird, die sich nicht mehr als Anwalt und Schutzmacht ihrer Wähler verstehen, sondern vor allem als Interessenvertreter großer Wirtschaftsunternehmen und Banken.

Dass die Bundesregierung jetzt daran mitwirkt, aus zwei Zockerbanken, die den Steuerzahler in der Vergangenheit schon kräftig gemolken haben, eine noch größere Bank zu machen, die den Staat in der nächsten Krise noch besser erpressen kann, ist doch nur das jüngste Beispiel genau dieser absurden Politik.

Woran sind eine echte Finanztransaktionsteuer, die natürlich Derivate einschließen müsste, Regeln zur Offenlegung konzerninterner Gewinnverschiebungen oder auch die Digitalsteuer letztlich gescheitert? Es war nicht der Bodyguard der superreichen Steuerhinterzieher an der Spitze der EU-Kommission, und es waren auch nicht primär Malta und Irland, die das verhindert haben. Nein, es war die traurige Figur des deutschen Finanzministers, der mit voller Rückendeckung der Kanzlerin jeden Schritt hin zu mehr Steuergerechtigkeit in Europa blockiert hat. Das ist doch ein Armutszeugnis!

Dass Frankreich jetzt die Digitalsteuer im Alleingang einführt, zeigt übrigens auch, wie faul die Ausrede ist, man könne auf nationaler Ebene nichts gegen das Steuerdumping der Konzerne machen. Man kann sehr viel machen, auch ohne den Segen der EU. Man muss nur das Rückgrat haben, solche Schritte gegen einflussreiche Wirtschaftslobbys durchzusetzen. Das ist doch das Kernproblem.

Sehen Sie denn nicht, wie sich das Gesicht Europas in den letzten Jahren verändert hat? Die früher breite Mittelschicht, ohne die es keine stabile Demokratie geben kann, steht in allen EU-Ländern unter Druck. Fast ein Viertel aller EU-Bürger lebt heute in Armut, während die Zahl der Milliardäre sich seit der Finanzkrise mehr als verdoppelt hat. Also, wer das für eine gute Bilanz hält, der hat wirklich die falschen politischen Prioritäten. Ich finde das erschreckend. Diese soziale Spaltung ist zunehmend auch eine räumliche: Immer mehr Menschen werden abgehängt, weil sie an Orten leben, für die sich in Brüssel und Berlin schlicht niemand interessiert. An Orten, in denen die öffentliche Infrastruktur verwaht ist, wo kein Zug mehr hält und oft genug nicht mal mehr ein Bus, wo es keine guten Schulen gibt und auch keinen Arzt und wo junge Menschen, die etwas aus ihrem Leben machen wollen, eigentlich nur noch eine Chance haben, nämlich abzuwandern. Es waren vor allem solche Orte, an denen viele Menschen in Großbritannien für den Brexit gestimmt haben. Und es waren solche Orte, aus denen in Frankreich die Hundertausenden kamen, die in gelben Westen auf die Straße gegangen sind.

Sie, Frau Merkel, und Ihre Koalition wollen uns weismachen,

Sie seien proeuropäisch. Also, ich finde, es gibt kaum ein Feld, in dem Anspruch und Realität weiter auseinanderklaffen. Jeder weiß doch, dass das deutsche Modell, durch einen großen Niedriglohnssektor immer höhere Exportüberschüsse aufzutürmen, Europa spaltet und unsere Nachbarn gegen uns aufbringt. Der deutsche Mindestlohn von kläglichen 9,19 Euro ist einer der niedrigsten in ganz Westeuropa. Magere Renten und Hartz IV drücken auf den privaten Konsum. Und nicht nur der Staat verweigert die nötigen Investitionen, auch die deutschen Unternehmen legen immer mehr Geld auf die hohe Kante. Ganze 4 Euro von 100 Euro Gewinn werden heute noch investiert. Dass die Union in einer solchen Situation schon wieder Unternehmensteuersenkungen ins Gespräch bringt, zeigt leider nur, dass Sie wirtschaftliche Zusammenhänge nicht verstehen. Denn es liegt doch nicht am fehlenden Geld in den Unternehmenskassen, dass die Konjunktur gerade einbricht.

Es liegt an der hoffnungslosen Abhängigkeit vom Export, der in einer Zeit weltwirtschaftlicher Un-

sicherheit und neuer Handelskriege eben nicht mehr als Wachstumsmotor taugt. Es ist erfreulich, dass sich inzwischen bis in die deutsche Regierung herumgesprochen hat, dass der Markt nicht alles richtet. Frau Bundeskanzlerin, sie ist gerade nicht anwesend, Industriepolitik heißt doch nicht, das zahnlose europäische Kartellrecht noch weiter auszuhöhlen und die größten Unternehmen noch größer zu machen. Noch mehr Marktmacht bedeutet ganz sicher nicht mehr Innovation.

Bei der neuen CDU-Chefin ist es ja ohnehin nicht so sehr die digitale oder auch solare Zukunft, die sie umtreibt. Frau Kramp-Karrenbauer zieht es eher dahin, wo schon weiland Kaiser Wilhelm Deutschlands Platz an der Sonne vermutet hat: auf einen Flugzeugträger. Herr Lindner hat ja schon etwas dazu gesagt. Ich muss sagen: Wenn man bedenkt, dass der deutsche Staat heute kaum noch

in der Lage ist, zivile Flughäfen zu bauen oder die Flugbereitschaft in Schuss zu halten, dann hat man doch wirklich das Gefühl, Frau Kramp-Karrenbauer habe sich einen ihrer berüchtigten Karnevalsscherze erlaubt.

Aber spätestens seit die Bundeskanzlerin sich dahintergestellt hat, war klar: Das war wirklich ernst gemeint: ein deutsch-französischer Flugzeugträger, ein Milliardengrab, das auf den Weltmeeren schippert, um künftige Interventionskriege vorzubereiten. Meint irgendjemand hier in diesem Ho-

hen Haus, dass es das ist, worauf die Europäerinnen und Europäer gewartet haben? Also wir glauben das auf jeden Fall nicht.

Frau Merkel, Sie haben auch das europäische Sicherheitsversprechen erwähnt. Aber das Leben in Europa wird garantiert nicht dadurch sicherer, dass wir Trumps Wünsche nach neuer Hochrüstung pflichtschuldig erfüllen, und es wird schon gar nicht dadurch sicherer, dass wir die Rüstungsexportrichtlinien noch weiter aufweichen, wie Sie es gerade empfohlen haben; Herr Brinkhaus hat auch noch einmal dafür geworben. Im Jemen sterben Kinder. Frau Bundeskanzlerin, wollen Sie wirklich den Saudis weiterhin die Mordwerkzeuge dafür liefern, und das noch unter dem Vorwand europäischer Kompromissbereitschaft? Ich finde, eine schlimmere Pervertierung des europäischen Gedankens kann man sich kaum vorstellen.

„Stirbt der Euro, dann stirbt Europa“, haben Sie, Frau Bundeskanzlerin, einmal gesagt. Inzwischen erleben wir: Wenn die vielen immer weniger Euros haben und die wenigen immer mehr, wenn die großen Ideen der Aufklärung – Freiheit, Gleichheit, solidarisches Miteinander – nicht mehr die Politik bestimmen, dann stirbt Europa. Wir als Linke wollen nicht, dass Europa stirbt. Deswegen sind wir überzeugt: Wir brauchen eine andere Politik in Europa, und dafür brauchen wir allerdings wirklich eine andere Bundesregierung; denn dass Sie das nicht hinkriegen, merkt man sehr deutlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Industriepolitik heißt nicht, das zahnlose europäische Kartellrecht auszuhöhlen.

Dr. Anton Hofreiter, Bündnis 90/Die Grünen:

Das Chaos der britischen Politik darf nicht auf die EU übergreifen



Anton Hofreiter (*1970)
Landesliste Bayern

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, Sie werden auf dem jetzt anstehenden Gipfel wieder mit den Folgen des

Chaos in der britischen Politik konfrontiert sein. Wenn man sich anschaut, wie die Europäische Union bisher mit den Folgen des Brexit-Chaos umgegangen ist, dann sieht man: Es war geprägt von Entschlossenheit und Solidarität. Das ist vielleicht das einzige Positive in dieser Tragödie. Selbstverständlich bleibt uns Großbritannien weiter und dauerhaft willkommen. Aber was wir nicht zulassen dürfen, ist, dass das Chaos der britischen Politik auf die Europäische Union und die Europawahl übergreift.

Deshalb muss man ganz klar sagen: Fristverlängerung nur dann, wenn es eine Idee davon gibt, wo-

für die zusätzliche Zeit genutzt werden soll.

Und mit Entschlossenheit und Solidarität geht man auch am besten die großen Herausforderungen an, vor denen Deutschland und die Europäische Union stehen. Das ist ein konsequenter Klimaschutz, das ist beispielsweise der Erhalt unseres Wohlstands bei verstärktem Wettbewerb mit anderen Systemen wie zum Beispiel dem diktatorischen, aber erfolgreichen China, das ist die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit – all dies wird kein Nationalstaat alleine schaffen. Eine selbstbewusste und solidarische Europäische Union ist das beste Mittel, um diese politischen Ziele zu erreichen.



Die Proteste der Brexit-Befürworter in London halten an.

© picture-alliance/NurPhoto/Alberto Pezzali

Das Problematische ist nur: Von Entschlossenheit und Solidarität kann in Ihrer Europapolitik leider keine Rede sein. Bei zentralen Projekten stehen Sie auf der Bremse. Nehmen wir die Steuer für Digitalkonzerne. Frau Nahles spricht davon, dass Herr Scholz da nicht im Wege stand. Herr Scholz hat mit dazu beigetragen, dass die Digitalsteuer so kleingehäckselt worden ist, dass man sie fast nicht mehr erkennen konnte.

Ich frage mich ehrlich gesagt schon, warum ein sozialdemokratischer Finanzminister auf der Seite von Apple, Google, Facebook steht. Wo sind denn Ihre Wurzeln? Kämpfen Sie doch dafür, dass diese Konzerne auch in Europa endlich Steuern zahlen!

Und wenn Herr Brinkhaus von dem Video von Herrn Weber schwärmt, dann kann man nur sagen: Die Uploadfilter schaden Urhebern, und damit verlieren Sie die junge Generation. Aber vielleicht hätten die Uploadfilter dazu beigetragen, uns mit diesem Video zu verschonen. Dann hätten sie wenigstens einen Zweck erfüllt.

Wir hören, dass Frau Merkel davon schwärmt, dass es endlich eine Batteriefabrik in Deutschland und in Europa geben sollte, damit die Elektromobilität durchgesetzt werden kann. Wir hören das zwar, fragen uns aber: Frau Merkel, wissen Sie, dass Herr Scheuer Ihr Verkehrsminister ist? Herr Scheuer ist eines der Haupthindernisse für die Umsetzung der emissionsfreien

Mobilität in Deutschland und in Europa.

Sie müssen endlich für eine andere Verkehrspolitik sorgen. Sie müssen endlich dafür sorgen, dass die Infrastruktur in Deutschland ausgebaut und benutzbar wird. Dann würden wir anfangen, daran zu glauben, dass Ihren Worten auch Taten folgen.

Besonders problematisch ist, wie Sie mit unserem wichtigsten Partner Frankreich umgehen. Von einem einzigen Beispiel, den Rüstungsexporten, abgesehen, hören wir seit vielen Jahren nur dröh-

nendes Schweigen aus dem Kanzleramt auf all die Appelle, die Macron an uns gerichtet hat. Ausgerechnet bei den Rüstungsexporten wollen Sie nun die europäische Fahne hochhalten und sprechen davon, dass am Ende die Wahrheit konkret ist.

Die Wahrheit ist konkret: Wir haben europäische Rüstungsexporttrichtlinien, und zwar seit 2008. Diese sind an klaren menschenrechtlichen Standards ausgerichtet. Deshalb sage ich Ihnen an diesem Beispiel: Wenn Sie hier wirklich Europa verteidigen wollen würden, dann würden Sie nicht gemeinsam mit Frankreich gegen Europa und gegen europäische Regelungen agieren, sondern würden versuchen, die europäischen Regelungen, die jetzt seit über zehn Jahren in Kraft sind, zur Geltung zu bringen.

Wir haben die große Sorge, dass diese Koalition europapolitisch fertig hat.

Problematisch ist auch, dass man den Eindruck hat, dass die Zuständigkeit für diesen gesamten Bereich vom Kanzleramt ins Konrad-Adenauer-Haus gewandert ist; denn von dort kam nach vielen Jahren des Schweigens eine Antwort auf die Fragen des französischen Präsidenten. Dazu kann man nur sagen: Wenn die CDU-Vorsitzende geschwiegen hätte, dann wäre sie eine Europäerin geblieben. Die Antwort Ihrer Vorsit-

zenden, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, provoziert nämlich mit Absurditäten wie der Straßburg-Debatte und der bereits erwähnten Idee eines gemeinsamen Flugzeugträgers mit Frankreich, der in keiner einzigen seriösen Verteidigungsdebatte wirklich eine Rolle spielt.

Zu all dem könnte man noch sagen: Mein Gott, das ist eben ein bisschen lächerlich. – Doch Frau Kramp-Karrenbauer legt damit die Axt an die Wurzel der Gemeinschaftsmethode. Und das ist hochproblematisch.

Sie hatten in Ihrem Koalitionsvertrag noch davon gesprochen, dass Sie „einen Rahmen für Mindestlohnregelungen sowie für nationale Grundsicherungssysteme in den EU-Staaten entwickeln“ wollen. Sie hatten davon gesprochen, dass Sie einen „Aufbruch für Europa“ organisieren wollen. Nach dieser Antwort der CDU-Vorsitzenden und dem lauten Schweigen der SPD bei den entscheidenden Punkten muss man leider sagen: Nach einem Jahr des Nichtstuns ist von dieser Koalition auch nichts mehr zu erwarten. Wir haben die große Sorge, dass diese Koalition europapolitisch fertig hat. Und das wäre mehr als bitter für die Europäische Union.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Martin Schulz, SPD:

Renationalisierer verspielen Chancen nächster Generationen



Martin Schulz (* 1955)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Wer die Tagesordnung dieses Rates genau betrachtet, wird feststellen, dass die Themen dieses Rates zeigen, dass das 21. Jahrhundert mit dem vergangenen Jahrhundert nicht mehr vergleichbar sein wird. Wir gehen in eine neue Ordnung der Welt. Und das ist kein G-7-Prozess und kein G-20-Prozess mehr. Es droht ein G-2-Pro-

zess. Die Entscheidungen werden im 21. Jahrhundert in Peking und in Washington getroffen werden und nicht mehr in Budapest oder in Warschau, in Berlin oder in Paris.

Es muss uns gelingen, die Europäische Union so zusammenschließen, dass ihre wertebasierte Wirtschaft und die damit verbundene Wirtschaftskraft gegenüber einem expansiven Staatskapitalismus Chinas einerseits und einem brutal egozentrischen Kurs der USA andererseits als Machtmittel eingesetzt werden, und zwar nach dem Motto: Wir werden auf Augenhöhe, aber als Wertegemeinschaft mit denen konkurrieren, weil wir uns zusammenschließen gegen diejenigen, die glauben, Europa mit dem Ignorieren des Klimawandels, mit der Negierung von Menschenrechten und der Negierung von ökologischen, ökonomischen und individuellen Grundrechten aushebeln zu kön-

nen. – Dafür müssen wir uns in der Europäischen Union zusammenschließen.

In einer Zeit, in der Weltregionen miteinander konkurrieren – darum geht es nämlich – und in der der ökonomische Wettbewerb auch ein Konkurrenzkampf von politischen Systemen ist, gibt es natürlich Leute, die die Renationalisierung propagieren. Renationalisierung würde bedeuten, dass Länder wie Belgien, Luxemburg, Österreich oder die Tschechische Republik den Dispositionen, die in Washington oder Peking getroffen werden, ohne den Schutz der europäischen Stärke ausgeliefert wären. Das bedeutet die Renationalisierung.

Die Europäische Union ist eine Gemeinschaft, die mehrheitlich

aus kleinen Staaten besteht, und ich habe den Eindruck, dass einige dieser Staaten noch nicht begriffen haben, dass sie kleine Staaten sein werden, wenn es keine europäische gemeinschaftliche Stärke gibt.

Die Renationalisierer verspielen die Chancen der nächsten Generation, mit anderen Regionen dieser Welt auf Augenhöhe und unter Wahrung unserer Demokratie- und Gesellschaftsmodells reden zu können. Deshalb ist dieser Renationalisierungskurs gefährlich. Er ist nicht für diejenigen gefährlich, die ihn propagieren, sondern für die nächste Generation.

Die Europäische Union ist eine Gemeinschaft, die mehrheitlich aus kleinen Staaten besteht.

Macron hat Vorschläge unterbreitet, meine Damen und Herren, und in einem Artikel, der in Zeitungen aller 28 Länder der Europäischen Union erschienen ist, eine gemeinsame Debatte vorgeschlagen. Das finde ich toll.

Lassen Sie uns diese Debatte doch führen! Das gelingt aber nicht mit einem Artikel in einem deutschen Sonntagsblatt als Antwort, bei dem man den Eindruck hat, dass die wesentlichen Botschaften die-

ses Artikels das Gegenteil dessen sind, was große Christdemokraten im Rahmen der multilateralen Denke, die die CDU immer ausgezeichnet hat, und große Europäer wie zum Beispiel Helmut Kohl bisher vorgeschlagen und vorgebracht haben. Ich finde, dass dieser Artikel auf keinen Fall eine Antwort sein kann.

Es bedarf einer Antwort der Bundesregierung. Ja, wir haben einen Koalitionsvertrag. Dieser trägt die Überschrift „Ein neuer Aufbruch für Europa“. Das Kapitel, das wir dazu in diesen Koalitionsvertrag geschrieben haben, könnte die deutsche Gegenposition bzw. die deutsche Komplementärposition zu Macron sein. Das, worum es dabei geht, ist: Macron hat etwas erkannt, was auch wir erkennen müssen. Frankreich ist eine Atommacht.

Frankreich ist ein vetoberechtigtes Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Frankreich ist ein G-7-Staat, und Frankreich hat einen Präsidenten, der angesichts dieser Ausgangslage – G-7-Staat, atomar gerüstete Vetomacht des Sicherheitsrats – sagt: Unsere nationale Souveränität

Fortsetzung auf nächster Seite

reicht nicht mehr; sie muss durch eine europäische Souveränität ergänzt werden.

Macrons Botschaft an uns lautet im Wesentlichen: Wenn wir uns nicht zusammenschließen, wenn wir nicht als deutsch-französisches Duo die Europäische Union so anführen, dass sie im Wettbewerb der Weltregionen auf Augenhöhe mitspielen kann, werden wir zu Spielbällen der Machtinteressen anderer werden.

Deshalb sage ich: Machen wir doch einen Anfang! Diskutieren wir doch mit Macron! Man kann im Detail anderer Meinung sein als er, aber nichts zu sagen oder seine Vorschläge a priori und pauschal abzulehnen, ist der völlig falsche Weg.

Die Europäische Union, das ist völlig klar, wird sich auf die großen Fragen dieses 21. Jahrhunderts konzentrieren müssen. Da-

zu gehören der Klimawandel und die dramatischen Folgen des Klimawandels, die übrigens für uns Europäerinnen und Europäer und auch für die Bürgerinnen und Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika weniger dramatisch sind als zum Beispiel für die Menschen in Afrika oder in Lateinamerika. Und wenn wir diesen Klimawandel nicht endlich stoppen, wenn wir nicht umdrehen, dann werden Sie erleben, dass in vielen Regionen dieser Erde zum Beispiel der Zugang zu Wasser immer mehr zum Überlebensproblem und zum Gegenstand von Konflikten und irgendwann auch zum Ausgangspunkt für kriegerische Auseinandersetzungen wird, dass dann an uns Europäerinnen und Europäer wieder die Frage gerichtet wird: Welche Position habt ihr dazu? Schickt ihr da Soldaten hin?

Schickt ihr da Waffen hin? Das zeigt: Die Tagesordnung dieses Rates ist davon geprägt, dass in dieser Welt alles mit allem zusammenhängt. Viele Leute kapieren im Detail natürlich nicht, wie die Dinge zusammenhängen, aber sie spüren es im Bauch. Und die jungen Menschen, die nicht zur Schule gehen, weil sie demonstrieren, spüren in ihrem Bauch, dass die Beantwortung dieser Fragen über ihr Schicksal und das ihrer Kinder entscheidet und darüber, ob sie noch eine lebenswerte Welt haben. Deshalb, finde ich, sollte man nicht darüber diskutieren, ob sie die Schule schwänzen dürfen oder nicht. Vielmehr müssten wir eigentlich gemeinsam mit ihnen auf die Straße gehen und sagen: Wir werden alles tun, damit über die Europäische Union und ihre Kraft das Pariser Klimaabkommen

endlich durch- und umgesetzt wird.

Frau Merkel, ich wünsche Ihnen viel Erfolg auf diesem Rat, weil ich glaube, dass dieser Rat eine Weichenstellung vornehmen muss, die von epochaler Bedeutung ist, vielleicht auch der Sonderart, der noch kommen wird, kann sein. Sie haben eben angedeutet, dass das möglich ist. Aber eine Sache ist völlig klar: Wenn nach dem Brexit die 27 verbleibenden Staaten nicht den Mut aufbringen, zu sagen: „Wir wollen den Renationalisierern nicht die Straße und die Lufthoheit an den Stammtischen überlassen“, wenn wir nicht begreifen, dass im 21. Jahrhundert der Verzicht

auf nationale Souveränität in Teilbereichen und ihre Übertragung auf Europa der Rückgewinn dieser nationalen Souveränität sein wird, wenn wir keine Veränderungen innerhalb der Europäischen Union hinbekommen, wenn wir diese Kraft nicht aufbringen, dann gehen wir in Europa schweren Zeiten entgegen. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg, ich wünsche Ihnen viel Mut, und ich wünsche Ihnen, ehrlich gesagt, auch massive Energie, damit wir endlich mal sagen können: Die deutsche Bundeskanzlerin ist an der Spitze dieser Bewegung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Alice Weidel, AfD:

Die EU muss von innen reformiert werden



Alice Weidel (*1979)
Landesliste Baden-Württemberg

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben über die Unsicherheit gesprochen, die der Brexit bringen wird. Nicht, dass wir dabei viel Neues erfahren hätten: Es war nämlich Ihre erprobte Mischung aus Phrasen und Baldrian. Eines ist klar: Dieser Brexit wird teuer – teuer für die EU und deshalb per Definition teuer für die deutschen Steuerzahler: teuer wie die Bankenrettung, die Griechenland-Rettung, die Energiewende, die Grenzöffnung, die Zerstörung der deutschen Automobilindustrie, der Schlüsselindustrien und die gigantische Inflationierung unserer Gemeinschaftswährung. Zukunftsweisende Politik sieht anders aus, sehr geehrte Damen und Herren.

Nun also der Brexit und Ihr Anteil daran; denn den hatten Sie, im besten Fall aus Fahrlässigkeit. Aber es war eher unterlassene Hilfeleistung. Die historisch guten

Beziehungen zum Vereinigten Königreich werden auf diese Weise gefährdet. Was hatte David Cameron denn so Fürchterliches verlangt? Keine Sozialhilfe sofort und für alle, stärkere nationale Parlamente, weniger EU-Bürokratie. Doch in Brüssel hat er damit auf Granit gebissen. Dabei wäre eine schlankere Gemeinschaft, die sich auf ihre Kernaufgabe besinnt, einen gemeinsamen Markt zu schaffen und zu erhalten, eine große Chance gewesen. Aber nein, das ging auf keinen Fall. Da setzten Sie lieber den Zusammenhalt der EU-Mitgliedstaaten aufs Spiel.

Jetzt kriegen wir die Rechnung: 15 Milliarden Euro an britischen Beiträgen werden künftig im Budget fehlen. Zwar weiß jede Familie, dass man den Gürtel enger schnallt, wenn die Einnahmen schrumpfen, aber nicht die EU. Muss sie auch nicht, solange der deutsche Steuerzahler der Zahlmeister ist. Größer als das Loch im EU-Etat sind die Kosten für die deutsche Wirtschaft. Das Vereinigte Königreich ist die zweitgrößte Volkswirtschaft der EU, so groß wie die 19 kleinsten zusammen. Ökonomisch gesehen schrumpft die EU also nicht auf 27, sondern auf 9 Staaten zusammen. Die Sorglosigkeit, ja Gleichgültigkeit, die Brüssel und Berlin angesichts dieser Größenordnung an den Tag legen, grenzt an pathologische Realitätsverweigerung, sehr geehrte Damen und Herren.

Für Deutschland ist das Verei-

nigte Königreich der größte Handelspartner in der EU. Die wirtschaftlichen Verflechtungen sind so eng wie mit keinem zweiten Land. Es liegt eindeutig im deutschen Interesse, Handel und Investitionen weiter ungehindert zu tätigen. Hier stehen deutscher Wohlstand, deutsche Arbeitsplätze auf dem Spiel. Sie aber stellen sich in Nibelungentreue hinter Frankreich, das den Briten sogar den Zugang zum gemeinsamen Binnenmarkt verweigern will. Sie erwägen ja sogar die Möglichkeit, den Briten keinen Zugang zum europäischen Wirtschaftsraum einzuräumen, weil Paris das ablehnt. Das wäre ja auch alles viel zu viel: viel zu viel Freihandel, zu viel frische Luft auf den Märkten, zu viel Wettbewerb und zu viel Konkurrenz um die besten Wirtschaftsstandorte. Von Eigenständigkeit ist nichts zu sehen in dem von Ihnen unterzeichneten Aachener Vertrag, der als Krönung des Élysée-Vertrages gepriesen wird. Welch ein Dünkel! Der Aachener Vertrag trägt eine französische Handschrift, von vorne bis hinten. Dieses Europa, für das das zentralistisch organisierte Frankreich mit einer gescheiterten Industrie- und Wirtschaftspolitik als Blaupause dient, kommt schneller, als man denkt.

Spätestens dann, wenn im Europäischen Rat das nächste Mal abgestimmt wird, sehen wir nämlich ganz genau: Die teuerste Konsequenz des Brexits ist, dass Deutschland keine Sperrminorität mehr im Rat zustande bringt. In der aktuellen EU der 28 vertritt Deutschland 16 Prozent der Bevölkerung, Großbritannien 13 Prozent. Macht zusammen fast 30 Prozent. Mit einigen kleineren Ländern – Dänemark, Niederlande, Österreich – war die Sperrminorität von 35 Prozent immer gesichert. Damit konnte man sich gegen den Griff in die Gemeinschaftskasse krisengeschüttelter „Club Med“-Staaten sowie Frankreichs wehren. Das ist durch den Austritt Großbritanniens nun bald Geschichte. Und es wird deutlich: Ohne Reformen kann es in der Europäischen Union doch gar nicht weitergehen. Wo ist Ihre Strategie? Sie haben überhaupt gar keine.

Fangen wir bei Artikel 50, der den Austritt regelt, an. Er ist vollkommen schwammig formuliert. Konkret ist nur der Hinweis darauf, wie mit Abtrünnigen, mit Verrätern umzugehen sei: nach Artikel 218, also wie bei jedem x-beliebigen Drittstaat. Kann man eigentlich für einen Partner, mit dem man 40 Jahre in guten wie in schlechten Zeiten zusammengelebt hat, nicht einen anderen Modus finden als für Paraguay oder Papua-Neuguinea, sehr geehrte Damen und Herren? Das ist ja wohl der blanke Hohn. Verwundert es da noch, wenn die Briten hinter jedem Manöver aus Brüssel bösen Willen vermuten? Brexit-Unter-

händler Barnier soll seinerzeit Freunden anvertraut haben – ich zitiere –:

Meine Mission wird ein Erfolg sein, wenn ... die Bedingungen ... für die Briten so brutal sind, dass sie es vorziehen ..., in der Europäischen Union zu verbleiben.

Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde mehr, sehr geehrte Damen und Herren.

Von Selbstkritik ist auf dem Kontinent nichts zu hören, nicht in Brüssel, nicht in Berlin, schon gar nicht in Paris. Der Brexit hat die Brüsseler Abgehobenheit deutlich gemacht. Er zeigt auch, wo Europas wahre Gegner sitzen: unter anderem hier auf der Regierungsbank, sehr geehrte Damen und Herren. Europa ist zu wichtig, um es ihnen zu überlassen. Wegsehen gilt nicht, weglaufen auch nicht. Die EU muss von innen reformiert werden. Dazu gehört ein Vetorecht der Nationalstaaten gegen Brüsseler Vorgaben genauso wie eine Reform des Austritts-Artikels 50 zur Erhaltung des Binnenmarktes, auch für austretende Länder, und die Sicherung der EU-Außengrenzen, die wir seit Jahren fordern. Und zu Europa gehören unsere britischen Freunde, sehr geehrte Damen und Herren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Machen wir doch einen Anfang! Diskutieren wir doch mit Macron!

Dieser Brexit wird teuer – teuer für die EU und teuer für die deutschen Steuerzahler.

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Alexander Dobrindt (CDU/CSU), Alexander Graf Lambsdorff (FDP), Dr. Franziska Brantner (Bündnis 90/Die Grünen), Paul Ziemiak (CDU/CSU), Detlef Seif (CDU/CSU) und Jürgen Hardt (CDU/CSU).

Debatte zum deutsch-französischen Parlamentsabkommen / 88. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 20. März 2019

Andreas Jung, CDU/CSU:

Unsere Partnerschaft ist unsere Freundschaft



Andreas Jung (*1975)
Wahlkreis Konstanz

Ich freue mich, dass wir heute diese Debatte miteinander führen können und dass wir heute als Deutscher Bundestag über dieses Parlamentsabkommen entscheiden können.

56 Jahre nach Konrad Adenauer und Charles de Gaulle, 56 Jahre nach dem Élysée-Vertrag, der den Grundstein für die deutsch-französische Freundschaft gelegt hat, heben wir mit diesem Parlamentsabkommen unsere Partnerschaft auf eine neue Stufe. Der Élysée-Vertrag ist genauso wie der erneuerte Aachener Vertrag ein Regierungsvertrag. Diese Verträge sind ein Glücksfall. Sie haben uns Frieden, sie haben uns Freundschaft, sie haben uns Aussöhnung und Austausch gebracht. Im Kern ist unsere Partnerschaft aber die Freundschaft unserer beiden Völker. Wir sind die Volksvertretung. Deshalb ist es nur konsequent, dass wir jetzt mit dem Parlamentsabkommen diese starke parlamentarische Basis schaffen, die parlamentarische Antwort auf den Élysée-Vertrag geben. Ich finde, das ist ein Grund zur Freude.

Es ist insbesondere aber auch ein Auftrag, weil die Regierungen mit dem Aachener Vertrag und wir jetzt mit dem Parlamentsabkommen deutlich machen: Die deutsch-französische Freundschaft ist nicht etwas fürs Geschichtsbuch, etwas, was sich aus der Geschichte als Glücksfall ergeben hat, sondern etwas, was wir uns immer wieder neu erarbeiten und was wir weiterentwickeln müssen.

Heute geht es darum, gemeinsam mit Frankreich als Partner in Europa Antworten zu geben auf die Herausforderungen, die sich heute stellen, in der Außen- und Sicherheitspolitik, bei der Frage des Wettbewerbs um Zukunftstechnologien, aber auch bei Wertvorstellungen. Da ist unsere Überzeugung, dass wir Europa stärken müssen, dass wir in diesen großen Fragen die europäische Handlungsfähigkeit stärken müssen, dass wir gemeinsam stärker sind als jeder für sich. Dazu wollen wir als Deutsche und Franzosen einen Beitrag leisten. Deshalb ist unsere Botschaft an alle unsere Partner: Wir wollen uns als Deutsche und Franzosen gerade nicht einigeln, sondern gemeinsam und mit Offenheit Impulse für alle unsere Partner geben, um Europa gemeinsam weiterzubringen.

Das Herzstück dieses deutsch-französischen Parlamentsabkommens ist die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung, eine Versammlung, die aus 50 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und 50 Mitgliedern der Assemblée besteht, die gemeinsam beraten, diskutieren und Impulse geben. Ihre gemeinsame Zusammenarbeit wird so gestaltet, wie es das zwischen anderen Parlamenten irgendwo auf der Welt vermutlich nicht ein zweites Mal gibt. Ich finde, das ist eine Besonderheit.

Diese neue Einrichtung muss aber auch den Erwartungen gerecht werden. Eine Erwartung – von uns formuliert – ist ganz konkret: Es muss einen Mehrwert für die Menschen in unseren Ländern und für Europa geben. Das war unser Anspruch an den Aachener Vertrag. Genauso kraftvoll werden wir uns jetzt in die Umsetzung einbringen.

Es muss einen Mehrwert für die Bürger geben, die sich in Städtepartnerschaften engagieren. Deshalb muss der Bürgerfonds, der im Vertrag steht, Gestalt annehmen. Er muss bürgernah und unbürokratisch umgesetzt werden und den Menschen, die sich um Verständigung bemühen, zugutekom-

men.

Es waren gerade unsere Impulse, die dazu geführt haben, dass der Vertrag ein starkes Kapital für die Grenzregionen enthält, weil wir feststellen: Auch 56 Jahre nach dem Élysée-Vertrag gibt es allzu oft noch Hürden, die der Zusammenarbeit und gemeinsamen Projekten entgegenstehen, und es gibt Infrastruktur, die noch ausgebaut werden muss. Als Beispiel nenne ich die Eisenbahnverbindung zwischen Freiburg und Colmar. Das alles müssen wir angehen. Wir ha-

Norbert Kleinwächter, AfD:

Allein der Bundestag vertritt das Volk



Norbert Kleinwächter (*1986)
Landesliste Brandenburg

Wir finden kaum einen Vertrag, der nicht von der Unehrlichkeit der Herrscher zeugt. Das schrieb schon Luc de Clapiers, Marquis de Vauvenargues, Mitte des 18. Jahrhunderts. Daher sollte man durchaus vorsichtig sein, wenn Regierungschefs Verträge schließen, wie Angela Merkel und Emmanuel Macron dies letztes in Aachen taten. Es handelt sich um einen Vertrag, der nicht deutschen und eigentlich auch nicht französischen Interessen dient, sondern vielmehr den etwas kruden Vorstellungen Emmanuel Macrons von einer zentralisierten EU, die Deutschland und Frankreich nach seinen Vorstellungen voranzutreiben haben.

Macron fordert aberwitzige Parallel- und Konkurrenzstrukturen

ben gesagt: Der Weg über Paris und Berlin, also über die Landeshauptstädte, ist oft weit und beschwerlich. Deshalb benötigen die Grenzregionen mehr Zuständigkeiten, mehr Kompetenzen und mehr Spielraum. Diesen müssen ihnen die Parlamente geben. Deshalb sind wir in besonderer Weise gefordert.

Schließlich werden wir in einzelnen politischen Bereichen gemeinsam Impulse geben müssen. Wir haben verabredet, dass es spiegelbildlich zu dem Rat der Regierung für Sicherheit und Verteidigung auch einen Ausschuss dieser Versammlung geben soll. Es gibt die Deutsch-Französische Brigade und eine entsprechende Zusammenarbeit. Die Traditionen sind aber unterschiedlich: In Frankreich entscheidet der Präsident über Einsätze, bei uns ist es

das Parlament. Beides wird so bleiben. Wir müssen aber Wege finden, wie wir gemeinsam zu guten Ergebnissen kommen. Das ist der Anspruch dieser Versammlung. Ich freue mich auf die Beratungen.

Zuletzt möchte ich unserem Bundestagspräsidenten Dr. Schäuble, der dieses Vorhaben, diese Initiative, von Anbeginn kraftvoll unterstützt hat, den Präsidien beider Häuser und den Mitgliedern der Arbeitsgruppen herzlichen Dank für die Beratungen sagen, die immer im freundschaftlichen und konstruktiven Geist stattgefunden haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

in der EU, der NATO, der Euro-Zone und nun auch auf deutsch-französischer Ebene. Dass er damit die europäischen Länder mehr spaltet als eint, fällt ihm und unserer Kanzlerin offenbar gar nicht mehr auf.

Merkel und Macron opfern die hervorragende deutsch-französische Freundschaft für diese Utopien, denen die meisten Deutschen und Franzosen nur sehr wenig abgewinnen können. Sie verändern sie grundlos zu einer Pflicht- und Schicksalsgemeinschaft zugunsten falscher Ziele, was Deutschland und Frankreich nicht vereinen, sondern auseinanderreiben kann und wird.

„Brautglocken sind der Freundschaft Sterbeglocken“, wusste Paul Johann Ludwig von Heyse. Wir sind in der Pflicht, uns das Jawort gründlich zu überlegen. Es ist auch ein Risiko für die Zukunft der deutsch-französischen Freundschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, chers collègues, die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg war das Beste, was beiden Ländern in den letzten Jahrzehnten widerfahren ist. Die

deutsch-französische Freundschaft ist ein unschätzbare Wert, den wir nie gefährden sollten. Unsere Partnerschaft ist ein Motor für europäische Zusammenarbeit und Frieden. Den vielen Menschen, die das ermöglicht haben, den Politikern und Führungskräften, vor allem aber den vielen Menschen, die durch ihr Tun die deutsch-französische Freundschaft leben – Lehrern, Gasteltern, Freiwilligen, Ehrenamtlichen –, gelten unser aufrichtiger Dank und unsere größte Anerkennung.

Wir stehen nun aber vor einer Zäsur in dieser deutsch-französischen Beziehung. Ihre Spielregeln sollen völlig verändert werden. „Je vous aime!“, rief Macron den Deutschen am Volkstrauertag von diesem Pult aus zu. Er will

die ungezwungene deutsch-französische Freundschaft zu einer Art Heirat und dauerhaften Bindung mit fragwürdigem Ehevertrag umgestalten. Dieser enthält umfangreiche Verpflichtungen, die auch uns Abgeordnete einschränken können. Die Vorteile aber sind begrenzt. Mit all seinen Waffen ver-

Unsere Partnerschaft ist ein Motor für europäische Zusammenarbeit und Frieden.

Fortsetzung auf nächster Seite



Das deutsch-französische Parlamentsabkommen sei mit erheblichen Kosten und Verpflichtungen verbunden, kritisierte Norbert Kleinwächter (AfD).

© picture-alliance/ZB/Sascha Steinach

teidigen will unser Freier uns im Ernstfall nicht, wie er kurz danach sagte.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet,

Ob sich das Herz zum Herzen findet!

Der Wahn ist kurz, die Reu ist lang.

Die Jamaika-Koalition, die genauso wenig zur Realität werden sollte, wie Macrons Utopien jemals Gestalt annehmen werden, bestand im Januar letzten Jahres darauf, dass Deutschland und Frankreich nicht nur einen bizarren Ehevertrag schließen, sondern dass auch der Bundestag, unser Parlament, Gleiches mit der Assemblée nationale tun solle.

Das Parlamentsabkommen, das wir heute diskutieren, ist mit erheblichen Kosten und Verpflichtungen verbunden. Einmal alle vier Jahre müs-

sen sich beide Parlamente in einer gemeinsamen Versammlung treffen. Mindestens zweimal im Jahr tagt eine kleinere parlamentarische Versammlung. Sie soll die deutsch-französischen Ministerräte begleiten, eine gemeinsame europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik gestalten und die Konvergenz, also die Angleichung des deutschen und des französischen Rechts, anstreben. Sie soll ferner dem Bundestag und der Assemblée gemeinsame Entschlüsse vorlegen. Und der Bundestag verpflichtet sich zu einer Harmonisierung des Rechts mit Frankreich, zur „Verabschiedung von Rechtsvorschriften ..., die es ermöglichen, von nationalen rechtlichen Regelungen abzuweichen“, zu gemeinsamen Ausschusssitzungen, Berichterstattungsreden, Dienstreisen.

Wollen wir das? Will das der Bürger, den wir hier zu vertreten haben? Findet er es gut, dass wir Millionen Euro für diese Zusammenarbeit ausgeben werden, wäh-

rend er im Mülleimer nach Pfandflaschen sucht?

Ich sagte es in der deutsch-französischen Arbeitsgruppe bereits, und ich sage es gerne noch einmal: Es ist gut und richtig, dass sich Bundestag und Assemblée von Zeit zu Zeit besuchen und die Ausschüsse sich gegenseitig austauschen. Aber es ist falsch, wenn eine parlamentarische Versammlung und nicht die Parlamente selbst deutsch-französische Politik begleiten, sondern Diskussionen nach oben auslagern.

Es ist falsch, eine europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu betreiben und sie durch dieses Abkommen auch noch festzuschreiben. Es ist falsch, zu versuchen, eine Einheit des deutschen und französischen Rechtsraums herzustellen, obwohl beide sich rechtsgeschichtlich erheblich unterscheiden.

Lasst jedem Land sein Rechtssystem und seine Traditionen!

„Achtung nur ist der Freundschaft unfehlbares Band“, bemerkte Schiller einst. Und gänzlich falsch ist es, die Abweichung von Rechtsnormen als Ziel des Deutschen Bundestags und der Assemblée nationale festzulegen.

Meine Damen und Herren, das Chaos in der deutschen und der EU-Politik rührt doch gerade daher, dass von Normen ständig abgewichen wird: im Euro-Desaster von den Maastricht-Kriterien, in der Massenimmigration vom Völkerrecht, bei der Verfolgung von schwerer Kriminalität vom Strafrecht. Ständig gibt es Abweichungen zulasten der Bürger. Ein Mehr davon zu fordern und damit die Rechtseinheitlichkeit in Deutschland für alle Bürger aufzulösen, ist genau das Gegenteil dessen, was wir brauchen. Wenn die SPD hofft, dass die Beschlüsse der parlamentarischen Versammlung einmal bindend werden könnten, was sie aber glücklicherweise nicht

sind, dann wird mir angst um das demokratische Recht der Bürger, zu wählen und über die Wahlentscheidung auch gut informiert zu sein.

Nicht die Gewerkschaften, nicht die sogenannte Zivilgesellschaft, nicht irgendein Verein oder eine Partei kann das deutsche Volk vertreten. Allein der Deutsche Bundestag hat diesen Anspruch. Nur er kann es tun, weil nur er regelmäßig in demokratischer und freier Wahl bestimmt wird. Dazu muss er aber auch frei sein und darf keine Bedürfnisse erfüllen müssen. Deswegen kommt uns insbesondere in Bezug auf sein Regelwerk und seine Unabhängigkeit besondere Verantwortung zu.

Dr. Nils Schmid, SPD:

Wir müssen die Arbeit der Versammlung unterstützen



Nils Schmid (*1973)
Landesliste Baden-Württemberg

Da mögen Sie noch so viele Zitate einstreuen, Herr Kleinwächter: Selten haben wir zu den deutsch-französischen Beziehungen eine so kleingeistige und von Kleinmut gehaltene Rede gehört wie die von Ihnen.

Ich will einmal festhalten: Dieses Parlamentsabkommen ist einmalig in seiner Art, und es ist gut, dass diese europäische Schicksals-

Diese dürfen wir nicht für ein Abkommen der vermeintlichen Liebe kompromittieren. Atlantisch bleiben, europäischer werden – auch dafür ist eine engere Zusammenarbeit zwischen beiden Parlamenten unverzichtbar.

Das nennen die Antragsteller Union, SPD, FDP und Grüne als Hauptgrund ihres Beschlusswunsches. Geschichts- und kulturvergessener könnte man die ersten Sätze eines Antrags kaum formulieren. Deutschland und Frankreich haben die Geschichte, auch die Kulturgeschichte und Philosophie Europas maßgeblich geprägt und haben ganz sicher keinen Bedarf, europäischer zu werden, als sie es schon immer waren. „Sapere aude!“, mag man Ihnen da nur noch mit Immanuel Kant zurufen und Sie einladen, durch die Lektüre seiner Zeitgenossen Jean-Jacques Rousseau, Johann Christoph Gottsched, Gotthold Ephraim Lessing oder Voltaire an den Erkenntnissen der Aufklärung zu partizipieren.

En mariage

Un sort heureux

Est un rare avantage;

Ses plus doux feux

Sont un long esclavage.

Das legte Letzterer übrigens in „La Princesse de Navarre“ einem Wahrsager in den Mund. Und weiter:

Du mariage

Craignez les nœuds;

Il s'ont trop dangereux.

Eine weitere weise Warnung vor einer überstürzten Eheschließung.

Meine Damen und Herren, „Es müssen sich nicht alle heiraten, die einmal zusammen gähnen“, bemerkte Ovid. Nur weil in der Europäischen Union alles kriselt und es mit der Integration nicht so recht vorangehen mag, weil sie eben auch nicht funktioniert, brauchen wir keine grundlegende Veränderung der deutsch-französischen Partnerschaft. Das hier vorgeschlagene Parlamentsabkommen baut auf dem Aachener Vertrag auf und stärkt nicht die Freundschaft, sondern letztlich nur die falschen Ideen eines Herrn Macron. Wir sollten als Parlamente einen höheren Anspruch an uns selbst haben.

Lassen Sie mich mit einem Gedicht von Wilhelm Busch schließen:

Sie hat nichts und du desgleichen;

Dennoch wollt ihr, wie ich sehe,
Zu dem Bund der heil'gen Ehe
Euch bereits die Hände reichen.
Kinder, seid ihr denn bei Sinnen?

Überlegt euch das Kapitel!

Ohne die gehör'gen Mittel
Soll man keinen Krieg beginnen.

Vive l'amitié!

(Beifall bei der AfD)

gemeinschaft zwischen Deutschland und Frankreich – da brauchen wir uns gar nicht in irgendwelchen Heiratsfantasien zu ergen – jetzt durch eine enge parlamentarische Zusammenarbeit begleitet wird, in Ergänzung zu dem neuen deutsch-französischen Vertrag der Regierungen, dem Aachener Vertrag.

Ich will ausdrücklich die wohlwollende Begleitung in der Vorbereitung durch die beiden Parlamentspräsidenten, Herrn Schäuble und Herrn Ferrand bzw. Herrn de Rugy, würdigen und dank sagen für die gute Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe der beiden Parlamente zur Vorbereitung dieses Parlamentsabkommens.

Dieses Parlamentsabkommen und auch der deutsch-französische Vertrag sind möglich gewor-

den, weil wir in Frankreich bei der Regierung und im Parlament auf Partner gestoßen sind, die zu dem Schritt einer engen Verzahnung bereit waren, so wie auch wir es waren.

Schauen wir uns das sehr lobenswerte Kapitel zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im neuen deutsch-französischen Vertrag an, das maßgeblich auf die

Initiative der Parlamentarier zurückgeht. Diese Zusammenarbeit auch in regulatorischer Hinsicht ist nur möglich, weil es von der französischen Seite die Bereitschaft im Sinne einer asymmetrischen Dezentralisierung gab, im Grenzgebiet eine eigene Rechtsetzung zu bestimmten Anlässen vorzunehmen. Nur deshalb konnten wir dieses Kapitel so verabschieden.

Ich will einmal festhalten: dieses Parlamentsabkommen ist einmalig in seiner Art.

Ich will als zweites Beispiel für die segensreiche Mitwirkung der Parlamentarier an der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf die Einrichtung des Bürgerfonds hinweisen. Wir hoffen, dass er bald mit Geld gefüllt wird, um konkrete Projekte der Zusammenarbeit auch jenseits der eingefahrenen Städtepartnerschaften und Schulpartnerschaften zu unterstützen.

All das zeigt: Die parlamentarische Unterstützung für die deutsch-französische Freundschaft ist unverzichtbar und wertvoll. Deshalb wird die neu einzusetzende Parlamentarische Versammlung einen Schwerpunkt auf die Begleitung der Umsetzung des Aachener Vertrags legen. Ein anderer

Schwerpunkt wird auf der Konvergenz im Bereich der Rechtsetzung liegen, insbesondere bei der Umsetzung von EU-Recht. Auch das halte ich für richtig. Es gibt schon Vorarbeiten zu einem gemeinsamen Unternehmenssteuerrecht. Was immer auch die Rechtstraditionen sein mögen: Im Rahmen eines europäischen Binnenmarkts, in dem Deutschland und Frankreich sehr enge Partner sind, ist es doch nur sinnvoll, darüber nachzudenken, wie wir gemeinsam eine gerechte Unternehmensbesteuerung als Kern einer europäischen Harmonisierung zwischen Deutschland und Frankreich auf den Weg bringen können.

Entscheidend für die Zusammenarbeit wird sein – das ist mei-

ne Bitte, mein Appell an alle Kolleginnen und Kollegen –, dass wir mit der gesamten Breite des Parlaments, über alle Fachausschüsse und Fachpolitiken hinweg, die Arbeit der Parlamentarischen Versammlung unterstützen. Dabei geht es nicht nur um die 50 Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung und ihre Stellvertreter. Es geht um jeden Ausschuss, um jede Arbeitsgruppe. Es gibt bereits eine Reihe von Initiativen; ich weiß es vom Verteidigungsausschuss und von anderen Ausschüssen. Es gibt schon jetzt regelmäßige Treffen.

Es gibt schon Vorarbeiten zu einem gemeinsamen Unternehmenssteuerrecht.

Diese Treffen müssen auf immer weitere Ausschüsse ausgedehnt werden; denn die Parlamentarische Versammlung kann bei ihren zwei Treffen im Jahr gar nicht die ganze Breite der Zusammenarbeit in den Fachpolitiken abdecken. Das muss aus dem gesamten Parlament heraus geleistet werden. In den Bereichen Umwelt- und Verbraucherschutz, bei gesundheitspolitischen Fragen, bei steuerrechtlichen Fragen, aber auch in den klassischen Feldern der außenpolitischen Zusammenarbeit gibt es viele Themen, zu denen wir den

Austausch im Hinblick auf unterschiedliche parlamentarische Traditionen verstärken können.

Ich bitte Sie, in den Fachausschüssen Empfehlungen für die Parlamentarische Versammlung, die beiden Parlamente, vorzubereiten, damit wir möglichst viel Material für die deutsch-französische Zusammenarbeit der Parlamente haben.

In diesem Sinne wünsche ich ein gutes Gelingen. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit in dieser wichtigen Frage.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Michael Georg Link [FDP])

Nicola Beer, FDP:

Den Gedanken dieser Art von Zusammenarbeit weitertragen



Nicola Beer (*1970)
Landesliste Hessen

Letztes Jahr feierten wir gemeinsam in diesem Haus mit den Kolleginnen und Kollegen der französischen Nationalversammlung 55 Jahre Élysée-Vertrag. Gleichzeitig verabschiedeten wir eine Resolution, welche die historische Leistung von Charles de Gaulle und Konrad Adenauer würdigte, nur 18 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, nach einem Jahrhundert von kriegerischen Auseinandersetzungen einen Freundschaftsvertrag zu schließen.

Dieser Freundschaftsvertrag war ein Meilenstein, ein Meilenstein, der das Fundament für eine enge bilaterale Zusammenarbeit legte und den Weg für weitere Schritte der europäischen Integration bereitete.

Aber unsere Resolution bestand nicht nur aus schönen Worten. Es ging uns um konkrete Vorschläge zur Vertiefung der deutsch-französischen Zusammenarbeit, und zwar durch zwei Initiativen: zum einen die Erneuerung des Élysée-Vertrags – und damit auch das

Aufgreifen einer Initiative von Präsident Emmanuel Macron aus 2017, auf die es leider keine konkrete Aktion der Bundesregierung gab – und zum anderen die Verabschiedung eines zusätzlichen, eines neuen deutsch-französischen Parlamentsabkommens. Damit sind wir Vorreiter für eine neue Ebene interparlamentarischer Zusammenarbeit geworden, Herr Kleinwächter. Genau das war auch gewollt.

Schade, dass der Aachener Vertrag die Parlamente und ihre besondere Rolle nur am Rande erwähnt! Das passt meines Erachtens aber zu der Ignoranz, mit der die Bundesregierung den Bundestag zwang, den lange geplanten Termin zur Unterzeichnung des Parlamentsabkommens zu ver-

schieben, um kurzfristig selbst einen Festakt in Aachen abzuhalten.

Wie es anders geht, hat der Deutsche Bundestag meines Erachtens mit der interfraktionellen Initiative für unser deutsch-französisches Parlamentsabkommen gezeigt.

Ich finde besonders gut, dass es jetzt die Volksvertretungen beider Länder sind, die ganz konkrete Projekte voranbringen wollen, Projekte, um Europa für die Bürgerinnen und Bürger erlebbarer zu machen, Projekte, um die europäische Integration zum Nutzen der Menschen voranzutreiben, und auch Projekte, um wieder mit der europäischen Leidenschaft anzustecken, und das sehr gerne auch in der Sprache des Nachbarn.

Umso wichtiger ist, dass wir ge-

meinsam diese Verstärkung unseres Engagements nicht als etwas Exklusives, als etwas andere Ausgrenzendes verstehen und praktizieren, sondern ganz bewusst, von dieser Basis ausgehend, auf andere zugehen, um den Gedanken dieser Art von Zusammenarbeit weiterzutragen. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Lage in der Europäischen Union denke ich da zuvörderst an die Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks.

Ich glaube, dass gerade Deutschland den Eindruck vermeiden muss, nur mit bestimmten Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten oder gar deutsche Alleingänge aneinanderzureihen, so wie wir das in den letzten Jahren bei der Bundesregierung – von Migration bis Nord Stream – leider gesehen haben. Umso mehr begrüßen wir das heutige Parlamentsabkommen. Es ist wahrhaftig ein einzig-

artiges Format, direkt miteinander und nicht übereinander zu reden, direkt miteinander an der europäischen Sache zu arbeiten. Den Anfang macht die Konstituierung

Schade, dass der Aachener Vertrag die Parlamente und ihre Rolle nur am Rande erwähnt.

der Deutsch-Französischen Versammlung am kommenden Montag, und das sollte nicht der letzte Schritt gewesen sein. Letztendlich unterstützen wir mit dieser Initiative auch den europäischen Reformanstoß von Emmanuel Macron. Denn selbst wenn wir nicht in allen Punkten, die er vorschlägt, mit ihm übereinstimmen, so braucht er dringend Partner für die notwendige Reform der Europäischen Union.

Ich finde es gut, dass er Unterstützung erfährt; denn er wartet schon sehr lange auf eine Antwort der Bundesregierung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)



Am 22. Januar 2019 unterzeichneten der französische Präsident Emmanuel Macron (links) und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) den Aachener Vertrag, der den Élysée-Vertrag von 1963 fortschreibt.

© picture-alliance/Sven Simon/Malte Ossowski

Fabio De Masi, Die Linke:

Die Hinterzimmerposse um das Abkommen überzeugt uns nicht



Fabio De Masi (*1980)
Landesliste Hamburg

Laut amtlichem Handbuch des Bundestages ist Herr Kleinwächter ledig. Ich muss sagen: Nach Ihren Ausführungen zum Eheleben überrascht mich das irgendwie nicht.

Meine Fraktion befürwortet selbstverständlich eine engere deutsch-französische Zusammenarbeit. Wir meinen aber, Europa über Rüstung einen zu wollen, so wie es im Aachener Vertrag angelehnt ist, darüber, dass man Waffenexporte nach Saudi-Arabien erleichtert, wird nicht gelingen. Die Linke ist überzeugt – der Brexit zeigt es ja –, dass der Zusammenhalt in der EU schwindet. Wir sind überzeugt: Wer den europäischen Zusammenhalt sichern will, der muss etwas für den sozialen Zusammenhalt in der EU tun.

Selbst Präsident Macron, der in Frankreich bisher als Präsident der Reichen galt, hat unter dem Druck von Protesten angefangen, über soziale Reformen in der EU zu reden, Beispiel: Mindestlöhne. Gemeint ist nicht ein einheitlicher Mindestlohn in Bulgarien und Schweden; der wäre für Bulgarien zu hoch und für Schweden zu niedrig. Gemeint ist,

dass überall in Europa 60 Prozent der nationalen Durchschnittslöhne als Mindestlohn gelten soll. In Deutschland läge der Mindestlohn dann bei über 12 Euro, wie es Die Linke fordert, was auch nötig ist, um zu verhindern, dass Menschen, die ihr ganzes Leben lang geschuftet haben, im Alter zum Amt müssen.

Die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer müsste als Saarländerin Frankreich eigentlich verstehen. Sie hatte für diese Vorschläge von Herrn Macron aber nur ein Nein übrig. Sie ist noch

nicht Kanzlerin; aber sie ist bereits „Madame Non“. Der außenpolitische Berater des großen Europäers Helmut Kohl, Horst Teltschik, erinnerte kürzlich daran, dass Europa Krisen immer dann meisterte, wenn sich Deutschland, Frankreich und auch Russland – wie beim Minsker Abkommen für die Ukraine – an einen Tisch setzten.

Im Antrag der Großen Koalition steht, wir sollten transatlantisch bleiben und europäisch werden. Wir meinen aber: Wenn die EU ihre Interessen ernst nimmt, muss sie sich vom Rockzipfel Donald Trumps lösen. Dazu gehört auch, wie es Herr Kubicki gestern gefordert hat, dem US-Botschafter Richard Grenell einen Rückflug in die USA zu spendieren, wenn er sich weiter danebenbenimmt.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit wäre eine Chance, Europa aus der Depression zu führen. Meine Fraktion hat eine tiefere Zusammenarbeit zwischen Assemblée nationale und Bundestag mit großer Sympathie begleitet; aber die GroKo hat hierbei fast alles falsch gemacht, was man falsch machen konnte.

Erstens. Monatlang warteten wir auf den Aachener Vertrag der Regierungen. Im Januar – die Kollegin Beer hat daran erinnert – wollten wir dieses Abkommen dann auf den Weg bringen; aber weil Herr Macron und Frau Merkel dann doch mit ihrem Vertrag fertig wurden, hat man das kurzerhand abgesetzt. Frei nach dem Motto von Ludwig XIV.: „L'état c'est moi.“

Zweitens. Der Aachener Vertrag, der durchaus auch sinnvolle Aspekte bei Kultur und Forschung enthält, setzt einen völlig falschen Schwerpunkt auf Aufrüstung. Wer meint, die EU sei in der Krise, weil zu wenig Waffen oder Flugzeugträger produziert werden, weil der militärisch-industrielle Komplex in Europa noch nicht mächtig genug ist, der hat nichts verstanden, verehrte Damen und Herren. Die Kriege im Nahen und Mittleren Osten haben Terror, Staatenverfall und Flucht begünstigt. Mehr Aufrüstung bedeutet eben nicht mehr, sondern weniger Sicherheit und Stabilität in Europa.

Drittens. Wir haben von einer geheimen Nebenabrede aus der

Presse erfahren, wonach die Bundesregierung kein Veto bei gemeinsamen Rüstungsprojekten mit Frankreich einlegen wird, wenn die Waffen zum Beispiel nach Saudi-Arabien, an eine Diktatur, an Sponsoren des internationalen Terrorismus, geliefert werden. Die Begründung ist geradezu zynisch: Europe United, ein gemeinsames Europa, erfordere, dass wir unsere nationalen Waffenexportrichtlinien aufweichen. Das, verehrte Damen und Herren, ist ein Missbrauch der europäischen Idee.

Geht es um die Euro-Zone, um die schwarze Null oder eine Mindestlohnrichtlinie, soll die EU immer deutsch sprechen; aber bei

Rüstungsexportrichtlinien oder einer echten Finanztransaktionssteuer entdeckt die GroKo ihr Herz für Europa, und angeblich ist nichts alleine durchsetzbar. Das nimmt Ihnen keiner ab.

Viertens. Die Große Koalition will nun die sogenannte doppelte Mehrheit in der Geschäftsordnung der deutsch-französischen Versammlung verankern, damit ja nichts gegen die Mehrheit von Herrn Macron in Frankreich oder die Mehrheit von Frau Merkel in diesem Haus entschieden werden kann. Dann könnten die Parlamente aber auch gleich getrennt beraten. Das ist doch absurd, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Deutschland und Frankreich könnten Hoffnung für Europa stiften mit stärkerer Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Investitionen, gegen Jugendarbeitslosigkeit oder gegen den Klimawandel, bei Strafsteuern auf Finanzflüsse in Steueroasen, auch solchen in der EU, bei Abrüstung oder bei einem Friedensdienst junger Deut-

scher und Franzosen, bei Forschungen im Bereich der künstlichen Intelligenz und auch bei der Bildung für natürliche Intelligenz, bei Kultur und deutsch-französischen Medien wie Arte. Das wäre im Geist von Égalité, Liberté und Fraternité.

Ich fasse zusammen: Die Linke hat sich bemüht, zwischen dem Aachener Vertrag und dem Parlamentsabkommen zu unterscheiden. Wir erkennen auch die redlichen Bemühungen von Herrn Jung, für Ausgleich zu sorgen, an. Aber die ganze Hinterzimmerposse um dieses Parlamentsabkommen hat es uns verleidet. Sie überzeugt uns nicht. Deswegen wird meine Fraktion dem Parlamentsabkommen mehrheitlich nicht zustimmen. Die Linke fühlt sich der deutsch-französischen Freundschaft verpflichtet, aber nicht der Rüstungsindustrie und nicht den Regierungen in Berlin und Paris.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Franziska Brantner, Bündnis 90/Die Grünen:

Ohne uns Parlamentarier gäbe es keinen Aachener Vertrag



Franziska Brantner (*1979)
Landesliste Baden-Württemberg

Ich habe mich auf den heutigen Tag echt gefreut; denn es ist ein guter Tag für die deutsch-französischen Beziehungen. Wir leisten hier heute gemeinsam echt etwas ziemlich Großartiges.

Heute, Herr De Masi, steht das Parlamentsabkommen auf der Tagesordnung. Wir werden noch über den Aachener Vertrag debattieren und diesen ratifizieren; darüber stimmen wir aber heute nicht ab.

Sie, Herr Jung, haben gesagt: Das ist die Antwort des Parlaments auf den Aachener Vertrag. – Ich würde es eher andersherum definieren: Ohne uns Parlamentarier hätte es gar keinen Aachener Vertrag gegeben. Es war ja unsere parlamentarische Initiative. Blöderweise hat die Regierung dann

gemeint, sie müsse vorspurten. Aber ohne uns wäre es dazu nicht gekommen.

Nachdem die Assemblée nationale schon letzte Woche zugestimmt hat, können auch wir das Abkommen heute verabschieden. Ich möchte mich an der Stelle für die gute Zusammenarbeit mit den französischen Kollegen in unserer Arbeitsgruppe wirklich bedanken. Auch Ihnen, Herr Dr. Schäuble, möchte ich für Ihren Einsatz für dieses Parlamentsabkommen persönlich danken.

Das Abkommen ist eine gute Grundlage für unsere zukünftige Arbeit, aber es ist eben auch nur ein Fundament. Jetzt kommt es auf uns an. Es kommt darauf an, was wir daraus machen, ob wir es schaffen, dass dort spannende, relevante, gute Debatten stattfinden, oder ob es nur schöne Fotos gibt und man sich sagt, wie gerne man sich hat. Unserer Meinung nach muss es da um die wirklich schwierigen Themen gehen. Wir müssen über folgende Fragen diskutieren: Wie geht es mit der gemeinsamen Rüstung weiter? Wie machen wir zusammen den Euro stabil? Wie sorgen wir auf europäischer Ebene

gemeinsam für mehr Klimaschutz? Wir müssen die harten Themen angehen, wo wir wissen, dass nicht alle einer Meinung sind, und hoffentlich gute Lösungen finden, die die Regierungen momentan offensichtlich nicht hinbekommen.

Deswegen war es mir auch wichtig, dass wir nicht unilateral, ohne die Zustimmung der Franzosen bzw. ohne Absprache mit den Franzosen, schon ein Abstimmungsverfahren für diese Versammlung festgelegt haben. Einen größeren Affront gegenüber der Assemblée nationale hätte es ja gar nicht geben können. Außerdem wäre diese Versammlung sinnentleert, wenn es um nichts anderes ginge als darum, dass eine deutsche Position auf eine französische trifft. Dann hätten wir nämlich nur Regie-

rungsverhandlungen gedoppelt, und das kann nicht der Sinn dieser Versammlung sein. Wir müssen Neues schaffen.

Herr Kleinwächter, alles wird ja nur rechtlich wirksam, wenn es durch den Bundestag und durch die Assemblée nationale gegangen ist. Von daher: Wenn Sie diese Versammlung nicht wollen, müssen

Wenn die EU ihre Interessen ernst nimmt, muss sie sich vom Rockzipfel Donald Trumps lösen.

Wir müssen die harten Themen angehen, wo wir wissen, dass nicht alle einer Meinung sind.



Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) und Richard Ferrand, Präsident der französischen Assemblée bei einer Pressekonferenz zum Parlamentsabkommen im November 2018
© picture-alliance/AP Images/Francois Mori

Sie nicht mitkommen. Es wird Sie keiner vermissen. Ich frage mich bis jetzt, was von Ihrer Rede Inhalt war und was darstellendes Spiel. Das haben Sie ja gut studiert.

Wir wollen gemeinsame Wege gehen. Wir sollten nicht nur Schlagworte produzieren, sondern auch wirkliche Lösungen fin-

den, und wir sollten damit aufhören, Vorurteile voranzubringen nach dem Motto „Der eine will nur unser Geld, der andere will nur dominieren“.

Nur wenn wir wirklich zuhören, haben wir die Möglichkeit, Sorgen und Wünsche ernst zu nehmen und gemeinsam darüber zu diskutieren, zu überlegen, wie

wir Europas Stimme in der Welt stärken, aber auch kritisch darüber diskutieren können. Ich darf dazu noch etwas sagen: Die Regierungen haben offensichtlich die Bedeutung unserer Versammlung noch nicht wirklich verstanden und sie in ihrem Aachener Vertrag auch nicht verankert.

Der Vertrag enthält zum Bei-

spiel eine Vorhabenliste, die die Schaffung von deutsch-französischen Ministerräten vorsieht, die entscheiden werden. Was wir jetzt noch sicherstellen müssen, ist, dass wir dabei auch ein Wort mitzureden haben. Es wird die Aufgabe sein, die Parlamentarische Versammlung vertraglich zu verankern, damit klar ist: Wir bringen die Ideen ein, die Regierungen können sie dann gerne umsetzen.

Wir haben ja gesehen, dass im Aachener Vertrag euro-patechnisch nicht so wahnsinnig viel drin ist. Wir haben es gehört: Es gibt noch Nebenabsprachen zu Rüstungsexporten. Was ich daran eigentlich das Tragischste finde, ist, dass der Aachener Vertrag ja zum Ziel hatte, Europa voranzubringen. Aber wenn wir jetzt bilateral Absprachen zu Rüstungsexporten treffen und den gemeinsamen europäischen Standpunkt zu Waffenexporten nicht zum Maßstab machen, dann ist das kein europäischer Fortschritt, sondern ein deutsch-französischer Rückschritt, und das kann ja wohl nicht das Ziel von deutsch-französischer Kooperation sein.

Erlauben Sie mir noch einen Kommentar. Es ist ja wunderbar, wenn die neue Parteivorsitzende der CDU auf Herrn Macron rea-

giert. Aber in der ersten Antwort zu sagen: „Wir schaffen mal den Sitz in Straßburg ab“, ist doch eine reine Provokation, wenn man weiß, wie wichtig das für die Franzosen ist, und wenn man weiß, wie wichtig es ist, dass alles in Europa nicht nur in Brüssel zentralisiert ist. Ich bin echt kein Fan kompletter Zentralisierung, aber anscheinend Frau Kramp-Karrenbauer. Aber selbst wenn man der

Auffassung ist, alles zu zentralisieren, sei richtig, dann kann das nicht das erste Willkommenswort an Herrn Macron sein, sondern dann muss man vielleicht mal etwas diplomatischer rangehen.

Von daher: Hören Sie auf, die deutsch-französische Freundschaft zu gefährden. Lassen Sie uns das Ganze endlich voranbringen. Wir machen hier heute den ersten richtigen und wichtigen Schritt.

Wir werden lebendig diskutieren, Feuer in die Bude bringen, das Ganze voranbringen. Ich bin optimistisch, dass die Zukunft noch viel Wunderbares für Europa bringt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Andreas Jung [CDU/CSU])

Ich bin optimistisch, dass die Zukunft noch viel Wunderbares für Europa bringt.

Ursula Groden-Kranich, CDU/CSU:

Die Fragen aus der Sicht des anderen sehen



Ursula Groden-Kranich (*1965)
Wahlkreis Mainz

Wir haben jetzt schon sehr viel über diese Zeit gehört. Aber ich möchte einfach noch etwas dazu sagen, was mir in diesem Jahr unheimlich wichtig war und was wir uns im Januar des vergangenen Jahres wahrscheinlich noch überhaupt nicht haben vorstellen können. Als wir unsere gemeinsame Ar-

beitsgruppe gebildet haben, wussten wir nicht wirklich, wo wir stehen. Wir hatten noch keine Regierung in der Bundesrepublik. Es gab ein neues Zusammengehen mit der Bewegung „La République en Marche“, die keine klassische Partei ist. In diesem Jahr ist etwas gelungen, was wir uns so vielleicht gar nicht haben vorstellen können. Wir haben versucht – zumindest zu großen Teilen diejenigen, die dort gearbeitet haben –, die Fragen aus der Sicht des anderen zu sehen. Wir haben darum gerungen, zu verstehen: „Was meinen die Kolleginnen und Kollegen aus Frankreich?“, und dies partei- und grenzübergreifend. Ich glaube, das ist das ganz Besondere dieser deutsch-französischen Arbeitsgruppe. Das ist nämlich ein echter Mehrwert gewesen.

In den Dank an Herrn Dr. Schäuble und an alle unsere anderen Kolleginnen und Kolle-

gen möchte ich ganz besonders die Verwaltungen einschließen. Es war nämlich nicht selbstverständlich, dass wir alles in dieser Zeit hinbekommen haben, auch in den unterschiedlichen Sprachregimen. Deswegen freut es mich sehr, dass auch Herr Schlichting stellvertretend da ist. Vielen Dank Ihnen und Ihren Kollegen! Sie haben uns super geholfen und unterstützt.

Wir haben eines gemacht: Wir haben Gemeinsamkeiten benannt, und wir haben Unterschiede nicht verschwiegen. Ich glaube, das ist etwas, was uns auch die nächste Zeit auszeichnen wird. Wir bleiben unterschiedlich, aber wir rücken näher zusammen. Wir versuchen, diese Unterschiede zu über-

winden; aber manchmal wird dies nicht gehen. Grundlage dafür sind gegenseitiges Vertrauen und Verständnis und nicht Misstrauen und Missverständnis. Wir wollen gemeinsam etwas erreichen und nicht gemeinsam etwas verhindern. Das zeichnet diesen Vertrag aus.

Aber es hilft ja nun alles nichts, wenn wir uns hier katholischer machen, als wir sind. Wir müssen hinausgehen. Wir müssen den Menschen sagen, was uns wichtig ist. Wir müssen zeigen, was uns dieser Vertrag bedeutet. Deswegen haben wir das auch schon gemeinsam gemacht: meine Kollegin Frau Dr. Brantner

mit ihrer Kollegin aus Frankreich. Christoph und ich waren schon gemeinsam unterwegs. Wir müssen grenz- und parteiübergreifend dafür werben, weil die deutsch-französische Freundschaft mehr ist, als einfach nur Landesgrenzen zu übertreten. Deswegen müssen wir auch diejenigen stärken, die schon seit vielen Jahren für die deutsch-französische Freundschaft

aktiv sind.

Wir haben viele Partnerstädte in der Bundesrepublik und in Frankreich. Wir müssen die Partnerschaftsvereine, die Jumelages stärken. Deswegen ist auch die Nachfrage nach dem Bürgerfonds so groß, den wir nicht nur mit Geld ausstatten müssen, sondern den wir auch so unbürokratisch wie möglich gestalten müssen, damit wir diese Vereinigungen, die wahrscheinlich gar nicht großes Geld, sondern in bestimmten Situationen nur kleines Geld brauchen, schnell und unbürokratisch unterstützen können. Ich glaube, dazu ist der Wille bei uns, die wir seit einem Jahr so eng zusammenarbeiten, schon gegeben.

Wir möchten die grenzübergreifende Zusammenarbeit stärken. Wir haben bei unserem Treffen in Straßburg gemerkt, dass grenzübergreifende Zusammenarbeit möglich ist. Wir sind mit der Tram und mit einem Ticket von Straßburg nach Kehl gefahren. Das zeigt uns, was es bedeutet, wenn wir wirklich zusammenarbeiten wollen.

Ich komme aus Rheinland-

Fortsetzung auf nächster Seite

Wir haben Gemeinsamkeiten benannt, und wir haben Unterschiede nicht verschwiegen.

Pfalz, aus Mainz, aus einer Stadt, die eine ganz wechselhafte Geschichte mit Frankreich hat. Aber wir haben eines geschafft: Wir ha-

ben schon über unglaublich viele Jahre hinweg eine intensive Freundschaft zu Dijon. Die Kinder haben dies in der Schule gelernt.

Auch das ist ein Anspruch, den wir an uns haben: Wir wollen die Sprache des anderen sprechen. Wir wollen sie lernen. Dahin wol-

len wir arbeiten.

Ich freue mich sehr auf das, was jetzt begonnen worden ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Michael Georg Link, FDP:

Wir können viel mehr aus der Grenzregion machen



Michael Georg Link (*1963)
Landesliste Baden-Württemberg

Dem Dank schließe ich mich auch für meine Fraktion an. Es war eine spannende Arbeit. Ich durfte meine Fraktion in der Arbeitsgruppe

vertreten. Ich schließe mich im Namen meiner Fraktion dem Dank an die beiden Präsidenten, insbesondere an Sie, Herr Präsident, dem Dank an die französischen Kolleginnen und Kollegen, dem Dank an unseren Vorsitzenden und dem Dank an alle Kollegen der Arbeitsgruppe und der Verwaltung, die Unvergleichliches geleistet hat, an.

Wir haben interessanterweise – das sollte man einfach sagen – das auf Deutsch und Französisch, ohne Englisch, ganz gut hinbekommen. Die Regierungen müssen noch ein bisschen lernen. Der Aachener Vertrag wurde auf Englisch verhandelt und dann übersetzt. Wir haben es gleich auf Deutsch und Französisch gemacht. Das

war, glaube ich, ein bisschen moderner, ein bisschen zeitgemäßer, und es zeigt, was geht, wenn man will und wenn man die Parlamente einbindet. Hätten Sie als Regierung das doch auch beim Aachener Vertrag so gemacht! Ich kann mich noch gut erinnern: Am Anfang ist man in Kontakt, mal informell, mal formell, und dann hört man dies und jenes. Ja, es ist nicht so einfach, zu verhandeln. Aber die Vorhabenliste, die Projektliste gibt es in dieser Form nur – das sollten wir selbstbewusst sagen –, weil es die Parlamente gibt. Ansonsten wäre hier nur sehr viel Ankündigung.

Also: Trauen Sie den Parlamenten mehr zu, und machen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen,

nicht mit bei der Selbstverzerung des Parlaments. Lassen Sie uns, wenn es um die Umsetzung des Aachener Vertrages geht – wir haben den völkerrechtlichen Vertrag noch zu ratifizieren –, ein Begleitgesetz machen, in das wir schreiben, dass wir, die Parlamente, und die Deutsch-Französische Versammlung – um die geht es heute – eine Rolle bei der Bearbeitung und Weiterentwicklung der Projektliste zu spielen haben. Das wäre wirklich stark. Dafür lassen Sie uns gemeinsam überfraktionell arbeiten.

Noch einmal: Wir erzielen heute kein Ergebnis, sondern erschaffen ein Instrument, ein Werkzeug. Was wir mit dem Werkzeug machen, was wir mit ihm herstellen, was wir mit ihm zwischen unseren Völkern gemeinsam schaffen, vor allem das Miteinanderreden und nicht das Übereinanderreden, das Rücken

der Grenzregionen in die Mitte, haben wir in der Hand.

Überhaupt, das soll mein letzter Satz sein, da ich aus Baden-Württemberg komme: Viele, die seit Jahrzehnten an der Grenze leben, haben auf so etwas gewartet. Wir haben es selbst in der Hand, viel mehr aus der Grenzregion zwischen Deutschland und Frankreich, die das höchste ungehobene Potenzial an Wirtschaft, an Entwicklung, an menschlichen Fortschritten hat, zu machen, und das passiert hoffentlich nicht nur an der deutsch-französischen Grenze, sondern auch an anderen Grenzen.

Vielen Dank für meine Fraktion an alle, die mitgewirkt haben. Wir freuen uns auf die Arbeit.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir erzielen heute kein Ergebnis, sondern erschaffen ein Instrument.

Katrin Budde, SPD:

Den Vertrag mit Leben erfüllen



Katrin Budde (*1965)
Landesliste Sachsen-Anhalt

Was ist das Besondere am Deutsch-Französischen Parlamentsabkommen? Wir hatten am Freitag letzter Woche eine Debatte: Was unterscheidet die Ostdeutschen von den Westdeutschen? Oder: Wer ist Ostdeutscher, wer ist Ostdeutsche? Ein Beispiel dafür, wie unterschiedlich Sozialisierung ist, ist das Thema Völkerfreundschaft. Wenn man das betrachtet, Herr Kleinwächter, dann stellt man fest, dass die Völkerfreundschaft zu den Bruderstaaten – Schwesterstaaten gab es nicht; so weit ging

die Gleichstellung nicht – im Osten etwas gewesen ist, was vom Staat, von oben herab verordnet war. Auch das hat am Ende zu Freundschaften geführt, die bis zum Ende gehalten haben und bis heute produktiv und aktiv sind. Aber die Herangehensweise war eine ganz andere. Die deutsch-französische Freundschaft ist genau das Gegenteil; sie ist selbstbestimmt gewachsen. Die Zusammenarbeit, der Austausch, die Freundschaftsverträge zwischen Menschen, zwischen Regionen, zwischen Parlamenten und Staaten haben auch deshalb so großen Bestand und sind deshalb auch fit für die Zukunft und für das neue Europa.

Ich finde, dass die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich etwas ganz Besonderes sind; denn beide sind Stabilitätsanker in der EU. Uns verbinden unzählige Freundschaften, eine Zusammenarbeit auf allen Ebenen und mit dem heute vorliegenden Deutsch-Französischen Parlamentsabkommen auch eine Art der Zusammenarbeit, die ganz besonders ist. Sie ist besonders eng,

besonders intensiv, besonders freundschaftlich, vertraut, aber auch besonders parlamentarisch.

Im Abkommen werden die Ausschüsse der beiden Parlamente ausdrücklich ermutigt und aufgefordert, bei Fragen von gemeinsamem Interesse zusammenzuarbeiten. Neben den im Vertrag ausdrücklich genannten Feldern der Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ist das ganz sicher die Kultur- und Medienpolitik. Es ist die Kultur an sich. Es ist der Bereich, der in der Politik und für die Gesellschaft am wichtigsten ist. Allein die Themen, die der Ausschuss des Deutschen Bundestages im letzten Jahr behandelt hat oder die in Kürze zur Beratung anstehen, zeigen das: Kultur im ländlichen Raum, Erinnerungskultur, freier Eintritt in Museen, Umgang mit der NS-Raubkunst, Umgang mit Kulturgütern im kolonialen Kontext, europäische Kulturpolitik, Urheberrecht.

Das sind die Themen, und jedes einzelne bietet nicht nur Anknüpfungspunkte, sondern fordert geradezu dazu auf, das umzusetzen, was im Vertrag formuliert ist: gemeinsame Sitzungen, gemeinsame Anhörungen, gemeinsame Berichterstattungsgespräche, Austausch und Koordinierung hinsichtlich der aktuellen Gesetzgebungsvorhaben der Europäischen Union, die Anwendung eines gemeinsamen Frühwarnmechanismus – ich finde, eine sehr kluge Idee und zumindest der Versuch, eine inhaltsgleiche Umsetzung von europäischem in nationales Recht zu erreichen –, gemeinsame Delegationsreisen. Die Ausschussvorsitzenden werden ermutigt, in regelmäßigen Abständen Themen von gemeinsamem Interesse zu erörtern.

Ich – und ich glaube, der gesamte Kulturausschuss – freue mich darauf, den Vertrag mit Leben zu erfüllen. Denn am Ende kommt es darauf an, was wir daraus machen. Ich glaube, das ist eine super Vorlage, das parlamentarisch so auszugestalten, wie das in keinem anderen Freundschaftsverhältnis möglich ist. Es kommt immer darauf an, was man daraus macht. Der Kontakt zum Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur und Bildung in der französischen

Nationalversammlung, Herrn Studer, ist jedenfalls hergestellt.

Nehmen wir doch das auf, was gerade um uns herum passiert: Wir haben junge Leute, die sich interessieren, die auf die Straße gehen, die international beim Thema Umwelt für ihre Zukunft eintreten – nicht nur in Deutschland, nicht nur in Frankreich, nicht nur in Europa, aber auch in Deutschland und Frankreich. Versuchen wir doch vielleicht mal, das Parlamentsabkommen auf besondere Art auszugestalten und ein deutsch-französisches Jugendparlament einzurichten. Ich glaube, das würde die jungen Menschen ermutigen, weiter Politik zu machen.

So könnte man ihr Interesse nicht nur aufflammen lassen, sondern dauerhaft wecken. Wir brauchen die jungen Leute in der Politik, wir brauchen sie bei der Umsetzung von Freundschaftsverträgen, wir brauchen sie in den Parteien. Ansonsten wird unsere Demokratie jämmerlich scheitern. Deshalb: Lassen Sie sie uns mitnehmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Versuchen wir doch mal ein deutsch-französisches Jugendparlament einzurichten.

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Matern von Marschall (CDU/CSU), Christian Petry (SPD) und Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU).

leicht
erklärt!

Frankreich und Deutschland

Bessere Zusammenarbeit durch 2 Verträge



Abstimmung im Bundestag



Am 20. März hat der Bundestag über eine Abmachung abgestimmt.

Dabei ging es um Folgendes:
Der Bundestag will in Zukunft stärker mit der französischen National-Versammlung zusammenarbeiten.

Was die National-Versammlung ist, wird später noch erklärt.

Schon im Januar gab es eine weitere Abmachung zwischen Frankreich und Deutschland.

Auch dabei ging es darum, wie die beiden Länder miteinander arbeiten.

Im folgenden Text steht mehr zu diesen beiden Abmachungen.



Lange Zeit waren beide Länder Feinde.

Noch im 2. Welt-Krieg haben sie gegeneinander gekämpft.
Der 2. Welt-Krieg war ein großer Krieg.
Er dauerte von 1939 bis 1945.

Nach dem Zweiten Welt-Krieg hat sich das aber geändert.

Frankreich und Deutschland haben angefangen, zusammenzuarbeiten.

Am 22. Januar 1963 haben sie eine Abmachung unterschrieben.

Sie hat den Namen:
Élysée-Vertrag.

Benannt wurde der Vertrag nach dem Élysée-Palast in Paris.
Dort wurde er unterschrieben.

In dem Vertrag ging es zum Beispiel darum, dass Politiker aus beiden Ländern sich regelmäßig treffen.

Dass es Absprachen in der Politik gibt.

Und dass Menschen aus beiden Ländern zusammentreffen.



Deutschland und Frankreich – Aus Feinden werden Freunde

Deutschland und Frankreich teilen eine lange, gemeinsame Geschichte.



Mehr in einer früheren Ausgabe

Mehr zu diesem Thema finden Sie in einer früheren Ausgabe von „Leicht erklärt“.

Und zwar in der Ausgabe Nummer 83 mit dem Titel:

Deutschland und Frankreich – Wie aus Gegnern Freunde wurden.

Sie wurde im Januar 2018 veröffentlicht.

Und zwar in:
Das Parlament 4-5/2018.

Der Aachener Vertrag

Die Zusammenarbeit von Frankreich und Deutschland funktionierte sehr gut.

Oft spricht man inzwischen von einer Freundschaft zwischen beiden Ländern.

Und man sagt: Es ist sehr wichtig für die Europäische Union, dass beide Länder gut zusammenarbeiten.

Die Europäische Union ist eine Gruppe von mehreren europäischen Ländern.

Sie haben sich zusammengetan. Denn sie wollen eine bessere Politik für ganz Europa machen.

Im Januar 2018 war der Élysée-Vertrag 55 Jahre alt.

Dazu gab es verschiedene Feierlichkeiten.

Außerdem haben im Sommer 2018 Politiker aus beiden Ländern beschlossen:

Es soll einen neuen Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich geben.

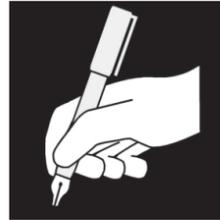
Er soll den Élysée-Vertrag ergänzen.



Denn: In den letzten 56 Jahren haben sich Europa und die Welt sehr verändert.

Darum haben Frankreich und Deutschland inzwischen neue Aufgaben und Ziele.

Und die sollten in dem neuen Vertrag aufgeschrieben werden.



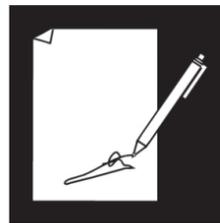
Der neue Vertrag hat den Namen:
Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration.

Kurz nennt man ihn auch:
den Aachener Vertrag.

Und zwar, weil er in der Stadt Aachen unterschrieben wurde.

Unterschrieben haben ihn
Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Und der französische Präsident
Emmanuel Macron.



Das haben sie am 22. Januar 2019 gemacht.

Also genau 56 Jahre nachdem der Élysée-Vertrag unterschrieben wurde.

Dieses Datum hat man ganz bewusst gewählt.

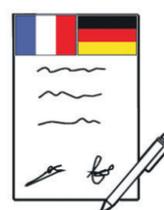
Damit wollte man zeigen:
Der Aachener Vertrag ist eine Fortsetzung vom Élysée-Vertrag.

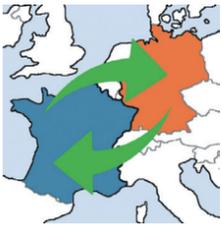


Inhalt des Aachener Vertrages

Im Aachener Vertrag machen beide Länder unter anderem Folgendes ab:

In verschiedenen Bereichen der Politik wollen sie stärker zusammenarbeiten.





Zum Beispiel:

- Außen-Politik
In der Außen-Politik geht es um den Umgang mit anderen Ländern.
- Sicherheits-Politik und Verteidigungs-Politik
In diesem Bereich geht es darum, wie man sich vor Gefahren durch andere Länder schützen kann.
- Wirtschafts-Politik
Dabei geht es um Dinge wie Arbeits-Plätze, Geld und Handel.
- Schule, Uni und Forschung
- Klima-Schutz
- Das Miteinander von Menschen aus Frankreich und Menschen aus Deutschland soll noch besser werden.

Vor allem im Gebiet an der Grenze zwischen beiden Ländern.

Städte dort sollen zum Beispiel gemeinsame Projekte machen können.

Das deutsch-französische Parlaments-Abkommen

Der Aachener Vertrag ist also eine wichtige Abmachung für Frankreich und Deutschland.

Und letzte Woche ist noch eine weitere dazugekommen.

Der Bundestag hat dieser Abmachung am 20. März zugestimmt.

Sie hat den Namen: Deutsch-französisches Parlaments-Abkommen.

Dabei geht es um Folgendes:

Die Parlamente von Frankreich und Deutschland sollen stärker zusammenarbeiten.



Ein Parlament ist eine Gruppe von Politikern.

Die Bürger in einem Land haben sie gewählt.

Sie vertreten alle Menschen in ihrem Land.

Ihre Aufgaben sind zum Beispiel:

- Sie machen Gesetze.
- Sie bestimmen, für was Geld in einem Staat ausgegeben wird.
- Sie kontrollieren die Regierung.

Ein Parlament sorgt also dafür, dass in einem Staat möglichst viele Menschen mitbestimmen können.



Das deutsche Parlament ist der Bundestag.

Das französische Parlament besteht aus zwei Teilen.

Der eine Teil heißt Senat.

Der andere Teil heißt National-Versammlung.

Das deutsch-französische Parlaments-Abkommen ist ein Vertrag zwischen dem Bundestag und der französischen National-Versammlung.

Worum geht es bei dem Vertrag?

Das deutsche und das französische Parlament wollen in Zukunft regelmäßig zusammenarbeiten.

Dazu haben sie eine Gruppe gegründet.

Sie nennt sich: Deutsch-französische parlamentarische Versammlung.

In dieser Versammlung sind 50 Politiker vom Bundestag. Und 50 Politiker von der französischen National-Versammlung.





Die Mitglieder wollen sich abwechselnd in Frankreich und Deutschland treffen.

Und zwar mindestens zweimal im Jahr.

Das erste Treffen ist diese Woche. Und zwar in Paris.

Das nächste Treffen ist dann für November oder Dezember geplant. Und zwar in Deutschland.



Eine wichtige Aufgabe der Versammlung ist:

Sie soll überwachen, dass der Élysée-Vertrag und der Aachener Vertrag eingehalten werden.



Außerdem soll die Versammlung über wichtige Themen sprechen:

Zum Beispiel:

- Außen-Politik
- Sicherheits-Politik und Verteidigungs-Politik
- Zusammenarbeit zwischen den Menschen an der Grenze zwischen Deutschland und Frankreich



Die Versammlung versucht dann, sich bei wichtigen Themen zu einigen.

Die Ergebnisse nehmen die Mitglieder dann mit in ihre Parlamente.

Also in den Bundestag und die National-Versammlung.

Dort entstehen dann Gesetze. Dabei sollen die Ergebnisse beachtet werden.

Das Ziel ist: Frankreich und Deutschland wollen eine Politik und Gesetze machen, die besser zusammenpassen.

Zukunft der Zusammenarbeit

Frankreich und Deutschland haben eine lange Geschichte hinter sich.

Seit vielen Jahrzehnten herrscht Freundschaft zwischen beiden Ländern.

Und sie sind ein wichtiger Teil der Europäischen Union.

Beide Länder arbeiten schon lange gut zusammen.

In Zukunft wollen sie noch besser zusammenarbeiten.



Der Aachener Vertrag und das Parlaments-Abkommen sollen dabei helfen.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / SvenSimon, Fotograf: Malte Ossowski/SVEN SIMON. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 13-14/2019
Die nächste Ausgabe erscheint am 8. April 2019.